

DIE POLITISCHE ARBEIT DER SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN 2021-2023

**BERICHT ZUM ORDENTLICHEN
LANDESPARTEITAG AM 4. UND 5. FEBRUAR 2023
IN HUSUM**

ARBEITEN & RELAXEN AM SEE!

Unser Konferenzhotel am Kellensee, im Herzen der Holsteinischen Schweiz gelegen, bietet einen besonderen Rahmen für Klausurtagungen und Workshops. Das gesamte Haus ist frisch saniert, alle Zimmer verfügen über bequeme Boxspringbetten und eine moderne Einrichtung.

Ausgestattet mit Badesteg und Ruderbooten, Bibliothek, Billardraum und unserer elegant gestalteten Bar „Zum Gustav“ bietet das Haus viele Möglichkeiten für die Freizeitgestaltung vor Ort. Für alle Gliederungen der SPD gibt es 10 % Nachlass auf die Gesamtrechnung.



BERICHT DES LANDESVORSTANDES	4
BERICHT DES SCHATZMEISTERS	9
BERICHT DER REVISIONSKOMMISSION	11
BERICHT DER LANDESSCHIEDSKOMMISSION	13
DIE ARBEIT DES LANDESPARTEIRATES	13
BERICHT DES LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS	14
POLITISCHE BILDUNGSARBEIT 2021-2023	20
LANDESPARTEITAGE DER SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN	21
ARBEITSGEMEINSCHAFTEN, FOREN UND ARBEITSKREISE	
AFA	24
AFB	25
AG 60plus	26
AGS	27
ASF	28
ASG	29
ASJ	30
SPDqueer	32
AG Migration & Vielfalt	33
AG SelbstAktiv	34
JUSOS	34
AK SPD, KIRCHEN UND RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN	36
UMWELTFORUM	37
<i>(Die Berichte des EuropaForums und des AK Digitale Gesellschaft lagen zu Redaktionsschluss nicht vor bzw. werden dem Landesparteitag anders vorgelegt)</i>	
SGK	40
DIE ARBEIT DER LANDTAGSFRAKTION	41
DIE ARBEIT DER LANDESGRUPPE DER SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETEN	50
EINZELBERICHTE DER ACHT BUNDESTAGSABGEORDNETEN	52
DIE ARBEIT IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT	69

HERAUSGEBER DES RECHENSCHAFTSBERICHTS 2021-2023:

SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel

Verantwortlich: Götz Borchert

Redaktion und Gestaltung: Nina Thielscher

Texte (soweit nicht namentlich gekennzeichnet): Götz Borchert, Dietrich Drescher, Nina Thielscher

Fotos (soweit nicht namentlich gekennzeichnet): SPD Landesverband Schleswig-Holstein

Druck: SCHOTTdruck, Bunsenstraße 8, 24145 Kiel

POLITISCHER BERICHT DES LANDESVORSTANDES FÜR DIE JAHRE 2021-2023

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

diese Amtszeit dieses Vorstands begann etwa so wie die vorherige endete: stark geprägt von den Auswirkungen der Corona-Pandemie, die uns in unserer regelmäßigen Parteiarbeit weiterhin Grenzen gesetzt und zu neuen Wegen gezwungen hat.

So wurde der Landesvorstand 2021 erstmals im Rahmen eines reinen Online-Parteitag mit Urnenwahl gewählt. Das war für uns alle neu. Es hat aber gleichzeitig bewiesen, wie gut wir uns in dieser Zeit für die digitale Parteiarbeit gerüstet haben. Das wäre nicht ohne den großen Einsatz aus allen Teilen unserer Partei gegangen. In den Zeiten der Pandemie sind viele über sich hinausgewachsen, um Parteiarbeit und auch Parteileben unter schwierigen Bedingungen aufrecht zu erhalten. Vielen Dank an alle, die sich dabei eingebracht haben! Trotzdem sind wir alle froh, dass wir inzwischen wieder in der Lage sind, unsere Parteitage und Versammlungen wieder „in echt“ von Angesicht zu Angesicht abzuhalten. Denn der persönliche Austausch, ob im Plenum in der Debatte oder am Rande im Privaten, ist durch nichts zu ersetzen.

Nicht nur in Bezug auf die Pandemie waren das zwei historische Jahre – im Guten wie im Schlechten. Bei der Bundestagswahl ist die SPD erstmals seit 2002 in Schleswig-Holstein wieder stärkste Kraft bei einer Wahl geworden. Bei der Landtagswahl haben wir wiederum unser historisch schlechtestes Wahlergebnis erzielt. Gekämpft haben wir in beiden Fällen mit großem Herzblut. Und das ist gut. Denn die SPD wird gebraucht. Gerade in dieser Zeit explodierender Preise braucht es eine Partei, die das Soziale in den Mittelpunkt stellt und unsere Gesellschaft in all den Krisen zusammenhält.

BUNDESTAGSWAHL 2021

Die Bundestagswahl ist ein historischer Erfolg für die SPD. In Schleswig-Holstein lagen wir sechs Prozentpunkte vor der CDU. Nach 16 Jahren gibt es wieder einen sozialdemokratischen Bundes-



Serpil Midyatli/ Rede auf dem digitalen Landesparteitag 2021

kanzler. Olaf Scholz hat von Beginn des Wahlkampfes an deutlich gemacht, wie ein sozialeres und moderneres Deutschland mit mehr Respekt für die Menschen aussehen kann. Die Reaktionen auf seine Besuche in Schleswig-Holstein haben gezeigt, dass das die Menschen überzeugt. Mit einem klaren Programm, mit Olaf als vertrauenswürdigen und regierungserfahrenen Bundespolitiker und mit einer schwachen CDU-Performance haben wir es mit einem engagierten Wahlkampf aus dem Umfragekeller heraus geschafft und stellen wieder die größte Fraktion im Bundestag. Unsere Landesgruppe ist auf acht Abgeordnete gewachsen – alle von ihnen wurden direkt in den Bundestag gewählt. Das war ein wirklich tolles Ergebnis auch für uns in Schleswig-Holstein.

In der neu formierten Koalition mit den Grünen und der FDP konnten wir viele unserer Kernforderungen aus dem Wahlkampf auch im Koalitionsvertrag einbringen. Dabei trägt die Vereinbarung auch eine klare schleswig-holsteinische Handschrift, ob bei Familie, Klima und Energie, Soziales oder Integration: viele Genossinnen und Genossen von uns waren Teil der Verhandlungsrunden und konnten tolle Ergebnisse erzielen. Wir haben bereits den Mindestlohn auf 12 Euro angehoben und mit der Einführung des Bürgergeld Hartz 4 überwunden. Außerdem haben wir in der Bundesregierung große Entlastungspakete im Volumen von über 300 Milliarden Euro umgesetzt, damit niemand in dieser Krise allein bleibt.

ZEITENWENDE

Besonders einschneidend war der Überfallskrieg von Putin auf die Ukraine im Februar 2022. Das hat unser Regierungshandeln in Berlin und unsere politische Agenda als Partei verändert. Mit der von Olaf Scholz erklärten Zeitenwende begann eine nötige Neuausrichtung Deutschlands und Europas in der Außen- und Sicherheitspolitik. Gleichzeitig hat uns dies vor Augen geführt, wie wichtig es ist, unsere Energieerzeugung möglichst schnell unabhängig von Autokratien zu machen.

Überall im Land haben wir uns an Solidaritätskundgebungen beteiligt und dazu aufgerufen, Hilfsmaßnahmen für Geflüchtete auf den Weg gebracht und schnelle Hilfe zur Aufnahme und Unterbringung organisiert. Gemeinsam mit der Landesregierung haben wir im Landtag insgesamt 1,4 Milliarden Euro mobilisiert, damit die Menschen in Schleswig-Holstein gut durch diese Krise kommen. Wir haben dabei durchgesetzt, dass es mehr Mittel für Härtefälle gibt, Kommunen bei der Bewältigung der zu erwartenden Flut an Wohngeldanträgen finanziell und personell unterstützt werden, der kommunale Wohnungsbau stärker gefördert wird und die Empfänger von Wohngeld durch einen geringeren Eigenanteil von der Klima-Förderung des Landes profitieren können.

Die Koalition in Berlin hat neben dem klaren Bekenntnis zu einer gut ausgestatteten Bundeswehr über die vergangenen Monate zahlreiche Entlastungsmaßnahmen zur Abfederung der gestiegenen Energie- und Lebenshaltungskosten beschlossen. Olaf Scholz stand und steht damit zu seinem Versprechen, in dieser Krise niemanden zurück zu lassen.

LANDTAGSWAHL 2022

Das Ergebnis der Landtagswahl im Mai 2022 hat uns einen schweren Schlag versetzt. Überlagert vom Krieg in der Ukraine und geprägt vom einträchtigen Jamaika-Wahlkampf ist es uns nicht gelungen, für unser Zukunftsprogramm für Schleswig-Holstein und unsere Kandidat*innen Mehrheiten zu gewinnen. Tausende Genossinnen und Genossen und ein tolles Team aus 35 Kandidatinnen und Kandidaten haben für ein sozial gerechtes, klimaneutrales und digitales Schleswig-Holstein alles gegeben.

Nach dem historisch schlechtesten Wahlergebnis in der Geschichte unseres Landes haben wir viel Kraft in die Aufarbeitung der Gründe investiert. Dies haben wir in engem Austausch mit den Ortsvereinen in einer eigenen Konferenz und vor Ort in den Mitgliederversammlungen, mit den Kreisverbänden und auch Dritten wie der Friedrich-Ebert-Stiftung mit intensiven Beratungen getan.

Den Markenkern stärken, Probleme der Bürgerinnen und Bürger klar benennen, Lösungen anbieten und Unterschiede zuspitzen. Gerade angesichts der großen parlamentarischen Mehrheit der Landesregierung braucht es zudem gesellschaftliche Bündnisse auf unserer Seite. Wenn wir dies alles beherzigen, haben wir eine gute Grundlage für kommende Wahlerfolge.

Für uns ist klar: Wir müssen klar und deutlich für soziale Gerechtigkeit eintreten und dies in allen unseren Themenfeldern in den Mittelpunkt rücken. Dazu gehört, dass wir unsere Rolle als größte Oppositionsfraktion schnell auf die neuen Mehrheitsverhältnisse im Landtag ausrichten.

Unser Spitzenkandidat Thomas Losse-Müller hat nach der Wahl die Führung der Fraktion übernommen und ist damit auch Oppositionsführer. Die deutlich kleinere Landtagsfraktion hat ihre Arbeitsweise umgestellt und Strukturen verschlankt, um weiterhin politisch schlagfertig zu sein. Schwarz-Grün ist eine Koalition der Besserverdiener, die das Soziale nicht im Blick hat. Das konnten wir bereits in den ersten Monaten nach der Wahl deutlich herausarbeiten. Die Landtagsfraktion hat mit Blick auf die Krise bereits im Juni ein eigenes Entlastungspaket vorgelegt, das die Landesregierung dann Schritt für Schritt selbst umgesetzt hat. Auch in anderen Bereichen treiben wir die Regierung vor uns her. Mit einem eigenen Konzept für eine sozial gerechte Energie- und Klimatransformation legt die SPD-Landtagsfraktion schonungslos offen, dass die Landesregierung den Zukunftsaufgaben unseres Landes handwerklich und konzeptionell nicht gewachsen ist.

UNSER PLAN FÜR EINE SOZIAL GERECHTE ENERGIE- UND KLIMATRANSFORMATION

Schon mit der Vorbereitung für das Programm für die Landtagswahl haben wir die SPD Schleswig-Holstein programmatisch breiter aufgestellt.

Dabei haben wir die Organisation einer sozial gerechten Energie- und Klimatransformation als eine der zentralen Aufgaben in den nächsten zwei Jahrzehnten identifiziert. Das passt gut dazu, dass die Bundespartei Transformation zum Oberthema in 2022 und 2023 gemacht hat. Wir haben einen Plan entwickelt, mit dem wir die Gesellschaft in all den kommenden Veränderungen zusammenhalten können.

Unsere Überzeugung ist: Die Transformation wird nur gelingen, wenn der Staat in die Verantwortung geht. Er darf sie nicht auf den Einzelnen abwälzen. Der Staat muss die erforderlichen Veränderungen sozial gerecht organisieren. Das bedeutet vor allem, für den Bau neuer gemeinschaftlicher Infrastrukturen zu sorgen: Leistungsstärkere und intelligente Stromleitungen. Wärmenetze, die klimaneutral erwärmtes Wasser über Leitungen in Häuser bringen. Ladesäulen für E-Autos überall im Land und nicht nur da, wo sie sich lohnen. Neue Bahnschienen und Busse, die mit Strom oder Wasserstoff fahren. Saubere Fabriken, die über moderne Verbundsysteme neue Kreislaufprozesse zur Energieeinsparung nutzen. Diesen Plan werden wir mit konkreten Finanzbedarfen hinterlegen und in die politische Debatte in Schleswig-Holstein einbringen.

WAHLEN IN DEN KOMMUNEN

Auch bei den Oberbürgermeister*innenwahlen gab es Erfolge und Rückschläge. Mit einem engagierten und menschnahen Wahlkampf sowie großer Unterstützung aus der gesamten Landespartei konnte Tobias Bergmann (siehe Foto unten) in Neumünster im Mai 2021 gegen den CDU-Amtsinhaber Olaf Tauras gewinnen.



Damit wurden die fünf größten Städte in Schleswig-Holstein von Sozialdemokrat*innen geführt. Leider ist die Wiederwahl von Simone Lange in Flensburg im Oktober 2022 trotz eines klaren

sozialen Kurses und einer guten Erfolgsbilanz der letzten Amtszeit nicht gelungen.

Inzwischen richten sich unsere Blicke aber vor allem auf die Kommunalwahl. Wir haben rechtzeitig mit den Vorbereitungen begonnen, um unsere Ortsvereine und Kreisverbände bestmöglich zu unterstützen. Dafür haben wir mit einem Kommunalkongress in Neumünster erste inhaltliche Schwerpunkte beraten und gemeinsam Ideen für kommunale Themenschwerpunkte entwickelt. Im Wesentlichen wollen wir so mit den Themen Energie, Wohnen und Mobilität durch landespolitische Beiträge auch die Wahlkämpfe in den Städten und Gemeinden unterstützen.



Kommunalwahlkongress/ Ulf Kämpfer und Serpil Midyatli

Gleichzeitig haben wir wieder Strukturen in der Landesgeschäftsstelle aufgebaut, um organisatorisch und inhaltlich im Wahlkampf vor Ort zu unterstützen, z.B. durch Hilfe bei der Verwendung des Gestaltungsportals oder mit Workshop- und Schulungsangeboten für Wahlkampffideen und -organisation.

NEUE SATZUNG FÜR DIE SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN

Ein wichtiges strukturelles Thema für den Landesverband war die Vorbereitung und Verabschiedung unserer neuen Satzung. Bereits seit einiger Zeit war bekannt, dass die vorherige Satzung in vielen Punkten veraltet und in Teilen auch nicht mehr im Einklang mit der Satzung der Bundes-SPD stand. Gleichzeitig wollten wir die vielen Ideen aus dem früheren Reformprozess aufgreifen, um uns eine gute Arbeits- und Organisationsgrundlage zu geben, z.B. bei der Ermöglichung von Doppelspitzen oder bei der Förderung der Gleichstellung und Diversität. Mit unserer neuen Satzung haben wir nun endlich auch eine mit der Bundessatzung konforme Lösung für unseren Parteirat gefunden, indem

dieser zukünftig aus gewählten Delegierten der Kreisverbände entsprechend der Größenverhältnisse zusammengesetzt wird.

Dies wird uns zukünftig ermöglichen, dass der Parteirat seine formal beratende Rolle in eine echte Entscheidungsinstanz als „kleiner Parteitag“ ausbaut. So können wir auch zwischen den ordentlichen Landesparteitagen flexibler und schneller auf aktuelle politische Debatten reagieren und somit die Willensbildung der SPD in Schleswig-Holstein verbessern.

BÜNDNISARBEIT, VERNETZUNG, SOLIDARITÄT

Die schwarz-grüne Landesregierung will die Möglichkeit für Bürgerbegehren massiv einschränken. Deshalb sind wir dem Bündnis Bürgerbegehren beigetreten, das neben uns aus dem Mehr Demokratie e.V., dem Bürgerbegehren Klimaschutz e.V., BUND, NABU, mehreren Attac-Ortsgruppen, Naturfreunden, SSW und Jusos besteht. Gemeinsam haben wir einen offenen Brief an die Landesregierung formuliert, in dem wir die Einschränkung von Bürgerbegehren in den Kommunen Schleswig-Holsteins kritisieren. Besonders problematisch ist, dass Schwarz-Grün mit der geplanten Gesetzesänderung Bürgerbeteiligung und Klimaschutz gegeneinander ausspielt. Auch weitere Veränderungen führten zu teilweise erheblichen Einschränkungen bei Quoren und Fristen, die wir in Regierungsverantwortung bürgerfreundlich gestaltet haben.

Der Gewerkschaftsrat der SPD Schleswig-Holstein hat unseren Landesverband fortwährend in aktuellen politischen Fragen beraten und wir haben den engen Austausch und Schulterschluss mit dem DGB und seinen Mitgliedergewerkschaften auch in der Öffentlichkeit gesucht, zum Beispiel für die Erhaltung und den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals. Auch haben wir uns in dieser Amtszeit mit der Polizei, dem Landesfrauenrat, der AWO, Zebra und dem „Runden Tisch gegen Rassismus“ ausgetauscht.

Wir stellen uns außerdem bei unterschiedlichen Demonstrationen und Kundgebungen klar und an die Seite der mutigen Frauen im Iran, die für ihre Freiheit und ihr Leben auf die Straße gehen und dabei um ihr eigenes Leben fürchten.

KULTUR

Zusammen mit dem Kulturforum Schleswig-Holstein e.V. haben wir den Kontakt zu Akteur*innen aus Kunst, Kultur und der Veranstaltungswirtschaft intensiviert. Daraus hat sich zum Beispiel in Flensburg und Eckernförde ein Runder Tisch zur Lage von Kunst und Kultur entwickelt. Durch die Impulse aus der Vielzahl an Gesprächen haben wir ein starkes kulturpolitisches Programm zur Landtagswahl gestalten können.

EHRUNGEN

Langjährige Mitglieder zu ehren, ist auch für sich immer eine Ehre. In den letzten Monaten konnten viele Jubiläen endlich wieder gefeiert werden, die durch die Pandemie viel zu lange aufgeschoben werden mussten. 10, 25, 50 oder auch 75 Jahre Mitgliedschaft haben wir mit vielen anderen Genoss*innen würdigen dürfen. Ob im Gasthof, Vereinsheim oder auch bei den zu Ehrenden zu Hause. An dieser Stelle noch einmal vielen Dank für euer Engagement, liebe Jubilare und Jubilarinnen!

PARTEIORGANISATION

Wir haben mit „Schnell und aktuell“ ein neues Format entwickelt, um die Mitglieder kurzfristig zu aktuellen Themen informieren und mit ihnen diskutieren können. Damit wollen wir – als Videokonferenz ortsunabhängig – die Genossinnen und Genossen frühzeitig in aktuelle Debatten einbinden und auch über unsere politischen Vorstellungen in den Parlamenten berichten, z.B. zu den Themen Energiekrise und Entlastungspaketen oder zu unseren Plänen für die Klima-Wende.

MIT SOLIDARISCHEN GRÜSSEN

Serpil Midyatli, Sönke Rix, Sophia Schiebe, Stefan Bolln, Delara Burkhardt, Kai Dolgner, Aylin Cerrah, Enrico Kreft, Kirsten Eickhoff-Weber, Tarek Saad, Christina Schubert, Dorothea Siemers

Die Berichte der vom Landesvorstand eingesetzten Gleichstellungsbeauftragten Dorothea Siemers und des Mitgliederbeauftragten Tarek Saad werden dem Parteitag als Tischvorlage vorgelegt.

KURZ-ÜBERBLICK: ZUSTÄNDIGKEITEN DER LANDESVORSTANDSMITGLIEDER IM BERICHTSZEITRAUM 2021-2023

	ZUSTÄNDIGKEITEN/ ANSPRECHPARTNER*IN FÜR...
SERPIL MIDYATLI (MdL), Landesvorsitzende	Mitglied im Gewerkschaftsrat für die Partei THEMEN: alle Themen
SÖNKE RIX (MdB), stv. Landesvorsitzender	Organisationspol. Kommission beim PV, zuständig für die Kreisverbände Flensburg, Schleswig-Flensburg und Nordfriesland, den AK SPD, Kirchen & Religionsgemeinschaften und den Ehemaligenkreis. THEMEN: Familie, Kinder, Bundespolitik, Kultur, Demokratie (Kampf gegen Rechts), Minderheitenpolitik (dänische, friesische, nordschleswigsche), Soziales
SOPHIA SCHIEBE (MdL), stv. Landesvorsitzende	Mitglied im Gewerkschaftsrat für die Partei, zuständig für den Kreisverband Lübeck, die Jusos, AsF und die AG 60plus. THEMEN: Bildung (Schule), Jugend, Senior*innen, Gleichstellung, Soziales
STEFAN BOLLN , Landesschatzmeister	Finanzkommission beim PV, Datenschutzbeauftragter des Landesverbandes, zuständig für die Kreisverbände Pinneberg und Steinburg sowie Schnittstelle zu SPD-Net-SH. THEMEN: Finanzen, Metropolregion, Energie
DELARA BURKHARDT (MdEP), Beisitzerin	Europapolitische Kommission beim PV, zuständig für den Kreisverband Stormarn und das UmWeltforum in der SPD SH. THEMEN: Umwelt und Klima, Frieden und Europa (inkl. Ostseeraum), Minderheitenpolitik (Sinti und Roma)
DR. KAI DOLGNER (MdL), Beisitzer	Zuständig für die Kreisverbände Dithmarschen und Rendsburg-Eckernförde, für die AfA, die SGK sowie die Geschichtswerkstatt. THEMEN: Arbeit, Kommunales, Wahlrecht, Satzung, Programmentwicklung, Wissenschaft, Innen, Bundeswehr
AYLIN CERRAH , Beisitzerin	Zuständig für den Kreisverband Plön, die AfB, SPDqueer. THEMEN: Bildung (mit Schwerpunkt frühkindliche Bildung), Inklusion, Migration, Antirassismus, Feminismus
ENRICO KREFT , Beisitzer	Europapolitische Kommission beim PV, zuständig für den Kreisverband Herzogtum-Lauenburg, die ASJ, das Europaforum und den AK Digitale Gesellschaft. THEMEN: Digitales, Medien, Europa/Internationales
KIRSTEN EICKHOFF-WEBER , Beisitzerin	Zuständig für den Kreisverband Neumünster. THEMEN: Landesentwicklung, ländliche Räume, Land- und Ernährungswirtschaft, Stärkung der Ortsvereine
TAREK SAAD , Beisitzer	Mitgliederbeauftragter des Landesvorstandes, zuständig für den Kreisverband Segeberg und die ASG, AG Migration & Vielfalt sowie die AG selbstAktiv. THEMA: Flüchtlingspolitik
CHRISTINA SCHUBERT , Beisitzerin	Zuständig für den Kreisverband Kiel und die AGS. THEMEN: Wirtschaft, Bildung (Ausbildung und Hochschulen)

Alle Mitglieder des Landesvorstandes waren beratende Mitglieder im Landesparteirat.

Der Landesvorstand kooptierte als Gleichstellungsbeauftragte Dorothea Siemers.

GESUNDE FINANZLAGE – TROTZ WENIGER STAATLICHER MITTEL

Von Stefan Bolln, Landesschatzmeister

Die Finanzlage der SPD wird ja oft kenntnisfrei und mit großen Worten beschrieben. Als Schatzmeister kann man da zukünftig nur den Wunsch auf mehr Fachkompetenz außerhalb der Partei hoffen und in der Partei immer wieder anmerken, dass meine Kontaktdaten bekannt sind. Ruft einfach an.

Meine Bewerbungsrede 2013 beinhaltete, dass ich den SPD-Landesverband vollständig entschulden wollte und Wahlkampf wieder aus Eigenmitteln führen wollte. Das Zweite ist zum großen Teil gelungen. Wir haben, statt den Wahlkampf vollständig aus Darlehen des Parteivorstands zu zahlen, diesmal nur 400 Tsd. € Wahlkampfdarlehen benötigt. Also 1 Mio. € kamen aus eigenen Mitteln des Landesverbands. Unser Ziel des Abbaus des negativen Reinvermögens hat zum 31.12.2021 geklappt. Am Ende stand ein kleines Plus beim LV in Höhe von 21.336 €. Trotz Wahlkampf vorbereitungen. Die Kreisverbände hatten ein Reinvermögen von 1.060.587 € und



die Summe der Ortsvereine stand bei insgesamt 2.116.953 €.

Zusammen mit den SPD Landesverbänden im Bund haben wir einen „Cashpool“ gebildet, bei dem wir als Landesverband zurzeit knapp 500 Tsd. € wie auf einem Tagesgeldkonto angelegt haben. Diesen Pool können alle Ortsvereine oder Kreisverbände über uns gerne mitnutzen (siehe Tabelle Reinvermögen).

Jahre	LV	KV	OV
1989	1.048.148 €		
1990	820.112 €		
1991	439.711 €		
1992	-196.336 €	557.308 €	1.374.353 €
1993	-83.341 €	673.371 €	1.677.549 €
1994	-70.558 €	422.327 €	1.180.573 €
1995	115.552 €	533.789 €	1.487.859 €
1996	-269.962 €	360.972 €	1.585.516 €
1997	-295.527 €	542.992 €	1.883.599 €
1998	-111.973 €	397.274 €	1.269.026 €
1999	-741.885 €	597.189 €	1.572.223 €
2000	-1.238.860 €	659.567 €	1.637.668 €
2001	-1.085.473 €	877.888 €	1.862.636 €
2002	-936.000 €	857.000 €	1.899.000 €
2003	-728.000 €	511.000 €	1.411.000 €
2004	-1.575.000 €	703.000 €	1.610.000 €

Jahre	LV	KV	OV
LTW 2005	-1.533.590 €	482.213 €	1.555.288 €
2006	-1.241.924 €	572.001 €	1.752.352 €
2007	-637.844 €	648.857 €	1.757.816 €
2008	-271.003 €	451.933 €	1.148.883 €
LTW 2009	-1.047.993 €	276.061 €	1.225.789 €
2010	-817.621 €	427.368 €	1.428.737 €
2011	-887.578 €	570.750 €	1.650.903 €
LTW 2012	-1.245.952 €	574.812 €	1.717.292 €
KW, BTW 2013	-1.119.397 €	379.130 €	1.180.285 €
EW 2014	-739.012 €	565.369 €	1.449.348 €
HH 2015	-477.993 €	785.614 €	1.655.457 €
MFP 2016	-867.275 €	939.605 €	1.894.906 €
LTW MFP 2017	-1.738.848 €	773.319 €	1.946.290 €
MFP 2018	-1.363.156 €	563.084 €	1.436.103 €
2019	-839.658 €	668.968 €	1.600.535 €
2020	-249.747 €	933.938 €	1.946.041 €
BTW 2021	21.336 €	1.060.587 €	2.116.953 €

Tabelle: Übersicht Reinvermögen des SPD Landesverbandes Schleswig-Holstein 1989-2021

MITGLIEDERBESTAND, STICHTAG: 30.11.2022

SPD KREISVERBAND	Mitglieder	männlich/ in %	weiblich/ in %
KIEL	1.414	938/ 66,34	476/ 33,66
NEUMÜNSTER	330	218/ 66,06	112/ 33,94
PLÖN	1.061	651/ 61,36	410/ 38,64
RD-ECK	1.813	1.145/ 63,15	668/ 36,85
FLENSBURG	303	203/ 67,00	99/ 32,67
NORDFRIESLAND	922	596/ 64,64	326/ 35,36
SCHL.-FLENSBURG	1.167	756/ 64,78	411/ 35,22
DITHMARSCHEN	739	463/ 62,65	276/ 37,35
PINNEBERG	1.472	918/ 62,36	554/ 37,64
SEGEBERG	1.100	725/ 65,91	374/ 34,00
STEINBURG	701	438/ 62,48	263/ 37,52
LÜBECK	934	607/ 64,99	327/ 35,01
LAUENBURG	990	667/ 67,37	323/ 32,63
OSTHOLSTEIN	1.112	706/ 63,49	406/ 36,51
STORMARN	1.109	699/ 63,03	410/ 36,97
GESAMT	15.167	9.730/ 64,15	5.435/ 35,83

Die SPD ist eine Mitgliederpartei. So sehen wir uns und so sind wir. Im abgelaufenen Jahr hatten wir leider wieder 5,4% weniger Mitglieder. 15167 waren es am 30.11.2022. Ende 2020 waren es noch 16039. Der Rückgang verlangsamt sich, weil auch immer wieder neue Mitglieder eintreten. Aus meiner Sicht ist dies eine deutliche Verlangsamung des Rückgangs. Auf jeden Fall sind Aus-

tritte und Eintritte im Moment nah beieinander.

Froh bin ich, dass wir zusammen den Durchschnittsbeitrag um 7,85 von 10,38 € Ende 2020 auf nunmehr 11,19 € erhöht bekommen haben. Der niedrigste Kreisschnitt liegt bei 8,52 €, der höchste bei 13,31 €. Aus meiner Sicht auf unsere Mitglieder sind wir aber bei vielen Mitgliedern noch nicht beim satzungsgemäßen Beitrag. Auch haben wir immer noch eine erhebliche Anzahl von Beitragszahler*innen unter 6 €, deren Beitrag höher sein müsste. Der Mindestbeitrag liegt bei 6 €. Wer kein Einkommen hat, zahlt bei uns 2,50 €. Dies ist dann auch genug. Warum aber arbeitende Mitglieder diesen Beitrag nutzen wollen, hat nichts mit Gerechtigkeit zu tun. Da werden wir weiter dran arbeiten müssen (siehe Tabelle Durchschnittsbeiträge).

Insgesamt sind unsere Einnahmen deshalb trotz Rückgangs der Landesmittel konstant geblieben. 2021 hatten wir Einnahmen insgesamt von 2,26 Mio. €, bis zum dritten Quartal 2022 hatten wir 1,93 Mio. €. Dabei sind die Mandatsträger*innen-Einnahmen noch konstant, aber im kommenden Jahr weniger. Ebenso werden die staatlichen Mittel des Landes aufgrund der geringen Stimmenzahl deutlich unter 200 Tsd. € pro Jahr fallen. Noch hilft uns das gute Bundestagswahlergebnis die Einnahmen stabil zu haben.

DURCHSCHNITTSBEITRÄGE/ MONAT

KREISVERBAND	Beitrag
Kreisverband Kiel	13,31€
Kreisverband Neumünster	11,52€
Kreisverband Plön	8,89€
Kreisverband RD-ECK	11,79€
Kreisverband Flensburg	12,64€
Kreisverband Nordfriesland	10,67€
Kreisverband Schl.-Flensburg	10,03€
Kreisverband Dithmarschen	8,52€
Kreisverband Pinneberg	12,01€
Kreisverband Segeberg	10,54€
Kreisverband Steinburg	10,04€
Kreisverband Lübeck	13,98€
Kreisverband Lauenburg	11,50€
Kreisverband Ostholstein	9,54€
Kreisverband Stormarn	11,91€
DURCHSCHNITT SPD SH GESAMT	11,19€

Stichtag: 30.11.2022

Aber schon heute plane ich mit bis zu 130 Tsd. € je Jahr weniger Einnahmen, welche dann für den Wahlkampfetat 2027 bislang keine Luft mehr lässt. Deswegen brauchen wir wie immer unsere Mitglieder. Ein Sonderbeitrag in Höhe von 1 € je Mitglied je Monat wäre mein Wunsch für den Wahlkampfetat 2027. Selbstverständlich können nicht alle diesen Beitrag zahlen und einige wollen bestimmt auch nicht. Aber mein Plan wäre 300 Tsd. € über diesen Wahlkampfeuro zu finanzieren (siehe Tabelle Mitgliederbestand nächste Seite).

Zusätzlich werden wir uns wieder mit Veränderungen unserer Verwaltung beschäftigen. Einnahmen in Höhe von ca. 1,3 Mio. € planen wir aus den reinen Mitgliedsbeiträgen. Davon müssen wir zwingend auch unsere Personalkosten decken. Da aber die Inflation auch unsere Mitarbeiter*innen trifft, werden wir mit Ver.di und unseren Mitarbeiter*innen nicht beim Arbeitsplatz selbst sparen und selbstverständlich den auslaufenden Tarifvertrag neu verhandeln. Wir als SPD haben unsere Mitarbeiter*innen über Ver.di mit einem eigenen Tarifvertrag abgesichert beschäftigt. Da es politische Mitbewerber anders handhaben, bleibt auch hier für die Negativschlagzeile

die SPD als letzte Schlagzeilegeberin. Ein neuer Ansatz wäre auch, dass wir die 30 Stunden Woche noch nicht umgesetzt haben. Aber wir sind dran.

Bitte entschuldigt die Zynik im Beginn und am Ende meines Berichts. Die SPD ist wirtschaftlich gesund und stabil. Das Walter-Damm Haus in der Kieler Innenstadt gehört uns, liquide Mittel sind vorhanden und wir haben tolle Mitglieder und treue professionelle Beschäftigte. Die Anpassungen die wir aufgrund von gesellschaftlichen Veränderungen vornehmen müssen, sind nicht immer leicht oder von jedem gemocht, aber notwendig. Wer Bewahrenswertes bewahren will, muss verändern, was verändert werden muss. So oder so ähnlich.

In diesem Sinne bewerbe ich mich wieder für die kommenden zwei Jahre um im Landesvorstand die Finanzen als Schatzmeister zu verantworten.

BERICHT DER REVISIONSKOMMISSION

Von Hermann Greve, Vorsitzender

Die Revisionskommission mit Jan-Thorben Book, Hermann Greve, Hans-Jürgen Holland, Heidrun Isolt und Antje Möller-Neustock hat auch in dieser Amtsperiode die Kassenführung des Landesverbandes entsprechend der Vorgaben der Finanzordnung eingehend geprüft. Pandemie-bedingt bzw. aus zeitökonomischen Gründen haben wir uns dazu regelmäßig sowohl in Präsenz als auch in Video- bzw. Hybridsitzungen getroffen und die Quartalsabschlüsse mit allen Details eingesehen. Dieses gilt weiter auch für Belegprüfungen einzelner Zahlungen auf ihre Notwendigkeit, Rechtmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit.

Wichtig war uns auch nachzuvollziehen, dass die vom Landesvorstand beschlossenen und an der Finanzplanung ausgerichteten Jahreswirtschaftspläne eingehalten worden sind. Alle Fragen wurden von der Assistenz der Geschäftsführung bzw.

dem Schatzmeister und dem Landesgeschäftsführer ausführlich beantwortet.

Insgesamt haben wir trotz der Corona-bedingten personellen Belastungen in der Landesgeschäftsstelle weiterhin eine geordnete, jederzeit überprüfbare Wirtschaftsführung mit zeitgerechten Wertstellungen und Buchungen erlebt, die keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben hat, wobei auch die regelmäßige Beitragserhebung und die Zahlungen der Sonderbeiträge und Mandatsabgaben positiv zu erwähnen sind.

Des Weiteren „testierten“ wir die endgültigen Jahresabschlüsse und Rechenschaftsberichte für 2020 und 2021, bevor diese an den Bundesvorstand zur Überprüfung durch die dafür zentral beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Weitergabe an die Bundestagsverwaltung

auf den Weg gebracht wurden. Beanstandungen sind uns bisher nicht bekannt geworden. Meine Stellvertreterin Antje und ich haben an den Sitzungen des Landesvorstands beratend teilgenommen.

Unter Hinweis auf § 6 Abs. 1 und 2 sowie § 3 können wir feststellen:

- dass die Bestimmungen der Finanzordnung eingehalten worden sind
- soweit wir geprüft haben die Buchungen mit den Belegen übereinstimmen
- die Ausgaben angemessen und im Rahmen der Wirtschaftspläne vorgenommen wurden
- die Rechenschaftsberichte die Daten aller Konten aller Kassen einbeziehen
- die Beiträge satzungsgemäß erhoben wurden
- die eingesetzten Mittel auch nach unserer Ansicht nur zu Gunsten unserer Partei nach den rechtlichen Vorgaben des Grundgesetzes und des Parteiengesetzes eingesetzt worden sind und
- wir keine finanziellen Unregelmäßigkeiten feststellen konnten.

Die Mitglieder der Revisionskommission bedanken sich beim Schatzmeister Stefan Bolln und insbesondere bei Charlotte Sprengel als zuständige „Assistenz“ für ihre konstruktive Kooperation und sorgfältigen Sitzungsvorbereitungen. Die Wirtschaftsführung unserer Partei liegt in kompetenten Händen, die einen jederzeit angemessenen Mitteleinsatz sicherstellen. Zur Detail-Information ist auf die zur Einsicht bereitgehaltenen Unterlagen zu verweisen.

Um auch weiterhin trotz der dem letzten Wahlergebnis geschuldeten Mindereinnahmen für den nächsten Wahlkampf finanziell gut aufgestellt zu bleiben, bitten wir alle Gliederungen der Partei, unseren Schatzmeister bei der Bildung eines „Cashpools“ zur gemeinsamen Aktivierung aller finanziellen Möglichkeiten des Landesverbands insgesamt zu unterstützen. Um eventuelle



Hermann Greve, Revisor

Kreditaufnahmen oder erstattungspflichtige Zuwendungen der Bundespartei von vornherein umgehen zu können, sollte es möglich gemacht werden, nach jeweils einvernehmlichen Absprachen auf z. B. bereits längerfristig ausgewiesene relevante Rücklagen einzelner Gliederungen für kurzfristige notwendige Überbrückungen zurückgreifen zu können - dieses selbstverständlich ohne in die entsprechenden Besitzstände einzugreifen.

Eine Partei, ein politischer Wille, eine gemeinsame Zielsetzung, die insbesondere mit einem effektiven Einsatz aller „gemeinsamen“ Finanzmittel der Partei erreicht werden kann. In diesem Sinne gilt es, alle Ressourcen der Partei „solidarisch und einvernehmlich zu bündeln“, damit nach der nächsten Wahl im Landtag wieder sozialdemokratische Politik mit Regierungsbank-Verantwortung gemacht wird, denn: Wir sind die Guten!

HIERMIT STELLEN WIR DEN ANTRAG AUF ENTLASTUNG DES VORSTANDS IN SACHEN DER FINANZANGELEGENHEITEN.

Für eine Wiederwahl stehen die Mitglieder der Revisionskommission zur Verfügung.

VERANSTALTUNGSTECHNIK AUS AHRENSBURG

SCHNELL UND PROFESSIONELL IN NORDDEUTSCHLAND



SOUND & LIGHT SERVICE GMBH

BIETET

- ✓ FIRMENEVENTS
- ✓ KONFERENZTECHNIK
- ✓ FESTINSTALLATION
- ✓ BESCHALLUNG
- ✓ TECHNIK VERMIETUNG

Telefon: 04102-47590
www.sound-light-service.de

An der Strusbek 50 · 22926 Ahrensburg



BERICHT DER LANDESSCHIEDSKOMMISSION

Von Andreas Beran, Vorsitzender

Im Berichtszeitraum wurde kein neues Parteiordnungsverfahren auf Landesebene verhandelt.

Das kann als gutes Zeichen dafür betrachtet werden, dass die Mitglieder vor Ort zu einer konstruktiven Konfliktkultur gefunden haben. Ein beantragtes Verfahren wurde aus Satzungsgründen nicht verhandelt, der Antragsteller an die Bundesschiedskommission verwiesen. Ein weiteres Verfahren aus dem vorherigem Berichtszeitraum (2018/19) wurde eingestellt.

Die Satzung sieht vor, dass die Landesschiedskommission besetzt ist mit dem oder der Vorsitzenden und den beiden Stellvertretern oder Stellvertreterinnen als Beisitzerinnen bzw. Bei-

sitzer. Ist eine dieser Personen verhindert oder befangen, wird diese Person vertreten von einem der weiteren Mitglieder. Die Verfahrensbeteiligten werden zu den Verhandlungen beigelegt.

IM BERICHTSZEITRAUM GEHÖRTEN DER LANDESSCHIEDSKOMMISSION AN:

Vorsitz:	Andreas Beran
Stellvertretung:	Guenther Hansen Christiane Küchenhof
Weitere Mitglieder:	Susanne Danhier Christian Feist Thorsten Pfau Kirsten Tödt

BERICHT ÜBER DIE ARBEIT DES LANDESPARTEIRATES

Im Berichtszeitraum fanden vier Sitzungen des Landesparteirates mit unterschiedlichen Schwerpunkten statt:

- 15. August 2021: Vorstellung von Thomas Losse-Müller (Vorschlag des Landesvorstandes für die Spitzenkandidatur zur Landtagswahl)
- 27. September 2021: Diskussion des Wahlergebnisses der Bundestagswahl
- 05. Dezember 2021: Beratung des Zukunftsprogramms zur Landtagswahl (Entwurf des Landesvorstandes)
- 29. Januar 2022: Vorbereitung des Landesparteitages und Präsentation des Listenvorschlags des Landesvorstandes zur Landtagswahl

Durch eine Satzungsänderung beim außerordentlichen Landesparteitag 2022 in Lübeck wurde dem Landesparteierrat eine neue Struktur gegeben. Eine Konstituierung des neuen Landes-



Olaf Schulze, Vorsitzender des Landesparteirates

parteirates ist für den 03. März 2023 vorgesehen (Stand Anfang Dezember 2022).

In der Zwischenzeit fanden erweiterte Landesvorstandssitzungen und Runden des Landesvorstandes mit den Kreis- und AG-Landesvorsitzenden zur gegenseitigen Information und gemeinsamen Abstimmung statt.

SOZIALE POLITIK FÜR DICH. BESSER IST DAS.

Von Götz Borchert,
Landesgeschäftsführer

„Im Prinzip balanciert man ständig ein rohes Ei.“ Frank Stauss, Politikberater

Im Berichtszeitraum 2021 bis 2023 prägten die ersten drei der fünf anstehenden Wahlkämpfe in Schleswig-Holstein die Arbeit der SPD Schleswig-Holstein

- Bundestagswahl am 26. September 2021
- Landtagswahl im 8. Mai 2022
- Kommunalwahl am 14. Mai 2023
- Europawahl 2024
- Bundestagswahl 2025

Darüber hinaus hatten erneut die Auswirkungen der Corona-Pandemie Einfluss auf die Arbeit und Entwicklung der Parteiorganisation und schließlich hat der Krieg Putins gegen die Ukraine auch bei uns in Schleswig-Holstein politische Prioritäten verschoben.

I. Zur Arbeit und Entwicklung der Parteiorganisation

Die Mitgliederzahl des Landesverbandes ist im Berichtszeitraum weiter gesunken und betrug zum Jahresende 2022 rund 15.000 Mitglieder. Mit rund 36% waren Frauen dabei weiterhin unterrepräsentiert. Der Altersdurchschnitt lag weiterhin bei 63 Jahren. Für die Zukunft bleibt entscheidend, Arbeits- und Organisationsstrukturen den Vorstellungen vieler Menschen für ein gesellschaftliches und politisches Engagement zu entsprechen. Beteiligung muss auch jenseits formaler Ämter möglich und ggf. befristeten und themengebunden in Projekten eine Option sein. Generell ist die Linie, organisatorische Verfahren zu verschlanken um politischen Debatten mehr Raum zu geben, sicherlich keine verkehrte. Siehe dazu auch die Übersicht der Mitgliederzahlen auf Seite 10.



Um aber auch der breiten Erfahrung von SPD-Mitgliedern gerecht zu werden, hat unsere Landesvorsitzende Serpil Midyatli damit begonnen in regelmäßigen Abständen Jubilare zu einem gemeinsamen Nachmittag mit Gesprächen einzuladen. Ein Angebot, das die „klassischen“ Ehrungen in den Ortsvereinen nicht ersetzt, aber ergänzt.

Die Organisationsstrukturen sind weiterhin - den Verwaltungsstrukturen des Landes entsprechend - kleinteilig. Dies hat sich gerade bei Wahlkampagnen als Stärke und Herausforderung zugleich erwiesen. 427 Ortsvereine bilden die Basis der SPD in Schleswig-Holstein. 15 Kreisverbände und 11 Landesarbeitsgemeinschaften, mehrere Foren und Arbeitskreise engagieren sich in unserem Land. Rein rechnerisch liegt die durchschnittliche Mitgliederzahl unserer Ortsvereine bei 36 Mitgliedern. Tatsächlich existieren aber 287 Ortsvereine, die weniger als diese Zahl beheimaten. Ganze 67 Ortsvereine haben 10 oder weniger Mitglieder. Die Anforderungen an das Ehrenamt in der Kommunalpolitik und in Wahlkämpfen steigen; unseren Ortsvereinsvorsitzenden kommt dabei eine immer bedeutender werdende Aufgabe zu. Umso mehr hat es mich gefreut, dass die von mir 2018 initiierte Reihe mit Treffen der neuen Ortsvereinsvorsitzenden weiterhin gut angenommen wurde. Jährlich habe ich hier Menschen getroffen, die mit ihren Teams vor Ort das Partei-

MITGLIEDER JE ORTSVEREIN	1-20	21-50	51-100	101-200	201-300	301-400
ANZAHL DER ORTSVEREINE	191	139	76	18	2	1

leben bereichern und Politik gestalten wollen. Sie verdienen unsere Unterstützung.

Wir sind in vielen Gemeinden des Landes organisiert, aber: Immer weniger Ortsvereine können die zahlreichen Aufgaben noch erfüllen. Ein wichtiger Fortschritt für das Parteileben kann auch die Verankerung von „Stützpunkten“ (lt. Organisationsstatut Bund Satzung Distrikte/ Ortsabteilungen) in der neuen Satzung des Landesverbandes sein - eine Möglichkeit für örtliche Gruppen der SPD, um beispielsweise die Kommunalpolitik zu gestalten und gleichzeitig das Gesicht der SPD vor Ort zu bleiben. Die breitere Parteiarbeit, inklusive Beginn der innerparteilichen Legitimationsketten, könnte in größeren (gemeindeübergreifenden) Ortsvereinen organisiert sein. Gleichzeitig sollten wir überlegen, ob eine stärkere hauptamtliche Unterstützung und Beratung durch vereinheitlichte Abläufe in Gliederungen mehr Zeit für politische Arbeit ermöglichen würden. Als Vorbild könnten meines Erachtens die Organisationswahlen der SPD in Hamburg dienen.

Auch über dieses Beispiel hinaus hat der Beschluss des Landesparteitags 2022 über eine neue moderne und stringente Satzung des Landesverbandes viele Neuerungen gebracht. Dazu gehört als Ergebnis einer lernenden Parteireform eine überarbeitete Fassung der Antragskommission, die uns helfen wird uns programmatisch fortzuentwickeln, die verschiedenen Formen der Mitgliederbeteiligung oder auch die Umstrukturierung des Landesparteitages zu einem „kleinen Parteitag“, bei dem künftig politisch-programmatische Debatten die reine Berichts- und Austauschkultur ablösen sollen. Das macht uns dynamischer und schlagkräftiger.

Die Umstellung der Parteiarbeit auf viele digitale oder hybride Formate hat weiterhin gut funktioniert – bis hin zu einem digitalen Parteitag 2021. Sie haben mehr Möglichkeiten für auch kürzere Formate ermöglicht und eine ressourcenschonende und zeitsparende Teilnahme an Gremiensitzungen ermöglicht. Mehr und mehr tagt beispielsweise der Landesvorstand hybrid und wird von Gästen digital bei seiner Arbeit begleitet.

Die Bilanz der Wahlkämpfe ist durchwachsen: Dies beginnt bereits bei den Direktwahlen. Großartigen Wahlerfolgen wie z. B. in Neumünster oder Ahrensburg stehen enttäuschende Ergeb-

nisse, u.a. in Flensburg, Altenholz, Halstenbek oder auch Plön gegenüber. Ein Alarmsignal sich nicht auf den Erfolgen der Vergangenheit auszuruhen, sondern die Bürgermeister*innen-Wahlen strategisch neu anzugehen. Der Dank gilt auch der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK), die den Großteil der Wahlkämpfe begleitet hat. Gemeinsam wird man sich hier aufstellen.

II. Die Bundestagswahl 2021: Soziale Politik für Dich.

Mit langem Atem und einem hervorragenden Spitzenkandidaten gelang uns als Partei im September 2021 das, woran vorher – außer uns – fast niemand geglaubt hatte. Die SPD wurde die stärkste der Parteien: Bundespräsident, Bundeskanzler, Bundestagspräsidentin – in allen Ämtern sind Sozialdemokrat*innen. Auch in Schleswig-Holstein wurden wir mit Abstand (28%) stärkste Kraft. Die Landesgruppe wuchs von sechs auf acht Abgeordnete, die allesamt direkt gewannen. In zwei weiteren Wahlkreisen gelang es uns bei der Zweitstimme vorne zu liegen.

Die Kampagne wurde vorrangig von den elf Direktkandidat*innen und ihren Teams vor Ort mit Leben gefüllt. Ab dem „Venedig-Moment“ (u.a. durch den Einsatz von Olaf Scholz verständigte man sich auf eine globale Spekulationssteuer) ging es für die SPD bergauf. Klare und überzeugende Auftritte des Kanzlerkandidaten führten zu einem gelungenen Wahlsieg. Der Landesverband setzte verstärkt – gerade im Endspurt – auf die mediale und werberische Präsenz von Olaf Scholz.



Bei den anschließenden Koalitionsverhandlungen zu einer Ampel-Koalition im Bund beteiligten sich auch mehrere Mitglieder der SPD Schleswig-Holstein. Die Hoffnungen, dass sich die harmonische und vertrauensvolle Zusammenarbeit

in Berlin aber auf künftige Koalitionsspekulationen in Kiel ausweiten sollten, erfüllten sich nicht.

Umso erfreulicher das Ergebnis der Bundestagswahl gewesen ist, umso enttäuschender wurde das Ergebnis der Landtagswahl 2022. Es ist uns nicht ansatzweise gelungen das Potential zu nutzen. Viele Menschen, die noch weniger Monate zuvor die SPD gewählt haben, entschieden sich im Mai 2022 für eine andere Partei. Mit 16% sank unser Ergebnis auf einen historischen Tiefpunkt. Die Fraktion halbierte sich praktisch auf 12 Mandate (von 21).

III. Die Landtagswahl 2022: Besser ist das.

Bereits im Bundestagswahlkampf präsentierte der Landesvorstand seinen Vorschlag für die Spitzenkandidatur zur Landtagswahl 2022. So hatte es Serpil Midyatli im Vorfeld bereits angekündigt. Sie selbst kandidierte nicht, sondern schlug Thomas Losse-Müller, einen führenden Kopf der DENKFABRIK vor, der vom Landesvorstand einstimmig nominiert wurde.

Thomas Losse-Müller begann im Rahmen des Programmprozesses eine intensive Tour durch Institutionen, Vereine, zu Multiplikator*innen und natürlich auch Parteigliederungen. Wobei die Koalitionsverhandlungen in Berlin und eine anschließende Corona-Welle viele dieser geplanten Präsenz-Termine ins digitale verlagerten.



Thomas Losse-Müller redet zum Zukunftsprogramm auf dem außerordentlichen Landesparteitag in Lübeck

Der Wahlkampf war - trotz der herben Niederlage am Ende - von vielen Weiterentwicklungen geprägt. Gleichzeitig lässt eine Fehleranalyse auch wichtige Erkenntnisse zutage treten. An den Punkten muss entsprechend weitergearbeitet werden.

Exemplarisch werden einige Aspekte beispielhaft genannt:

- Die Einbindung externer Dienstleister konnte finanziell reduziert und inhaltlich gezielter durchgeführt werden. Dies gelang vor allem durch eine entsprechende Vorbereitung im Team des Walter-Damm-Hauses.
- Die Wahlkampfplanung wurde unter strategischen Gesichtspunkten aufgestellt und basierte nicht zuletzt auf konkreten Forschungsergebnissen.
- Die Schleswig-Holstein-Werbelinie „Besser ist das“ ist sehr positiv aufgenommen worden. Erstmals wurde über die Materialbestellungen eine Mindestpräsenz des Spitzenkandidaten im Land sichergestellt, was angesichts der späteren Verläufe als besonders wichtige Entscheidung gelten muss.
- Die Spots (Kino, TV, Online) wurden im Wesentlichen im Walter-Damm-Haus konzipiert und qualitativ hochwertig umgesetzt. Sie waren auf die verschiedenen Medien zugeschnitten.
- Die Vereinbarung der Parteien zum Umgang mit Wahlprüfsteinen muss im Nachgang als wichtig und richtig bewertet werden. Dennoch ist vorgebrachte Kritik an der Begrenzung von Wahlprüfsteinen ernst zu nehmen.
- Die direkte Kommunikation mit den Kandidierenden und ihren Teams über den Messenger-Dienst „Signal“ ermöglichte einen unmittelbaren und schnellen Austausch.
- Die Einrichtung eines Büros des Spitzenkandidaten im KAMPA-Team erleichterte die Zusammenarbeit. Es bleibt eine große Herausforderung die Waage zwischen Planung und Flexibilität auszubalancieren.
- Die Anzahl „klassischer“ Veranstaltungen wurde deutlich reduziert, dennoch flächendeckend angeboten und mit einem hohen Budgetanteil für kommerzielle Werbung begleitet. Die Tour hat in vielen Fällen regionale Berichterstattung in der Presse ausgelöst.
- Die Mobilisierung wurde nicht ausschließlich an Parteigliederungen orientiert, sondern mit zusätzlichen Angeboten direkt an Freiwillige ergänzt. Sowohl die zwei zentralen Mobilisierungsaktionen wie auch die „Mission 2022“ dürfen als Innovationen im bestehenden Veränderungsprozess der ehrenamtlichen Kampagnenfähigkeit der Partei gelten.
- Eine Stärkung der Kampagne im Hamburger Umland ist dringend erforderlich.

- Der Online-Service-Katalog wie auch das „Wahlkampfwissen“-Handbuch waren gute Bestandteile auch für eine langfristige Kampagnenvorbereitung in den Regionen.
- Das Magazin „Thomas Losse-Müller“ ist gut angenommen worden.
- Die Spendenakquise muss trotz aller Fortschritte ausgebaut werden.

Das miserable Ergebnis und die anschließende Analyse enthielten verschiedene Erkenntnisse, die wir bei unserer künftigen Arbeit dringend beachten sollten:

1. Den Markenkern stärken: Soziale Gerechtigkeit bleibt wichtig. Zwar erreichte unsere Partei bei der Kompetenzzuschreibung für soziale Gerechtigkeit mit 30% noch den Spitzenplatz, ist aber vergleichsweise schwach mit Blick auf Kernkompetenzen anderer Parteien (z.B. CDU: Kriminalitätsbekämpfung 46%, Wirtschaftskompetenz 42%; Grüne: Klimaschutz 56%). Die SPD muss also „Soziale Politik für Dich“ machen und viel darüber reden. Die SPD muss ihre Kernthemen soziale Gerechtigkeit, Arbeitsplätze und gute Schul- und Bildungspolitik als Markenkern stärken (und verteidigen). Eine Fokussierung auf wenige konkrete Kernziele muss früh stattfinden.

2. Eine Alternative sein: Oppositionsstrategie vereinbaren und mit Leben füllen. Die SPD muss ihre Oppositionsrolle annehmen und über die gesamte Zeit programmatische Alternativen erarbeiten – und kommunizieren. Mit eigenen Ideen für die Zukunft, aber auch mit klarem Blick für die Defizite der jeweiligen Regierung. Warum ist die schwarz-grüne Koalition keine Antwort auf die Fragen an Schleswig-Holsteins Zukunft? Es braucht auch eine Auseinandersetzung mit den Fehlern und Positionen des Ministerpräsidenten. Er muss auch dazu gezwungen werden, Meinung zu beziehen, wo er dies bisher vermeidet.

3. Machtoptionen schaffen: Nicht allein kämpfen, Verbündete einbinden. Kontakte zu anderen Parteien sind in einem unübersichtlichen Parteiensystem umso wichtiger. Zum Aufbau einer mittelfristigen Machtoption kann die gute Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Akteur*innen beitragen. Insgesamt ist es der SPD vor der Wahl 2022 gut gelungen, offen für die praktische Expertise anderer zu sein. Allein in der Denkfabrik engagierten sich Expert*innen für verschiedene Politikfelder, hinzu kamen die Dialoge mit

Gewerkschaften, Sozialverbänden und anderen bei der Erarbeitung des Regierungsprogramms. Daran lässt sich anknüpfen.

4. Personen sind wichtig: Entscheidungen rechtzeitig vorbereiten (ohne Personaldebatten). Für eine erfolgreiche politische Kommunikation braucht es Personen, die glaubhaft dafür stehen und das Vertrauen der Menschen genießen. Viele Wahlen der jüngeren Vergangenheit haben gezeigt, welch große Bedeutung Spitzenkandidat*innen haben (Anke Rehlinger, Manuela Schwesig, Malu Dreyer, Winfried Kretschmann, über viele Jahre Angela Merkel). Entsprechend muss die SPD Personen profilieren. Dies bedeutet nicht, jetzt Vorentscheidungen über künftige Kandidaturen zu fällen. Dies wäre angesichts der völlig unklaren bundes- wie landespolitischen Entwicklungen der kommenden Jahre ein aussichtsloses Unterfangen. Die Entscheidung für eine Spitzenkandidatur bleibt (neben der Festlegung auf zentrale Themen und die Koalitionspräferenz) eine zentrale „Hochrisikoentscheidung“.

5. Stolz sein und anpacken: Wir sind Volkspartei und wollen dies auch bleiben. Der Abgesang auf die Volksparteien wird seit Jahrzehnten angestimmt. Er ist angesichts von Wahlergebnissen jenseits der 40% für die SPD im Saarland und für die CDU in Schleswig-Holstein falscher denn je. Volkspartei zu sein meint aber nicht, viele Stimmen zu gewinnen, sondern flächendeckend sowie in allen Politikfeldern aktiv zu sein. Auch eine geschrumpfte SPD in Schleswig-Holstein muss diesen Anspruch weiter an sich stellen.

IV. Kampagnenfähig bleiben: Auf das Wichtige konzentrieren.

Die SPD Schleswig-Holstein hat ohne Zweifel das Potential wieder die Stärkste der Parteien im Norden zu werden. Die SPD wird gebraucht. Sie ist die Partei, die das Leben der Menschen besser machen will und dies auch tut.

Dennoch: Die finanziellen und personellen Ressourcen der Partei gehen teilweise dramatisch zurück. Es gilt auch mit weniger hauptamtlichen Mitarbeiter*innen und mit weniger ehrenamtlich Aktiven kampagnenfähig zu bleiben. Dafür muss sich die SPD auf das Wichtige konzentrieren und einen möglichst breiten Konsens darüber erzielen. Hierzu gehört auch die Frage nach einer Schwerpunktsetzung.

Die anstehenden Wahlen werden wir nicht mit Geld gewinnen, sondern mit guten Ideen und einer überzeugenden Politik. Ich halte diese simple Feststellung nicht nur für sachlich richtig, sondern es angesichts der Finanzentwicklung der SPD für erforderlich, sie endlich zu verinnerlichen und umzusetzen.

Die Kernaufgabe des Hauptamtes wird darin bestehen sich als strategisches Kampagnen-Zentrum aufzustellen. Unter den Kolleginnen und Kollegen haben wir deshalb bereits im Sommer 2020 einen Prozess zur Kampagnenfähigkeit der Nord-SPD begonnen, der wichtiger Grundstein für die Kampagnenplanung der nächsten fünf Jahre ist. Es braucht einen frischen Blick auf das Land und unsere Partei und eine anschließende Konzentration auf die wesentlichen Kampagnen-Elemente. Dabei können Haupt- und Ehrenamt sich gegenseitig unterstützen und ergänzen.

Zum strategischen Austausch haben wir mit Mitgliedern aus Landesvorstand, Landtagsfraktion, MdB-Landesgruppe und Europaabgeordneter die Roten Strategie-Runden eingeführt. In Kreisvorsitzenden-Runden haben wir die Verfahren zur Vorbereitung der Wahlkämpfe miteinander abgestimmt. Ich selbst pflege regelmäßige Kontakte zu meinen Kolleginnen und Kollegen der anderen demokratischen Parteien, um gemeinsame Projekte, die der Verbesserung der Parteiendemokratie in Schleswig-Holstein dienen, voranzubringen.

Wir müssen die Arbeit unter erschwerten Bedingungen verbessern. Deshalb hat der Landesschatzmeister auf Beschluss des geschäftsführenden Landesvorstandes im Oktober 2022 die Personal- und Finanzverantwortung übernommen. Der Landesgeschäftsführer wird sich künftig intensiver um politische Beratung und Kampagnenplanung kümmern. Dies ist besonders wichtig, weil nach der Wahlniederlage ein weiterer Personalabbau im Walter-Damm-Haus (zumindest temporär) notwendig wurde.

V. Die Vorbereitung der Kommunalwahl

Die Kommunalwahl ist für uns kein Probelauf für eine künftige Landtagswahl. Hier stehen Kandidierende „von vor Ort“ zur Wahl. Es ist unsere strategische Auffassung, dass am 14. Mai 2023 über konkrete Anliegen vor Ort abgestimmt

werden soll. Der Landesverband will die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer organisatorisch unterstützen, Themen verstärken und einen Kampagnenrahmen für die Gliederungen schaffen. Wir stellen eine kommunikative Verstärkung, fachliche Unterstützung und zahlreiche Service-Leistungen zur Verfügung. Dies tun wir im Rahmen der Organisation, der Mobilisierung, der politischen Kommunikation und der Werbung. Dazu zählt die Fortsetzung und Weiterentwicklung des Handbuches „Wahlkampfwissen“, des Mobilisierungsplaners für Tür-zu-Tür-Aktionen oder auch zahlreiche Schulungsangebote.

Daneben werden auch neue Formate angeboten. Die „Mission 2023“ soll als regelmäßiges Instrument zum Austausch der Wahlkämpfer*innen dienen und landesweite Aktionen anregen. Nach Vorbild eines Tages der Offenen Tür hat das Team der Landesgeschäftsstelle im Dezember 2022 bereits einen Aktionstag zur Kommunalwahl durchgeführt.

Über das Gestaltungsportal im SPD-Shop ist die Erstellung zahlreicher Materialien im Design „Soziale Politik für Dich“ einfach und gut umsetzbar. Darüber hinaus sollen die Optionen für landesweite Werbung ausgebaut werden, um die Sichtbarkeit der SPD zu erhöhen und Gliederungen zugleich zu unterstützen. Darin gehen unsere Erfahrungen aus den vorangegangenen Wahlkämpfen auf.



Grundlage für all dies war die Beteiligung derjenigen, die hier kandidieren: unserer Mitglieder. Wir haben die Mitglieder über die Werbelinie wie auch die programmatischen Schwerpunkte abstimmen lassen:

1. Bezahlbare Energie vor Ort
2. Bauen nach Maß
3. Mobilität in der Region
4. Gesundheit vor Ort
5. Stark für die Kleinsten
6. Den Ganztag im Blick
7. Lebensqualität - das zeichnet Schleswig-Holstein aus
8. Arbeitsplätze bei uns vor Ort

Diese dienen als Basis der politischen Arbeit und Kommunikation in den Monaten bis zum 14. Mai 2023.

Gemeinsam mit externen Partner*innen lädt der Landesgeschäftsführer zu Vorstellungen interessanter Impulse für die Kampagnengestaltung ein. So beispielsweise zum Austausch über Studie zur Veränderung der Gesellschaft in den Städten (FES) oder zu politischen Strategien in ehemaligen Hochburgen (SPD Hamburg).

VI. Danksagung

Abschließend möchte ich mich herzlich für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen zwei Jahren bedanken. Dieser Dank gilt insbesondere meinen Kolleginnen und Kollegen in den Kreisgeschäftsstellen und in der Landesgeschäftsstelle.

Nicht vergessen möchte ich dabei die langjährige Kollegin Kerstin Kibelka (Büro der Landesvorsitzenden), die wir nach über 30 treuen Dienstjahren in neue Gefilde verabschiedet haben. Auch die Kolleg*innen Steffen Voss (Online-Referent), Ursula Wassermann (Kreisbüro Lübeck), Frederik Digulla (Pressesprecher) haben neue berufliche Herausforderungen angenommen.

Gerhard Schulz (Kreisbüro Schleswig-Flensburg/Flensburg) haben wir nach rund 30 Jahren in den Ruhestand verabschiedet. Unsere Auszubildende Alexa Wiesner hat ihre Ausbildung wiederum erfolgreich abgeschlossen und sich für eine berufliche Zukunft in Berlin entschieden.

Darüber hinaus sind die Mitarbeiter*innen der KAMPA zu nennen, die unsere Landtagswahlkampagne mit Leben gefüllt haben.

Mit Torge Johannsen (Kreisbüro Flensburg/Schleswig-Flensburg), Katharina Schloer (Kreisbüro Lübeck), Alexander Wagner (Pressesprecher, persönlicher Referent), Lynn Kuhlwein (Studentin für Online-Kommunikation) und Tarek Awad (Büro der Landesvorsitzenden) haben wir unser Team dauerhaft tatkräftig verstärken können.

Ich danke den Mitgliedern des Landesvorstandes, den Vorständen der Kreisverbände und Arbeitsgemeinschaften, vielen Mitgliedern in den Ortsvereinen sowie unseren Abgeordneten im Landtag, Bundestag und Europäischen Parlament.

Gesprächspartner*innen und Ratgeber*innen an anderer Stelle - besonders in der nervenaufreibenden Zeit des Landtagswahlkampfes - in Vereinen und Verbänden, Wissenschaft, der SGK oder dem Kulturforum waren für mich und meine Arbeit eine wichtige Bereicherung.

KONTAKT

Götz Borchert, Landesgeschäftsführer
Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel
Tel. 0431 - 9060642
Fax 0431 - 9060641
E-Mail: goetz.borchert@spd.de

RAUS AUS DER KOMFORTZONE

Von Hermann Bock, Bildungs- und Projektmanagement

„Auch aus Steinen, die einem in den Weg gelegt werden, kann man Schönes bauen.“

J. W. v. Goethe

Innerparteiliche politische Bildung wird zunehmend wichtiger. Die Zeit der Pandemie und der vielen großen Krisen hat die Rahmenbedingungen jedoch nicht leichter, sondern schwerer gemacht. Bildungsarbeit hat in der SPD Schleswig-Holstein nun mehr als 30 Jahre Tradition. Unser ehemaliger Landesvorsitzender Willi Piecyk sagte einst: „Um Wehrführer bei der Feuerwehr zu werden, muss man Lehrgänge besuchen. In der SPD kann man alles auch ohne werden.“ Seine Überzeugung war, dass wir mit politischer Bildung auch die Wirksamkeit des Engagements vor Ort erhöhen können. Auch auf seine Initiative geht die lange Tradition professioneller, hauptamtlich betreuter Bildungsarbeit zurück. Die Forderung des Parteiengesetzes in §1 Abs. 2 nach vertiefter politischer Bildung und Heranbildung von Bürger*innen für die Übernahme öffentlicher Verantwortung nehmen wir seit mehr als drei Dekaden sehr ernst.

Unsere pädagogischen Grundsätze haben das Ziel alle unsere Bildungsangebote partizipativ, demokratisch, modern und die Menschen verbindend zu gestalten. In den Berichtszeitraum fallen viele Klassiker unserer politischen Bildung, aber auch neue Schulungsangebote sind ins Portfolio aufgenommen worden:

- Landesweites Willkommenswochenenden für neue Mitglieder oder jene, die aktiv werden wollen
- Seminar für neue Ortsvereinsvorsitzende
- Kommunalakademie, Einführung in die Kommunalpolitik
- Nachwuchsqualifizierungsprogramm für politisches Engagement (Führung und Verantwortung, politische Ethik, Projektmanagement, Kommunikation)
- Work-Life-Balance im bürgerlichen Engagement
- Grundzüge des doppelten Haushalts für engagierte Kommunalpolitiker*innen
- Mach Deine Website Fit – Angebote für Administrator*innen von SOZ.IS
- Diskussionsabende mit der Denkfabrik der SPD Schleswig-Holstein
- Digitales Perspektivcamp



- Onlinesitzungen leiten und partizipativ gestalten für Anfänger*innen
- Gestaltungsportal der SPD
- Sozicloud im Einsatz
- Digitale Whiteboards & digitale Tools zur Einbeziehung großer Gruppen

Neben den wichtigen Präsenzs Schulungen sind Onlineschulungen mittlerweile fester Bestandteil unseres Bildungsangebotes. Wir stellen unseren Gliederungen nicht nur sichere und funktionsfähige Plattformen für Videokonferenzen und Onlinetreffen zur Verfügung, sondern beraten auch, wie sie didaktisch anspruchsvoll interessante, demokratische und effektive Workshops online durchführen können. Wir sind davon überzeugt, dass wir, wie im Jahr 2017 durch den Landesparteitag beschlossen, unseren Weg der Regionalisierung fortsetzen müssen. Einige Kreisverbände haben Parteischulen vor Ort gegründet und wurden durch den Landesverband dabei unterstützt. Da wir hier regional sehr verschieden aufgestellt sind, haben wir durch Rufseminarangebote und Workshops auf OV-Ebene, sowie durch landesweite Onlineangebote dort unterstützt, wo kein Vor-Ort-Angebot zu finden ist.

Blickt man in die Zukunft steht die politische Bildungsarbeit erneut vor Herausforderungen. Mit weniger finanziellen Ressourcen wollen wir jedoch weiterhin ein gutes, vielfältiges und interessantes Angebot unterbreiten. Dies wird vor allem dann gelingen, wenn wir eine neue Generation von Teamerinnen und Teamern ausbilden und den Weg der Modernisierung fortsetzen sowie unsere digitalen Angebote ausweiten. Gleichzeitig dürfen wir aber auch nicht vergessen, dass für viele Genossinnen und Genossen die Lernform in Gruppe und Präsenz wichtig und niedrighschwellig sind. Wir wollen auch künftig unsere Angebote an den jeweiligen individuellen Bedürfnissen ausrichten und wo dies möglich ist ein zugeschnittenes Angebot machen.

AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG/ LANDESWAHLKONFERENZ ZUR BUNDESTAGSWAHL AM 26. MÄRZ 2021 IN NEUMÜNSTER

STARKLAR FÜR DEN BUNDESTAG

Für alle elf Bundestagswahlkreise des Landes wurden im Vorfeld der Landeswahlkonferenz die Kandidaturen entschieden. Die Landeswahlkonferenz vergab die Listenplätze und hielt sich bis Platz an die Quotierung.

„Wir sind startklar“ stellte Landesvorsitzende Serpil Midyatli am Ende der Landeswahlkonferenz am 26. März fest. Knapp 200 Delegierte hatten in Neumünsters Holstenhalle die Landesliste für die Bundestagswahl aufgestellt.

Der Listenvorschlag des Landesvorstands wurde – trotz einer Gegenkandidatur auf Platz 6 – ohne Änderung bestätigt. Das Team ist eine Mischung aus Erfahrung, Kompetenz und neuen Gesichtern.

Auch das inhaltliche Profil der Nord-SPD wird deutlich. Sönke Rix stand als stv. Landesvorsitzender und familienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion wie kein anderer als Spitzenkandidat für die soziale Kompetenz der SPD Schleswig-Holstein. Er gehört dem Bundestag seit 2005 an. Im Wahlkampf sollte Familienpolitik eine wichtige Rolle spielen. Nina Scheer auf Listenplatz zwei ist eine ausgewiesene Expertin für Klima- und Energiepolitik.

LISTE DER SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN:

- | | |
|------------------------|-----------------------|
| 1. Sönke Rix | 12. Christiane Buhl |
| 2. Nina Scheer | 13. Kristian Klinck |
| 3. Ralf Stegner | 14. Aylin Cerrah |
| 4. Bettina Hagedorn | 15. Felix Ferber |
| 5. Tim Klüssendorf | 16. Katrin Fedrowitz |
| 6. Franziska Brzezicha | 17. Mats Hansen |
| 7. Mathias Stein | 18. Martina Claussen |
| 8. Karin Thissen | 19. Tobias Schloo |
| 9. Bengt Bergt | 20. Miriam Huppermann |
| 10. Dorothea Siemers | |
| 11. Jens Peter Jensen | |



Die Landesvorsitzende und die in den elf Wahlkreisen direkt aufgestellten Kandidierenden

Chancen in den Wahlkreisen

„Das Rennen um die Wahlkreise ist angesichts von drei starken Parteien im Land besonders spannend“, fand Serpil Midyatli. „Unser Anspruch ist, dass wir um den Sieg in allen elf Wahlkreisen kämpfen. Ich bin überzeugt, dass wir mit diesem Team überall Gewinnchancen haben.“

Bei der fulminant gewonnenen Bundestagswahl zogen am Ende Sönke Rix, Nina Scheer, Ralf Stegner, Bettina Hagedorn, Tim Klüssendorf, Mathias Stein, Bengt Bergt und Kristian Klinck über direkt gewonnene Wahlkreise in den Bundestag ein. Die Liste zog damit nicht. Die Einzelberichte der Bundestagsabgeordneten sind weiter hinten im Heft zu finden.

ERSTER DIGITALER ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG

AM 24. UND 25. APRIL 2021

DIE SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN FÜHRTE CORONA-BEDINGT ERSTMALS EINEN KOM- PLETTEN LANDESPARTEITAG DIGITAL AUS DER SPD-LANDESGESCHÄFTSSTELLE HERAUS DURCH

Von der Landesgeschäftsstelle war der Ordentliche Landesparteitag zunächst als hybrider Parteitag in den Holstenhallen in Neumünster geplant worden. Coronabedingt musste aber wieder einmal alles umgeplant werden auf eine Premiere: ein komplett digitaler ordentlicher Landesparteitag mit Anträgen über die Antragsberatungssoftware „OpenSlides“, Reden über die Videokonferenzplattform „Jitsi“ und anschließender Bestätigung der Online-Wahlen per analogem Urnengang.



Nach der Eröffnung des Parteitags hatte zunächst Kanzlerkandidat Olaf Scholz das Wort. Auch seine Rede wurde online zugeschaltet.

Landesvorsitzende Serpil Midyatli wurde bei den Vorstandswahlen mit überzeugenden 89 Prozent der Stimmen wiedergewählt. „Ich freue mich über das starke Ergebnis und den damit verbundenen Rückenwind für die kommenden Aufgaben“, erklärte sie nach dem Parteitag. „Wir gehen die vor uns liegende Bundestags- und Landtagswahl mit viel Optimismus und Gestaltungswillen an. Wir wollen, dass Deutschland und Schleswig-Holstein progressive Regierungen bekommen, die sich entschlossen um die großen Zukunftsfragen kümmern.“

Am 24. April stellten sich die Bewerberinnen und Bewerber auf dem Online-Parteitag vor. Die elektronische Abstimmung bestätigte den geschäftsführenden Vorstand im Amt. Die gesetzlich geforderte Urnenwahl fand am 25. April an sechs Standorten statt, die Auszählung in der Kieler Landesgeschäftsstelle.

Die hohe Wahlbeteiligung von 95 Prozent unterstrich die Motivation der Delegierten. „Unser erfolgreicher digitaler Parteitag zeigt die Organisationskraft und Kampagnenfähigkeit der SPD Schleswig-Holstein“, freute sich Landesgeschäftsführer Götz Borchert.

Delegiertenwahlen wurden auf den nächsten Landesparteitag verschoben, der wieder in Präsenz abgehalten werden sollte. Ebenso musste die Satzungsänderung noch einmal warten, da Satzungsänderungen gesetzlich nicht digital abgestimmt werden dürfen.



Oben: Auszählung am Sonntag im Kuhberg
Links: Die Technik hinter den „Kulissen“

IN DEN LANDESVORSTAND WURDEN (WIEDER)GEWÄHLT:

Landesvorsitz: Serpil Midyatli
Sophia Schiebe und Sönke Rix wurden als stellvertretende Vorsitzende wiedergewählt.
Schatzmeister: Stefan Bolln
Beisitzer*innen: Delara Burkhardt, Aylin Cerrah, Dr. Kai Dolgner, Kirsten Eickhoff-Weber, Enrico Kreft, Tarek Saad und Christina Schubert.

LANDESWAHL- KONFERENZ ZUR LANDTAGSWAHL AM 5. FEBRUAR 2022 IN NEUMÜNSTER

LISTENAUFSTELLUNG: VIEL RÜCKHALT FÜR SPITZENKANDIDAT THOMAS LOSSE-MÜLLER

Das hatte es noch nie gegeben: Die 200 Delegierten der Landeswahlkonferenz versammelten sich in den Holstenhallen. Aber der designierte Spitzenkandidat Thomas Losse-Müller war nicht dabei. Er stand zur selben Zeit im Kieler Walter-Damm-Haus vor der Kamera.

Wegen eines Coronafalls in seiner Familie wollte er die Delegierten nicht gefährden. Kann eine Bewerbungsrede per Video zünden? Thomas Losse-Müller hatte bewiesen, dass es geht. Der Applaus der Delegierten und das hervorragende Wahlergebnis für den Spitzenkandidaten bewiesen, dass die Botschaften ankamen.

Thomas Losse-Müller stellte den Zusammenhalt der Gesellschaft in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Sozialdemokratische Politik suche Lösungen, die für alle funktionieren: „Wohlstand, Glück, Freiheit, Nachhaltigkeit sind nicht das Werk Einzelner, sondern Teamarbeit einer ganzen Gesellschaft. Das ist der Weg der SPD.“

Bei der Wahl für den Listenplatz 1 erhielt Thomas Losse-Müller 188 von 200 Stimmen (94 %).

DIE GEWÄHLTE LANDESLISTE:

1 – Thomas Losse-Müller	25 – Thies Grothe
2 – Serpil Midyatli	26 – Bianca Lüßenhop
3 – Martin Habersaat	27 – Tarek Saad
4 – Sophia Schiebe	28 – Dorothea Siemers
5 – Kai Dolgner	29 – Hendrik Schwind-Hansen
6 – Sandra Redmann	30 – Sandra Odendahl
7 – Marc Timmer	31 – Heiko Frost
8 – Beate Raudies	32 – Martina Clausen
9 – Niclas Dürbrook	33 – Robert Schall
10 – Birgit Herdejürgen	34 – Maybritt Venzke
11 – Thomas Hölck	35 – Mehmet Dalkilinc
12 – Birte Pauls	36 – Kerstin Metzner
13 – Kianusch Stender	37 – Helge Neumann
14 – Kirsten Eickhoff-Weber	38 – Claudia Wittburg
15 – Kai Vogel	39 – Patrick Laas
16 – Katrin Fedrowitz	40 – Franziska Eggen
17 – Benjamin Walczak	41 – Jonas Kramer
18 – Aylin Cerrah	42 – Aurelia Kreutzmann
19 – Jörn Puhle	43 – Tobias Schloo
20 – Özlem Ünsal	44 – Christiane Buhl
21 – Stefan Weber	45 – Carsten Ramm
22 – Anika Pahlke	46 – Gesine Stück
23 – Bastian Lindenbauer	47 – Sebastian Mohr
24 – Gerlinde Böttcher-Naudiet	48 – Katrin Fischer
	49 – Piet Jonas Voß

AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 12. MÄRZ 2022 IN LÜBECK

DAS ZUKUNFTSPROGRAMM FÜR DIE LAND- TAGSWAHL UND DIE NEUE SATZUNG DES LANDESVERBANDS WURDEN BESCHLOSSEN.



Eindringliche Worte richtete Bohdan Ferens (siehe Foto oben auf der Leinwand) in einer Videobotschaft direkt aus dem Krieg aus der Ukraine an den Landesparteitag. Auch der Landesparteitag in der Lübecker Musik- und Kongresshalle stand unter dem Eindruck des russischen Überfalls auf die Ukraine. Die Videobotschaft des jungen Genossen aus Kiew brachte die Dramatik der Situation in den Saal.

Spitzenkandidat Thomas Losse-Müller brachte den Entwurf für das Zukunftsprogramm ein. „Wir wollen das Klima schützen, die Digitalisierung gestalten, den demographischen Wandel managen und müssen uns wirtschaftspolitisch, sicherheitspolitisch und gesellschaftlich neu aufstellen“, zählte er die Aufgaben auf. Fortschritt gelinge nur, wenn in Zusammenhalt investiert werde. Das Zukunftsprogramm wurde mit einigen Änderungen einstimmig beschlossen.

Ein Auftrag des Landesparteitags von 2017 konnte endlich, nach coronabedingter Verzögerung, umgesetzt werden: Die Delegierten gaben dem Landesverband bei wenigen Enthaltungen eine neue Satzung.

BERICHTE DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN, FOREN UND ARBEITSKREISE

(Die Berichte des EuropaForums und des AK Digitale Gesellschaft lagen zu Redaktionsschluss nicht vor oder werden dem Landesparteitag als Tischvorlage vorgelegt)



ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEIT (AfA)

BERICHTSZEITRAUM:

FEBRUAR 2021 - NOVEMBER 2022

Der AfA-Landesvorstand tagte im Berichtszeitraum regelmäßig am vierten Dienstag im Monat. In jeder Sitzung wurde jeweils die aktuelle politische Lage in Land und Bund erörtert. Aus den Gremien wurden kontinuierlich die Berichte ausgetauscht.

Folgende politische Themen und Anträge, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, wurden u. a. im Landesvorstand behandelt:

- Für ein Betriebsrätestärkungsgesetz in Deutschland
- Aufruf zum "Tag der Arbeit" (2021/2022)
- Neufassung der gesetzlichen Rente (inkl. Antrag zum Landesparteirat am 06. März 2021)
- Werften und maritime Zulieferer sichern und stärken (Schreiben an SPD-Parteivorstand / SPD- Bundestagsfraktion)
- diverse Änderungsanträge zum Antrag "Starke SPD im Norden" zum Landesparteirat am 06. März 2021
- Ideen / Eckpunkte der AfA zu den Zielen der Nord SPD zur Landtagswahl im Mai 2022
- diverse Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge zum Zukunftsprogramm zum Landesparteirat am 5. Dezember 2021
- Anträge zur AfA-Bundeskonzferenz: Arbeitsgemeinschaften in der SPD stärken, höhere steuerliche Rückerstattbarkeit von Gewerkschaftsbeiträgen, Lieferkettenrecht verbessern, Mitbestimmung in europäischen Aktiengesellschaften SE sichern, Mitbestimmung stärken – Besserer Schutz für JAV und Betriebsräte, Pendlerpauschale verdoppeln, Steuergelder nur für Unternehmen mit Tarifvertrag, E-Commerce-Verhandlungen der

WTO stoppen, Aufwandsentschädigung für mobiles Arbeiten, Energie von MwSt. und EEG-Umlage befreien

Veranstaltungen:

- AfA-Nordkonferenz zu den Werften und der maritimen Industrie am 12.05.2021
- AfA-Landesdelegiertenkonferenz am 06.11.2021
- AfA-Landesdelegiertenkonferenz am 27.08.2022
- Aktion zur Mindestloohnerhöhung am 30.09.2022
- Aktion zur Betrieblichen Mitbestimmung am 05.11.2022

Der AfA-Landesvorstand hat an den Landesparteitagen, Landesparteiratssitzungen, Gewerkschaftsratssitzungen, AfA-Bundesausschusssitzungen, AfA-Bundeskonzferenzen und diversen weiteren Veranstaltungen teilgenommen.

Im November 2021 wurde der AfA-Landesvorstand neu gewählt, im August 2022 fanden Nachwahlen statt. Die aktuelle Besetzung des Landesvorstands findet sich auf der Webseite der AfA Schleswig-Holstein:
www.afa-spd-sh.de/landesvorstand

Wir bedanken uns bei unserem langjährigen Vorsitzenden Frank Hornschu für sein engagiertes Wirken in der AfA Schleswig-Holstein.

KONTAKT

Landesvorsitzende

Bengt Bergt &
afa@bengtbergt.de

Katharina Mahrt
k.f.mahrt@gmail.com

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG (AfB)

Die AfB setzt sich weiterhin aktiv ein für ein chancengleiches und zukunftsfähiges Bildungssystem in Schleswig-Holstein, von der frühkindlichen Bildung und Schule sowie beruflichen Ausbildung in ihrer ganzen Vielfalt und akademischen Ausbildung an den Hochschulen bis in den Beruf.

Die AfB hat sich rege und umfangreich mit Forderungen zum Bundestagswahlprogramm eingebracht, sich dann dezentral im Wahlkampf engagiert und war für alle Kandidierenden für Rat und Tat ansprechbar. So waren wir bspw. unterstützend für die Schleswig-Flensburger Kandidatin Franziska Brzezicha unterwegs (siehe Foto).



Auch in die Erarbeitung des Landtagswahlprogramms haben wir uns mit den Ergebnissen unseres breiten Beteiligungsprogramms Bildungswerft (auch mit Impulsen von Genoss*innen aus anderen Bundesländern, wie Christina Kampmann und aus Organisationen, wie GEW und GGG) sehr aktiv in den Diskurs sowie erfolgreich in den Beschlusstext eingebracht. Zusätzlich haben wir bspw. auf Einladung des SPD-Kreisverbands Kiel über die zentralen Punkte des Programms gesprochen und wie wir diese am besten vermitteln. Überdies haben wir ein Strategiegelgespräch mit Dr. Dietmar Molthagen, FES-Leiter Hamburg (Julius-Leber-Forum), unseren Mitgliedern und Interessierten geführt und die Ergebnisse in ein beratendes Gespräch mit Thomas Losse-Müller eingebracht. Allen Kandidierenden und Wahlkämpfenden haben wir online Frage-Input-Run-

den zu den Bildungsschwerpunkten des Wahlprogramms bereitgestellt.

Die Situation und Sichtweise von Kindern und Jugendlichen hinsichtlich der Pandemie haben wir auch weiterhin im Blick gehabt und u.a. eine große öffentliche Online-Veranstaltung mit diversen Fachkundigen und aktuellen Forschungsinputs durchgeführt. Hieraus mündeten Forderungen und eine Pressemitteilung. Ebenso begleiten wir weiterhin die von uns angestoßene Ausbildungsförderung aus einem Guss von der Schule über Studium und Meister. Diese haben wir erfolgreich in den Landesparteirat und auf Bundesebene eingebracht und eine stärkere Unterstützung kommunaler Bildungspolitik aktiv und aufmerksam verfolgt.

Die AfB ist auch weiterhin stark vernetzt nach innen und außen und im regen Austausch. Wir nehmen an den Gremiensitzungen der Partei engagiert teil, setzen auf AG-Bundesebene in den Gremien Impulse und stellen auch weiterhin mit Ulf Daude den erfolgreichen Bundesvorsitzenden der AfB. Mit der Landtagsfraktion arbeiten wir institutionell eng zusammen, pflegen einen regen Informationsaustausch und setzen Impulse. Außerdem haben wir gemeinsame Runden und Veranstaltungen durchgeführt, bspw. zum Thema Schule der Zukunft. Die gut etablierte Vernetzung und Kooperation der Landesarbeitsgemeinschaften koordinieren wir weiterhin mit. Auch mit der Landespartei sind wir vernetzt und waren u.a. mit einem Input gemeinsam mit Martin Habersaat Teil des Kommunalkongresses.

Auf unserer Vollversammlung zum Thema „Chancen(un)gleichheit im digitalen Wandel – Diklusion als Türöffner für Inklusion“ mit einem Vortrag unserer Genossin Dr. Lea Schulz, wurden die Mitglieder des Landesvorstands deutlich im Amt bestätigt und ein großer Teil neu gewählt. Mit der weiter gewachsenen Aktivität der AfB ist es uns gelungen, unsere Kompetenzen weiter auszubauen. Wir danken allen, die aus beruflichen Gründen und anderen Verpflichtungen nicht erneut kandidiert haben für ihre engagierte Arbeit und weiterhin bestehende Verbundenheit herzlich. Dem neuen Landesvorstand gehören an: Fabian Reichardt (Landesvorsitzender), Lea Martens (stv. Landesvorsitzende), Heiko Frost (stv. Landesvorsitzender), Christine Pluhar (stv. Landesvorsitzende) und die Beisitzenden

Franziska Brzezicha, Yvonne Hubert, Cynthia Kienast, Norman Marquardt, Kai Vogel sowie als weiteres Mitglied ohne Stimmrecht für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Kai Ammermann.

Themenschwerpunkte waren u.a.

- Situation der Lernenden von KiTa bis Ausbildung und Studium durch die Pandemie
- Inklusion
- Chancengleiche und zukunftsfähige Schule
- Nach oben durchlässiges Bildungssystem
- KiTa-Krisen
- Sprachförderung
- Zukunftsfähige und chancengleiche berufliche und akademische Ausbildung

Durch die gewachsene Aktivität der AfB und motivierte Genoss*innen vor Ort ist die Reaktivie-

rung einiger AfB-Kreisverbände gelungen, die wir gerne unterstützt haben. Eine weitere KV-Gründung ist geplant und wird von uns aktiv unterstützt. Derzeit arbeiten wir u.a. an einer entsprechenden weiteren Stärkung unserer Strukturen und bündeln unsere Kräfte.

Wir danken allen, die sich mit uns für eine chancengleiche und zukunftsfeste Bildungspolitik einsetzen herzlich! Alle Interessierten sind wie üblich eingeladen, sich bei uns zu melden und mitzuwirken.

KONTAKT

Fabian Reichardt, AfB-Landesvorsitzender

E-Mail: Reichardt.Politik@gmail.com

Homepage: www.afb-sh.de

Facebook: facebook.com/AGfuerBildungSH

SPD 60plus

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR SENIOR*INNEN (AG 60PLUS)

Es wurden sowohl in 2021 als auch 2022 jeweils Landeskonferenzen durchgeführt. In 2021 wurde der neue Vorstand gewählt. Die Landeskonferenz 2022 wurde wegen der Satzungsänderung bezüglich der Delegierten zum Landesparteirat notwendig.

Der Vorstand hat eine Vielzahl an Anträgen zum Altenparlament eingebracht. Diese wurden in großer Zahl angenommen.

Nach drei Jahren fand in Berlin 2022 wieder eine Bundeskonferenz in Präsenz statt. Die Delegation ist wegen der neuen Richtlinien etwas kleiner und bestand aus: Ursula, Rolf, Gerlinde, Uwe, Heidrun, Wolfgang und Kirsten. Gerlinde wurde hier zu einer von drei Stellvertreter*innen im

Bundesvorstand der AG SPD 60plus gewählt. Die konstituierende Sitzung fand unmittelbar statt und Gerlinde ist im AG-Bundesvorstand nun für die Bundesländer der Nordschiene (Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern) als Ansprechpartnerin zuständig.

Die Anträge aus Schleswig-Holstein zur Bundeskonferenz wurden alle angenommen. Das gibt uns starken Rückenwind für die weitere Arbeit, denn sowohl der Bundesvorstand als auch der Landesvorstand werden schlagkräftiger.

Als besondere Schwerpunkte sind die UN-Altenrechtskonvention, ein seniorengerechtes und klimaneutrales Verkehrskonzept, der Weg zur

Bild unten: Der 60plus-Landesvorstand

V.l.n.r.: Uwe Tewes, Harald Rossa, Holger Harenberg, Gerlinde Böttcher-Naudiet, Günter Becker, Erik Vollmar, Paul Haas, Gerd Finke, Kirsten Jordt, Leo Wolfram, Jens Kahlsdorf - es fehlen Ursula Bockskopf, Heidrun Isolt und Gerd Brüning



Bürgerversicherung/ Erwerbstätigenversicherung zu benennen.

Besonders erfolgreich war die gute Kooperation in der sogenannten Nordschiene sowohl bei der Antragsberatung als auch bei den vorausgegangenen Treffen in Hamburg und digital.

KONTAKT

Gerlinde Böttcher-Naudiet, Landesvorsitzende

E-Mail: gerlinde.naudiet@sw-n-nett.de

SPD AGS

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SELBSTSTÄNDIGEN (AGS)

Die Arbeitsgemeinschaft Selbstständige (AGS) hat bundesweit mehr als 30.000 Mitglieder und ist die älteste Arbeitsgemeinschaft in der SPD. Wir engagieren uns seit über 100 Jahren für die Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen der Selbstständigen.

Dabei orientieren wir uns am Hamburger Programm unserer Partei: „Wir wollen eine Kultur der Selbstständigkeit in Deutschland (Schleswig-Holstein)“.

Auf der ordentlichen Vollversammlung am 20. Oktober 2021 wurde ein neuer Landesvorstand gewählt. Dem Landesvorstand gehören an: Guenther Hansen (Vorsitzender), Peter Gottschalk und Dr. Regina Selke (stellv. Vorsitzende), Torsten Meyer-Bogya, Christian Schröder, Kai-Olaf von Wolff, Marc Timmer (MdL), Radek Wagner, Tobias Weil, Jan Lederer, Carsten Ramm, Heiko Frost und Markus Boysen (Beisitzer).

Im AGS-Bundesvorstand werden wir von Kai-Olaf von Wolff vertreten.

AGS Thinktank:

Im AGS-Thinktank „Future Lab“ beschäftigten wir uns mit Wirtschaftsthemen der Zukunft, wie z.B. Raumfahrt in Schleswig-Holstein, selbstfahrende Schiffe, Künstliche Intelligenz und der Arbeitswelt von Übermorgen. Dabei arbeiten wir mit Gründer*innen, Unternehmer*innen, namhaften Expert*innen und Instituten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Forschung zusammen.



Partei: Als AGS Schleswig-Holstein haben wir auch unpopuläre Denkansätze und vor allem zielgruppenspezifische Themen zur Wirtschaft in Schleswig-Holstein in die Partei eingebracht. Dabei ist es nicht immer einfach gewesen, den Anliegen von Wirtschaft und Unternehmen Gehör zu verschaffen.

Ein organisatorisches Problem ist nach wie vor für uns, die Arbeit der AGS flächendeckend im Lande zu präsentieren. Wir wünschen uns da gerade von solchen Kreisverbänden, in denen die Politik für und mit den Selbstständigen nicht aktiv betrieben wird, mehr Unterstützung durch Hinweise auf selbstständige Genossinnen und Genossen vor Ort, die wir für die Gründung einer Kreis-AGS gewinnen können. Mitmachen können auch Manager, leitende Führungskräfte und sogar Nicht-Parteimitglieder.

Offene Anträge der AGS haben wir bei unserer Landesgruppe im Bundestag angemahnt:

1. Pflegeversicherungsbeiträge gerecht aufteilen
Bundesvorstand und SPD-Bundestagsfraktion sind aufgerufen, eine Gesetzesänderung einzuleiten mit dem Ziel einer paritätischen Aufteilung der Beiträge zur Pflegeversicherung zwischen Rentner*innen und Rentenversicherungsträger.
2. Mindesthonorar für Solo-Selbstständige
Wir fordern Bundesvorstand und SPD-Bundestagsfraktion auf, ein entsprechendes Gesetzesverfahren einzuleiten, das Mindestarbeitsbedingungen und angemessene Honorare für Solo-Selbstständige mit einbezieht. Dabei darf das Mindesthonorar den jeweiligen Mindestlohn in Deutschland nicht unterschreiten.
3. Für gerechte Beiträge und Gleichbehandlung
Krankenversicherungsbeiträge für Selbstständige müssen dem tatsächlichen Einkommen ent-

sprechen. Das Krankenversicherungsrecht muss entsprechend geändert werden. Auch wenn seit 2019 das fiktive Mindesteinkommen von 2.284 auf 1.015 Euro gesenkt wurde, sind Bundesvorstand und SPD-Bundestagsfraktion aufgerufen, eine weitergehende Gesetzesänderung auf den Weg zu bringen. Dabei sollen die Beiträge strikt einkommensbezogen erhoben und auf Mindestbeiträge verzichtet werden.

4. Änderung des Gesetzes zur Einführung eines Freibetrags in der gesetzlichen Krankenversicherung zur Förderung der betrieblichen Altersversorgung

Wirtschaft: In Corona-Zeiten haben wir uns besonders für die vielen Kleinunternehmerinnen und Kleinstunternehmern sowie für Solo-Selbstständige in Schleswig-Holstein eingesetzt, die unverzichtbar sind für die Digitalisierung, die Transformation der Energieversorgung im Land und der Beseitigung des Fachkräftemangels. Kleinstunternehmen und Solo-Selbstständige haben durch Corona am stärksten gelitten und bekommen jetzt die Auswirkungen der Rezession und Energiekrise als erste zu spüren.

Zur Lage der Selbstständigen in Schleswig-Hol-

stein haben wir eine landesweite Umfrage durchgeführt. Dabei ging es um die Fragen, was den Selbstständigen Sorge bereitet und was die Politik noch besser machen kann. Eine der meistgenannten Sorge waren die „verwirrenden“ Krisen-Aktivitäten der Politiker*innen im Lande.

Landtagsfraktion: In der vorherigen Legislaturperiode haben wir uns am Arbeitskreis Wirtschaft der Landtagsfraktion beteiligt, soweit dieser aktiv war. Zusammen mit Thomas Hölck (Fraktion) und Marc Timmer (Landesvorstand) haben wir uns zweimal zum Austausch mit den wirtschaftspolitischen Sprecher*innen der Kreisverbände bzw. Kommunen getroffen.

Mit Thomas Losse-Müller haben wir vereinbart, dass wir gerade beim Thema KMU und Solo-Selbstständigkeit eng mit der Landtagsfraktion zusammenarbeiten wollen. Gerne bringen wir unsere Expertise ein und freuen uns auf die Zusammenarbeit.

KONTAKT

Guenther Hansen, AGS-Landesvorsitzender
E-Mail: g.hansen@ags-schleswig-holstein.de
Homepage: www.ags-schleswig-holstein.de



ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN (ASF)

Die Sitzungen des ASF-Landesvorstandes fanden in der zurückliegenden Amtszeit zwar weiterhin regelmäßig, aber bedingt durch Corona überwiegend virtuell statt. Auch die bislang übliche außerordentliche Vollversammlung in der Mitte der zurückliegenden Amtszeit musste 2021 aus demselben Grund leider erstmals ausfallen.

Unsere Sitzungstermine, sowie besondere Terminankündigungen, sind auf unserer Homepage einzusehen. Auch laden wir alle Interessierten dazu ein, sich auf unserer Facebook-Seite zu informieren und mitzudiskutieren. Dort stellen wir im Wechsel gleichstellungspolitische Themen verschiedener Ebenen, Veröffentlichungen und eigene Projekte vor. In 2021 war dies beispielsweise eine Reihe über kommunalpolitisch aktive SPD-Frauen.

Wir stehen in einem intensiven Austausch mit

den anderen Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen und mit den ASF-Landesvorständen der sogenannten „Nordschiene“.

Gemeinsame Inhalte vertreten wir auch gemeinsam in Partei und Öffentlichkeit – so auf der Landesparteierratssitzung zum Thema „Arbeit“ oder die Stellungnahme zur Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaften.

Wir vernetzten uns zudem auch überparteilich, z.B. in Gesprächen auf ministerieller Ebene oder im Bündnis für Gleichstellung in Lübeck.

Unsere Delegation nahm im Juli 2021 an der erstmals virtuell veranstalteten Bundesfrauenkonferenz teil und wir sind, da unsere langjährige Landes- und stellvertretende Bundesvorsitzende Dr. Cornelia Östreich auf Bundesebene den Staffelstab weitergab, nun durch Dr. Christiane

Buhl als Beisitzerin weiterhin im Bundesvorstand vertreten.

Den 100. Todestag von Luise Zietz, gebürtige Bargteheiderin und Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, nahmen wir 2022 zum Anlass, sie mit der Herausgabe einer Postkarte zu würdigen (siehe Bild rechts).

Bei der Listenaufstellung zur Bundestagswahl begrüßte die ASF S-H die konsequente Einhaltung des Reißverschlusses auf der Liste. Leider konnten sich am Ende nur zwei Frauen durchsetzen, die nun Teil der achtköpfigen Landesgruppe sind. Die Landtagswahl 2022 begleiteten wir mit Beiträgen zum Wahlprogramm, zwei Veranstaltungen, der Teilnahme am Wahlkampfauftakt, sowie dem Angebot umfangreichen Materials an die Kandidierenden.

Wir veranstalteten eine öffentliche Zoom-Konferenz mit Thomas-Losse-Müller zum Thema „Zukunft und Gleichstellung“, sowie ein Vernetzungstreffen für Kandidatinnen zur Landtagswahl anlässlich des Jubiläums „50 Jahre ASF auf Bundesebene“.

Auf der Vollversammlung im September 2022 wurde unser Vorstand neu gewählt. Er verfügt weiterhin über eine Doppelspitze, bestehend aus Silke Brandt und Dr. Cornelia Östreich. Zu Stellvertreterinnen wurden Amal Allouch, Anja Bull, Gerlinde Böttcher-Naudiet, Christina Christiansen, Kerstin Metzner, Astrid Steffen und Friederike Wenk gewählt.



Im Hinblick auf die Kommunalwahl planen wir bereits jetzt Aktivitäten und haben diese Wahl daher auch zum Titelthema unserer ASF-Vollversammlung 2022 gemacht. Die Vollversammlung 2023 ist für den 23. September geplant.

KONTAKT

ASF-Landesvorsitzende
Silke Brandt & Cornelia Östreich
Homepage: <http://asf.spd-schleswig-holstein.de/>

SPD ASG

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRAT*INNEN IM GESUNDHEITSWESEN (ASG)

Die Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokrat*innen im Gesundheitswesen hatte sich im November 2021 mit einem neuen Vorstand konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde Arne Leisner (Rendsburg-Eckernförde) gewählt, die Stellvertretung nimmt Juliane Dürkop (Segeberg) ein.

Im zweiten und dritten Jahr der Covid19-Pandemie haben wir unsere AG-Arbeit im Wesentlichen durch regelmäßige Videokonferenzen aufrecht erhalten.

Thematisch waren (und sind) die Auswirkungen

der Pandemie auf Arbeitssituationen von Arbeitnehmer*innen im Gesundheitswesen, die belastenden Situationen pflegender Angehöriger, die Situation ambulanter Pfleger, die Auswirkungen des Tariftreuegesetzes und die Situation der gesundheitlichen (Nah-)Versorgung in den Kommunen Schleswig-Holsteins führend. Wir diskutier(t)en darüber mit Politiker*innen, Expert*innen und Initiativen und stehen in regelmäßigem Austausch mit unserer Landtagsfraktion und der Bundes ASG. Die Pandemie hat Kollateralschäden hinterlassen: Nicht nur sind immer mehr Mitarbeitende

im Gesundheitswesen durch eine hohe Dauerbelastung und den Fachkräftemangel am Ende ihrer Kräfte, auch pflegende Angehörige sind durch fehlende Entlastungsstrukturen überfordert. Der Personalmangel in Krankenhäusern führt immer wieder zu Abmeldungen aus der Notfallversorgung, was unmittelbare Auswirkungen auf eine ortsnahe Notfallversorgung hat. Patient*innen werden quer durch Schleswig-Holstein kutschiert, auf der Suche nach einer arbeitsfähigen Notaufnahme.

Die Schwarz-Grüne Landesregierung kommt ihrer Verpflichtung der Krankenhausversorgung nicht nach, sie lockert Ende 2022 auch die sinnvollen und notwendigen Masken- und Isolationspflichten – das wird zu weiteren Überlastungen im Gesundheitswesen führen, die wir aufs Schärfste anprangern! Bei allem Verständnis für eine gewisse Ermüdung: es geht zu Lasten der Pflegenden und zuletzt zu Lasten der Versorgung!

Aber auch „außerhalb Coronas“ ist die gesundheitliche Versorgung in Schleswig-Holstein problematisch: Geburtshilfestationen schließen, da nicht genügend Hebammen und Krankenhauspersonal zur Verfügung steht. Gebärende finden nicht immer eine Geburtsstation vor Ort, in den Zeitungen des Landes häufen sich Nachrichten über Geburten auf dem Parkplatz, in Krankenwagen usw.

Im Kreis Rendsburg-Eckernförde wurden über das Weiterbestehen des Krankenhauses Eckernförde abgestimmt. Eine deutliche Mehrheit von fast 70% hat den Bestand gewählt. Der Wille der Menschen ist deutlich: Wir ALLE sind Patient*innen

und wollen eine gute wohnortnahe Gesundheitsversorgung!

Es ist unsere Aufgabe, die Schwächsten zu schützen und Bedingungen einer wohnortnahen, qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung zu schaffen. Die ASG spricht sich deutlich für mehr kommunale Verantwortung im Gesundheitswesen aus:

Krankenhäuser und medizinische Versorgungszentren müssen wohnortnah erreichbar sein; Pflegedienste sollen mit kurzen Wegen arbeiten können, Unterstützung pflegender Angehöriger und Kurzzeitpflegeplätze vor Ort sind zu etablieren!

Die ASG versteht sich als Expert*innenrat: wir tragen zur innerparteilichen Meinungsbildung bei und freuen uns über Mitstreiter*innen!



KONTAKT

Arne Leisner, ASG-Landesvorsitzender
Arne.Leisner@gmx.de
0172 4094198
www.asg.spd.de



ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER JURIST*INNEN (ASJ)

Im Dezember 2021 ist der Landesvorstand neu gewählt worden. Ein neues Team hat die Arbeit aufgenommen. Es setzt sich zusammen aus Genoss*innen aus der Justiz, Anwaltschaft, Verwaltung, Politik und der Hochschule. Wesentlicher Bestandteil der kontinuierlichen Arbeit ist der Austausch untereinander über rechtlich und politisch interessante Themen: Richterwahlausschuss, Einsatz von Bodycams bei Polizeieibe-

amen, Reform der Juristen*innenausbildung, Strafvollzug, Bürgergeld, Unterhalt während des Teilzeitreferendariats und Vorratsdatenspeicherung.

Ein weiterer bedauerlicher Schwerpunkt des internen Austausches war die Personalie des Staatssekretärs im Justizministerium mit seinen Verbindungen und Kontakten ins rechtsextre-

me Milieu. Hier erfolgte ein Austausch mit den zuständigen Landtagsabgeordneten, die nach Wahrnehmung der ASJ sehr wirksam agierten. Ein erster Schwerpunkt der inhaltlich auch noch nicht abgeschlossenen Arbeit war die Reform der Jurist*innenausbildung. Die Sicherung des Studienfortschritts durch den Bachelorabschluss fehlt in Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Bundesländern nach wie vor. Auch die inhaltliche Weiterentwicklung des fachlichen Angebots der universitären Ausbildung war Gegenstand der Erörterung. Hierzu findet nach wie vor eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien statt. Bedauerlicherweise hat die Landesregierung in einem Punkt bereits vorgegriffen: Das Rechtsreferendariat in Teilzeit zu absolvieren war bundesrechtlich bereits vorgegeben. Schleswig-Holstein wird in seiner Juristenausbildungsverordnung das Teilzeit-Ref. Konkretisieren und den Teilzeit-Referendar*innen die Unterhaltsbeihilfe erheblich kürzen.

Eine erste Onlineveranstaltung hat der neu gewählte Landesvorstand mit Laura Jacobs zum Thema Feminismus und Recht im März 2022 durchgeführt. Die Auseinandersetzung mit Stereotypen stand mit der Wissenschaftlichen Mitarbeiterin der Bucerius Law School ebenso im Fokus, wie die notwendigen legislativen Änderungen sowie die Sichtbarkeit von Frauen in juristischen Berufen. Erstes Aufsehen hatte sie mit einer Untersuchung über Stereotype in Klausuren und Prüfungen in der juristischen Ausbildung erregt. Ein sehr lehrreicher Austausch.

Im Herbst 2022 fand eine weitere Veranstaltung in der Pumpe in Kiel statt. Die Vizepräsidentin des Landesverfassungsgerichts und Präsidentin des Landessozialgerichts Dr. Fuchsloch stand Rede und Antwort. Die Palette der Themen war groß. Ein erster Fokus lag auf der Struktur der Ausbildung. Als Absolventin der einstufigen Juristenausbildung warb sie für dieses Modell. Es verbindet von einem sehr frühen Stadium an theoretische und praktische Ausbildungselemente. Auch sprach sie sich für den Bachelorabschluss zur Sicherung des Studienfortschritts aus. Weiterhin wurde mit ihr das Für und Wider einer Verfassungsbeschwerde auf Landesebene erörtert. Dabei brachte sie auch ihre Erfahrung als ehemaliges Mitglied des Landesverfassungsgerichts Brandenburg ein. In der Tendenz klang eine gewisse Skepsis gegenüber einem solchen

Vorhaben an, da unterschiedliche Sichtweisen zwischen Landes- und Bundesverfassungsgericht zu gravierenden Verwerfungen führen könnten und eine Lücke im Rechtsschutz nicht gegeben sei.

Der Landesverband der ASJ hat an der Bundesausschusssitzung in Hannover teilgenommen und die dortigen Leitanträge mit beraten.

Ein wichtiger Baustein in der Arbeit ist der Austausch mit den Mitgliedern des Rechtsausschusses des Landtages. In der vergangenen Legislaturperiode tagten die Mitglieder hybrid, so dass eine Teilnahme regelmäßig erfolgt ist. Auch erfolgt ein regelmäßiger Austausch mit der Richterschaft, der Jura-Fachschaft und ihren Verbänden.

Dem Landesvorstand gehören an: Heiko Siebel-Huffmann als Vorsitzender und als stellvertretende Landesvorsitzende Christian Feist, Katharina Mahrt, Judith Matthiesen, Ghazzal Novid, Johannes Reimann, Anne-Christin Speichert, Mirko Sieksmeyer und Stefan Weber.



KONTAKT

Heiko Siebel-Huffmann, ASJ-Landesvorsitzender
E-Mail: mail@siebel-huffmann.de
Tel. 04626-187919 bzw. 01522-1972434



ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SPD FÜR AKZEPTANZ UND GLEICHSTELLUNG (QUEER SH)

WIR KÄMPFEN IM BUND UND LAND FÜR:

- >> eine Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes.
- >> den Ausbau Geschlechter- und sexualreflexiver Bildung in Kita, Schule, Ausbildungsbetrieben und Hochschulen durch verpflichtende Module.
- >> Kommunale- und Landesförderung von LSBTIQ*-Jugendangeboten.
- >> die Erhebung, Koordination, Sicherung und Qualifizierung einer Beratungs- und Unterstützungsstruktur für LSBTIQ*-Geflüchtete.
- >> ein Konzept zur Aus- und Weiterbildung von medizinischem und therapeutischem Personal, Justiz und Polizei zur Sensibilisierung hinsichtlich verschiedener Lebensweisen und LSBTIQ*.
- >> eine landesweite Statistik zu LSBTIQ*-Hasskriminalität sowie die Finanzierung von zugehörigen Prävention- und Meldeorganen.
- >> die Vertretung von LSBTIQ*-Personen in allen Rundfunk-, Fernseh- und Hörfunkräten.

Themenschwerpunkte der SPDqueer SH im Berichtszeitraum:

- Diskriminierung von schwulen Männern bei Blutspenden
- Homosexualität im Alter
- Homosexualität und Migration
- Regenbogenfamilie – rechtliche Gleichstellung
- Selbstbestimmungsgesetz
- Hasskriminalität / Queerfeindlichkeit

Aktivitäten im Berichtszeitraum:

- 1 Vollversammlung mit Vorstandswahlen (Dezember 2021)
- 3 Vorstandssitzungen
- 1 digitale Bundeskonferenz (Mai 2021)
- 1 Fachtag – Regenbogenfamilien (April 2022)
- 1 Bundesausschuss (April 2022)
- Teilnahme am CSD in Kiel, 2021 (ca. 3000 Besucher*innen) und 2022 (ca. 5.000 Besucher*innen) jeweils mit einer Fußtruppe am Demonstrationszug.
- CSD in Lübeck 2021 – Infostand mit der Lübecker SPD auf dem Markt der Vielfalt (ca. 3.500 Besucher*innen)

- CSD in Lübeck 2022 – Infostand mit der Lübecker SPD und Teilnahme an der Demonstrationstour mit einem eigenen Truck (ca. 6.000 Besucher*innen)
- Regenbogenbeflaggung an den verschiedensten öffentlichen Gebäuden in SH zum 17. Mai dem Internationale Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie bzw. -feindlichkeit.
- Gemeinsame Presseerklärung der SPDqueer-Nordländer (HH, MV, NS und SH)
- „Vielfalt im NDR-Rundfunkstaatsvertrag ermöglichen!“

Wiederkehrende Aktivitäten:

- Monatliche Videokonferenzen der Landes- und Bezirksvorsitzenden mit dem SPDqueer Bundesvorstand.
- Regelmäßige Teilnahme am „Runden Tisch-Echte Vielfalt“ in Kooperation mit dem Sozialministerium und den verschiedensten Vereinen und Verbänden in der LSBTIQ*-Community SH.
- Kranzniederlegung bei der Gedenkveranstaltung für die verfolgten Homosexuellen im Nationalsozialismus in Lübeck.
- Teilnahme an den CSD's und Pride-Veranstaltungen in Schleswig-Holstein

Im Namen des Landesvorstandes der SPDqueer SH bedanke ich mich bei allen Genoss*innen für die Unterstützung in allen Angelegenheiten. Besonderen Dank gilt meinem neuen und alten Vorstandsteam und dem Team im Walter-Damm-Haus.

KONTAKT

Maik Grill, Landesvorsitzender der SPDqueer Schleswig-Holstein
E-Mail: info@spdqueersh.de
www.facebook.com/spdqueer.sh
www.instagram.com/spdqueer.sh



ARBEITSGEMEINSCHAFT MIGRATION & VIelfALT

Aufgrund der Corona-Pandemie konnte unsere ordentliche Mitgliederversammlung erst im August 2021 stattfinden. Dort haben wir zum ersten Mal eine Doppelspitze gewählt, die aus Tarek Saad und Canan Canli besteht. Bereits im April 2021 waren unsere Vorstandsmitglieder Tarek Saad und Aylin Cerrah in den SPD-Landesvorstand gewählt worden.



Tarek Saad und Canan Canli

Zur Bundeskonferenz der AG Migration und Vielfalt im September 2022 haben wir 11 Anträge erfolgreich eingereicht und diskutiert. Unsere Forderungen beinhalteten unter anderem, keine Asylverfahren an den europäischen Außengrenzen zuzulassen und für alle Schutzsuchenden den Zugang zu einem fairen Rechtsstaatsverfahren in den EU-Staaten sicherzustellen.

Des Weiteren fordern wir, Pushbacks und gewalttätige Grenzpatrouillen zu bestrafen. Die Verletzung von Menschenrechten und willkürliche Gewaltanwendung von Staatsbediensteten muss Konsequenzen haben. Erfreulicherweise sind unseren weiteren Forderungen auf Änderung des Chancenaufenthaltsrechts, nach einem schnelleren und entbürokratisierten Einbürgerungsprozess sowie vor allem Menschen aus der „Duldungsschleife“ zu befreien, bereits in der Umsetzung.

Im Bundesvorstand der AG hat uns Nazan Komral vertreten, die im September nicht erneut antrat. Wir danken ihr für ihre Arbeit und freuen uns, dass wir mit Canan Canli als stellvertretende Vorsitzende weiterhin im AG-Bundesvorstand vertreten sind.

Da wir uns zum Ziel gesetzt haben, die Arbeits-

gemeinschaft auch in den Kreisverbänden auszubauen, freuen wir uns, dass mit der AG Migration und Vielfalt im SPD-Kreisverband Segeberg unter dem Vorsitz von Dejan Petrovic jetzt eine weitere AG auf Kreisebene gegründet worden ist.

Die internationalen politischen Ereignisse beschäftigen uns weiterhin. Der völkerrechtswidrige Angriff auf die Ukraine, die erschreckende Entwicklung in Afghanistan und Themen wie Rassismus sind Teil unserer AG-Arbeit. Hier gilt vor allem der Dank Melanie Paesler und Christopher Keiichi Schmidt, die sich unermüdlich für Afghaninnen und Afghanen eingesetzt haben, deren Familien und Angehörige aus der Hand der Taliban befreit werden mussten.

In Gedenken an Yeliz Arslan, Ayse Yilmaz und Bahide Arslan, die dem mörderischen Fremdenhass vor 30 Jahren zum Opfer fielen, rufen wir dazu auf, mehr für eine zielgerichtete Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus in Kitas, Schulen und Vereinen zu tun. Die Sensibilisierung ist notwendig, damit die gesamtgesellschaftliche Verantwortung derartig fremdenfeindlichen Organisationen und rechtsextremen Strukturen entgegenwirken kann.

Ein wichtiger Bestandteil unserer AG ist die Vernetzungsarbeit. Mit der FES und über 20 Expert*innen aus der schleswig-holsteinischen Zivilgesellschaft haben wir in Fachgesprächen zur Erstellung eines Impulspapieres zur Migrations- und Integrationspolitik in Schleswig-Holstein mitgewirkt. Ein besonderer Dank gilt hier vor allem Tarek Saad, der einer der Hauptinitiatoren für dieses besondere Papier war.

KONTAKT

Landesvorsitzende

Tarek Saad &
tarek.saad@spd-sh.de

Canan Canli
c.canli@gmx.net



ARBEITSGEMEINSCHAFT DER MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN

Vollversammlung am 26.8.2022 in Kiel (in Präsenz)

Ein neuer Vorstand der AG SelbstAktiv SH wurde gewählt. Vorsitzende: Christina A. Benker, stellv. Vorsitzende: Maria Merta, Beisitzer*innen: Wolfgang Baasch, Hans Jürgen Kleefeldt, Gerald Mertens, Christine Pluhar, Tobias Schauenburg und Heike Treffan.

Ein funktionsfähiger, starker Sozialstaat ist notwendig um Schäden, Leid und soziale Not von den Menschen und unserer Gesellschaft abzuwenden.

Inklusion Leben / Nicht ohne uns, über uns!

Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Bei allen gesellschaftlichen Vorhaben und Gesetzen sind Menschen mit Behinderung mit ihrer Expertise zu beteiligen. Menschen mit Behinderung sind durch Assistenz und Qualifizierung in einer eigenständigen Lebensführung zu unterstützen:

- Mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung.
- Ausbildungs- und Studienplätze für Menschen mit Behinderung ausweiten.
- Gesetze und Verordnungen immer in Gebärdensprache und einfacher Sprache.

- Vielfältige Kommunikationsformen für Menschen mit Behinderung ausweiten.
- Ausbau und Sicherstellung des Bedarfs an Beratungs- und Betreuungseinrichtungen.
- Stärkung und Ausweitung der Arbeit der kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderung.
- Umsetzung der Inklusion in Kita, Schule und Bildungseinrichtungen und Freizeiteinrichtungen.
- Das Recht auf Arbeit ist ein Menschenrecht.
- Teilhabe am Arbeitsleben ist mehr als regelmäßige Beschäftigung und Sicherung des Lebensunterhaltes
- Teilhabe am Arbeitsleben ist die Voraussetzung für soziale und gesellschaftliche Teilhabe.

Es gilt die Solidarität der Menschen zu stärken und den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu betonen.

KONTAKT

Christina Benker, Vorsitzende

E-Mail: spd.selbstaktiv@christina-benker.de



Seit 2021 wird der Juso-Landesverband Schleswig-Holstein erstmals von einer Doppelspitze geführt. Maybrit Venzke und Kianusch Stender befinden sich derzeit in ihrer zweiten Amtszeit.

Seit der Juso-Landeskonferenz 2022 komplettieren Felix Wilsberg, Florian Falkenberg, Jannis Schatte, Lina Klees und Philippa Petersen den gewählten Landesvorstand. Kooptierte Mitglieder sind Felix Gläveke (Schüler*innen-Gruppe),

Rasmus Henke (Hochschulgruppen) und Victoria Schwerdtfeger (Azubi & Beschäftigten-Gruppe).

Zu Beginn des Jahres 2021 konnte der Juso-Landesverband 1658 Mitglieder verzeichnen, darunter 137 Juso-Unterstützer*innen ohne SPD-Parteimitgliedschaft. Im Januar 2022 betrug die Mitgliederzahl 1620, darunter waren 141 Juso-Unterstützer*innen. Zum Jahresende 2022 hatte sich die Mitgliederzahl wieder leicht

auf 1644 erhöht, unter ihnen 166 Juso-Unterstützer*innen. Den größten Mitgliederzuwachs konnten die Juso-Kreisverbände Herzogtum Lauenburg und Ostholstein verzeichnen.

2021 prägte die inhaltliche Arbeit der Jusos die Entwicklung des Jugendwahlprogramms. Unter der Koordinierung von Kjell Drögemüller wurde ein 23-seitiges Programm mit jugendpolitischen Forderungen zur Landtagswahl 2022 erarbeitet. Inhaltliche Schwerpunkte waren hierbei die Themen Arbeit, Bildung, Klima & Umwelt, Mobilität, Digitalisierung und Wohnen. Ca. 90% der Forderungen wurden komplett oder in geänderter Fassung ins SPD-Wahlprogramm zur Landtagswahl aufgenommen. Neben dem Jugendwahlprogramm beschäftigte sich der Juso-Landesverband mit vielen weiteren aktuellen Themen, unter anderem mit der Rettung von Werftstandorten und Cannabis-Legalisierung. Zu diesen Themen wurden Anträge zum Juso-Bundeskongress gestellt, die beide einstimmig angenommen wurden. Aktuell wird sich unter anderem in einer einberufenen „AG Koalitionsvertrag“ mit dem Vertrag der Landesregierung auseinandergesetzt, um inhaltliche Unterschiede zu identifizieren und zukünftig Gegenentwürfe zu artikulieren.

Ein Großteil der vergangenen Monate war geprägt von Wahlkämpfen. Die Bundestagswahl 2021 und die Landtagswahl 2022 haben die Jusos maßgeblich mitgeprägt. Historisch dabei: Mittlerweile sind Schleswig-Holsteiner Jusos auf allen Ebenen in den Parlamenten vertreten. Die Jusos haben in beiden Wahlkämpfen eine eigene Jugendkampagne organisiert und gleichzeitig in allen Landkreisen den SPD-Wahlkampf unterstützt bzw. geleitet. Der Landtagswahl kommt hier eine besondere Rolle zu. Hier verantworteten die Jusos SH die alleinige Konzeption der Jugendkampagne. In mehreren Veranstaltungsformaten wurden Kandidierende und Wahlkämpfer*innen rhetorisch, inhaltlich und organisatorisch auf die Wahlkampfzeit vorbereitet. Mit vielen kreativen Aktionen wie dem Juso-Wahlwerbespot, Schulverteilungen, Canvassing, der Juso-Bustour und den über 70 Schulkonversationen wurden explizit Jungwähler*innen angesprochen. Darüber hinaus unterstützten rund 60 Jusos aus ganz Deutschland den Landtagswahlkampf vom 22. bis 24. April 2022. Die Juniorwahl des Landesbeauftragten für politische Bildung zeigt, dass die SPD hier teilweise als stärkste

Kraft und damit deutlich über dem generellen Landestrend abgeschnitten hat.



Auch außerhalb der Wahlkämpfe waren die Jusos aktiv. Im Rahmen von Vernetzung und politischer Bildung fanden bewährte Veranstaltungen wie die Roten Wochenenden und Juso-Landeskonferenzen statt. Darüber hinaus wurden neue Formate, wie z.B. die FINTA*-Vernetzung und die Online-Wahlabende zu Landtagswahlen anderer Bundesländer durchgeführt. Die Jusos haben maßgeblich an der Organisation von Demonstrationen (u.a. 1. Mai, Solidarität mit der Ukraine, Frauenrechte im Iran, Mölln-Attentate) mitgewirkt und sich an Netzwerk-Events (z.B. Charity-Lauf der Sportjugend SH) beteiligt. Außerdem haben die Jusos 2022 den Vorsitz des Verbands Politischer Jugend SH übernommen und mit diesem den Demokratiepries 2022 gewonnen. Für die kommenden Monate liegt der Fokus des Juso-Landesverbandes bei der Kommunalwahl 2023 sowie der eigenen Ausrichtung einer Ostseekonferenz mit den Jugendorganisationen der Schwesterparteien im Ostseeraum.



KONTAKT

Tessa Bornkessel, Landesgeschäftsführung
Facebook/ Instagram: @jusossh
Tel.: 0431- 90606-53
E-Mail: tessa.bornkessel@spd.de
www.jusos-sh.de

ARBEITSKREIS SPD, KIRCHEN UND RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN

Im Arbeitskreis SPD und Kirchen/Religionsgemeinschaften im SPD Landesverband Schleswig-Holstein arbeiten Genossinnen und Genossen mit, die an kirchlichen und religiösen Fragen interessiert sind. Der Arbeitskreis führt Gespräche mit Vertreter*innen der Kirchen und Religionen und fördert so aktiv den interreligiösen und konfessionellen und politischen Austausch.

Neben dieser grundsätzlichen Aufgabe des Arbeitskreises sind im Berichtszeitraum drei Veranstaltungen hervorzuheben:

Menschenwürdige Digitalisierung – eine Frage der Ethik

Diese Veranstaltung führten wir zusammen mit dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (KDA), dem Willy-Brandt-Haus Lübeck sowie mit dem Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Björn Böhning, in der St. Jakobi-Kirche in Lübeck durch.

Digitalisierung ist bereits jetzt Alltag und durchdringt zunehmend weitere Lebensbereiche.

Selbstverständlich nutzen wir Handys und Apps, googeln und legen uns ein Fitnessarmband um. Die Corona-Pandemie hat uns sehr deutlich vor Augen geführt, wie sehr digitale Technologien bereits unser Leben prägen und welche Möglichkeiten in ihnen liegen. Die Vorteile liegen auf der Hand und sind verführerisch. Politik und Gesellschaft müssen sich nach Ansicht des Arbeitskreises aber auch weitergehende Fragen stellen:

- Wie wollen wir leben in einer digitalisierten Welt?
- Bedroht uns Künstliche Intelligenz (KI)?
- Gibt es das Menschliche, das Menschenwürdige, das hinter allem steht?
- Wie können technische Errungenschaften ethisch begleitet werden?

Eine weitere Veranstaltung mit ca. 70 Teilnehmenden fand in der reformierten Kirche in Lübeck statt:

Sterbehilfe und begleiteter Suizid – Gibt es ein ethisches Recht auf letzte Hilfe? Referent war der Landesbischof Ralf Meister aus Hannover. Nicht nur in den Kirchen ist Sterbehilfe und begleiteter Suizid umstritten. Der Landesbischof

der ev.-luth. Landeskirche Hannover und ehemalige Lübecker Propst Ralf Meister hat sehr früh nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 2020 Stellung bezogen und glaubt „dass das Urteil eine wichtige Klärung ist. Es zeigt, dass die Würde des Menschen auch das Selbstbestimmungsrecht des Menschen beinhaltet.“ Er sieht in der Frage der Sterbehilfe und Sterbebegleitung einen gesellschaftlichen Diskussionsprozess, der auch die Kirchen in die Pflicht nimmt, über diese Fragen nachzudenken und Stellung zu beziehen. Der „Arbeitskreis SPD und Kirchen/Religionsgemeinschaften Schleswig-Holstein“ begrüßt eine breite Debatte über würdevolles Sterben und Begleiten von Menschen in Ausnahmesituationen. Er ist sich einig, dass es Geschäfte mit dem Tod und Druck auf Sterbende und Sterbewillige nicht geben darf und hofft mit dieser Veranstaltung einen Beitrag zur Meinungsbildung zu leisten.

Der Arbeitskreis „SPD & Kirchen/Religionsgemeinschaften“ führt den Dialog mit den christlichen Kirchen, den jüdischen Gemeinden und den islamischen Verbänden. Durch den vermehrten Zuzug von Geflüchteten wird sich die Vielfalt der Glaubensrichtungen in Schleswig-Holstein noch weiter verstärken. Der Arbeitskreis wirbt für ein neues Miteinander der Religionen.

Unter dem Thema „**Wozu noch reden? / Dialog wagen! / Zusammenleben gestalten - Perspektiven, Herausforderungen und Chancen des christlich-islamischen Dialogs**“ fand ein Gespräch mit der 2. Vorsitzenden der Schura Schleswig-Holstein, Seyda Sariçam, und dem Beauftragten für den Christlich-Islamischen Dialog der ev.-luth. Nordkirche, Pastor Dr. Sönke Lorberg-Fehring, über die Bedeutung von Religionen für die deutsche Gesellschaft und dem religiösen Neutralitätsanspruch des Staates statt. Einig waren wir uns, dass gerade die sich weiter diversifizierende Multireligiösität Deutschlands für das deutsche Religionsverfassungsrecht eine große Herausforderung darstellt. Vielfältige Religionen bedürfen des Miteinanders und des ständigen Dialoges, nur so ist gegenseitige Akzeptanz möglich, hier gibt es noch Handlungsbedarf. Seyda Sariçam unterstrich den Wunsch nach einem eigenen Staatsvertrag in Schleswig-Holstein. Auch der Islamische Religionsunterricht an Schulen habe für sie einen großen Stellenwert, für die Kinder wäre eine Festschreibung im Staatsvertrag ein wichtiger Schritt mit großem Symbolcharakter.

Wir waren uns einig, dass beispielsweise Grundwerte aus unserer Verfassung, wie z.B. die Gleichberechtigung von Mann und Frau, darin verankert werden müssen. Das führt zu Lebenseinstellungen, die von gegenseitigem Respekt geprägt sind. Ein solcher Vertrag wird eine Hilfe bei der Integration sein. Wir zeigen damit, dass wir eine offene Gesellschaft sind. Zudem könnte ein Vertrag für alle gleichermaßen geltende Regelungen schaffen, an denen sich alle orientieren.

Der Arbeitskreis „SPD & Kirchen/Religionsgemeinschaften“ hält die Diskussion über einen Staatskirchenvertrag in der Partei und im Landtag für nötig und dringlich. Unser Religionsverfassungsrecht, das sich gegenüber dem Bekenntnis völlig neutral verhält, sorgt dabei für einen verlässlichen Rechtsrahmen, so dass sich jede Gruppe auf Gleichbehandlung verlassen kann. Es liegt im Eigeninteresse des Staates, die Zusammenarbeit mit den Religionen auf rechtlich überprüfbare Strukturen zu bauen, gerade um das Aufkommen nicht gesetzeskonformer Gruppierungen zu verhindern.

KONTAKT

Für den Sprecher*innenkreis

Lienhard Böhning

E-Mail: boehningluebeck@aol.com

UMWELTFORUM



Das UfO hat im Berichtszeitraum drei langjährige Mitglieder verloren.

Konni Nabel, im März 2021,

und **Eckart Kuhlwein**, der wenige Tage nach seinem 84. Geburtstag im April verstarb, waren beide Antriebskräfte für die Gründung des UfO zusammen mit Ulrike Mehl. Nach der Gründung und dem Aufbau des damaligen Ministeriums für Natur, Umwelt und Landesplanung durch Prof. Dr. Dr. Berndt Heydemann in der Regierungsphase ab 1988 unter Björn Engholm und danach in der Weiterführung durch Dr. Edda Müller unter Heide Simonis, hatte Schleswig-Holstein sich eine bundesweite Vorreiterrolle im Natur- und Umweltschutz erarbeitet.

Nach den Wahlen 1996 wechselte die Zuständigkeit des Ressorts zu Bündnis 90/ den Grünen. Ulrike, Eckart und Konni setzten sich zur Erhaltung der erarbeiteten Natur- und Umweltkompetenzen für die Gründung eines Forums ein. Das Forum sollte die Netzwerkarbeit innerhalb der Partei und auch außerhalb der Partei fördern und den Agenda 21 Prozess der Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro regional und lokal befördern. Natur als Lebens- und Wirtschaftsgrundlage im Rahmen einer globalen und lokalen nachhaltigen Entwicklung zu erhalten, zu schützen und zu nutzen war für alle drei politische Überzeugung.

1996 wurde dann das Umweltforum - kurz UfO - gegründet. Eckart wirkte als ehrenamtlicher Geschäftsführer des UfO bis 2021, und als MdB zusammen mit Ulrike aus dem Bundestag, Konni war das Bindeglied in der Landtagsfraktion.

Als engagierter Streiter für Natur und Umwelt hat auch Jürgen Vollbrandt aus Geesthacht über die Jahre mit der ihm eigenen Beharrlichkeit für Umweltbelange gestritten und sich auch mit seiner ganzen Kompetenz als Stadtplaner in das UfO bis zu seinem Tod im Oktober 2021 eingebracht.

Konni, Jürgen und Eckart werden immer ein Teil der Geschichte des UfO bleiben. Wir danken ihnen für ihr streitbares Engagement und werden sie in freundschaftlicher Verbundenheit in Erinnerung behalten.

Das UfO hat mit Sandra Redmann und Wolfgang Vogel im Berichtszeitraum 10 Sitzungen mit der Lenkungsgruppe durchgeführt, den überwiegenden

STERBEHILFE UND BEGLEITETER SUIZID - GIBT ES EIN ETHISCHES RECHT AUF LETZTE HILFE?

MIT LANDESBISCHOF RALF MEISTER (HANNOVER)

MONTAG, 26. SEPTEMBER 2022 - 18.00 UHR

EV.-REF. KIRCHE LÜBECK, KÖNIGSTRASSE 18

Wie darf Menschen bei einem Suizid geholfen werden?

Vor zwei Jahren stellte das Bundesverfassungsgericht klar, dass jeder Mensch das Recht auf selbstbestimmtes Sterben hat und dabei auch Hilfe in Anspruch nehmen darf.

In den Kirchen ist Sterbehilfe und begleiteteter Suizid umstritten.

Der Landesbischof der ev.-luth. Landeskirche Hannover und ehemalige Lübecker Propst Ralf Meister begrüßt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und glaubt „dass das Urteil eine wichtige Klärung ist. Es zeigt, dass die Würde des Menschen auch das Selbstbestimmungsrecht des Menschen beinhaltet.“ Er sieht in der Frage der Sterbehilfe und Sterbebegleitung einen gesellschaftlichen Diskussionsprozess, der auch die Kirchen in die Pflicht nimmt, über diese Fragen nachzudenken und Stellung zu beziehen.

Der „Arbeitskreis SPD und Kirchen Schleswig-Holstein“ begrüßt eine breite Debatte über würdevolles Sterben und Begleiten von Menschen in Ausnahmesituationen. Er ist sich einig, dass es Geschäfte mit dem Tod und Druck auf Sterbende und Sterbewillige nicht geben darf und hofft mit dieser Veranstaltung, diesen breiten gesellschaftlichen und parlamentarischen Konsens zu fördern.

Ralf Meister wurde am 5. Januar 1962 in Hamburg geboren und ist seit dem 26. März 2021 Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers. Er war zuvor drei Jahre Generalsuperintendent in Berlin und sieben Jahre Propst in Lübeck. Bis 1996 war Meister in der Arbeitsstelle „Kirche und Stadt“ am Seminar für Praktische Theologie an der Universität Hamburg tätig. 2018 wurde Meister zum Leitenden Bischof der Vereinigten Evangelisch-lutherischen Kirche Deutschlands gewählt.

Wir bitten für unsere bessere Planung um Anmeldung zu der

Veranstaltung unter <https://spd.sh/sterbehilfe>

Wir bitten darum, eine Maske während der Veranstaltung zu tragen.



den Teil als Videokonferenzen. Das Format ist zwischenzeitlich akzeptiert. Die Arbeitsgruppen des UfO (Energie, Naturschutz und Landwirtschaft) sind durch eine weitere Arbeitsgruppe (Nachhaltigkeit) ergänzt worden. In den Arbeitsgruppen wurden einige Themen des Fachbereichs vertieft beraten. Die Arbeitsgruppe Landwirtschaft hat nicht getagt.

Die Mitglieder des in der vergangenen Legislaturperiode konstituierten AK Umwelt, Energie und Ländliche Räume der Landtagsfraktion haben die Sitzungen des UfO für die Berichterstattung und die Diskussion über ihre politische Arbeit umfassend genutzt. Begleitet wurde die Arbeit des UfO auch durch die Berichterstattungen von MdB Nina Scheer und durch MdEP Delara Burkhardt.

Es wurden ferner folgende Themen im UfO bearbeitet:

- Lieferketten-Initiative EU und Lieferkettengesetz Bund
- Bio- Diversitätsstrategie Strategie des Landes
- Strategie Bildung für Nachhaltige Entwicklung des Landes
- Freiflächensolaranlagen, Agri-PV
- Recycling von Batterien
- Beteiligung am neu gegründeten Klimaforum der SPD

Im Vordergrund stand 2021 die Erarbeitung und Bearbeitung des „Zukunftsprogramms“. Der ganzheitliche Ansatz des Programms hat Zustimmung gefunden. Der Schutz und der Erhalt der natürlichen Ressourcen ist Voraussetzung für zukünftig mögliche Nutzungen. Die sicht- und spürbaren Veränderungen des Klimas, der Verlust von Arten auf der einen und die Intensität der Nutzung der Natur auf der anderen Seite sind Herausforderungen, die zu gesellschaftlich ganzheitlichen Transformationsprozessen führen.

Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 24.03.2021 wurde in seiner rechtlichen und politischen Wirkung über das streitbefangene Klimaschutzgesetz des Bundes hinaus betrachtet. Es bestand Einvernehmen, dass bei den verstärkten Anstrengungen zum Klimaschutz die sozialen Wirkungen beachtet und nicht zu Lasten der sozial Schwachen gehen dürfen, darüber hinaus die Vorsorge-Aspekte mit Blick auf die nachfolgenden Generationen stärker in den Fokus gerückt werden müssen. Eine nach-

haltige Entwicklung bezieht diesen Faktor in eine ganzheitliche Politik mit ein. Natur- und Umweltbelange sind bei der Gestaltung aller politischen Handlungsfelder zu beachten. Vor diesem Hintergrund besteht ein Erfordernis nach einer ganzheitlichen politischen Gestaltung, die sektorale Politikansprüche verbindet und einen gemeinsamen Politikanspruch formuliert, der für nachfolgende Generationen die Lebensgrundlagen erhält und dies durch konkrete Vorsorge belegt. Die notwendige Bereitschaft zur Veränderung tradierter Politikinhalte muss hergestellt werden. Im UfO bestand Übereinstimmung, dass unsere Partei nur wählbar ist, wenn die Vernichtung von Ressourcen - Natur und Mensch - dauerhaft verhindert wird. Die Lust auf Veränderung ist da, wenn lokales Handeln erfolgreich ist und auch globale Wirkung mit entfaltet werden kann. Unsere zukünftige Politik muss Transparenz für diese Zusammenhänge schaffen und die positiven Wirkungen einer gemeinsamen ganzheitlichen Politik konkret mit den dazugehörigen Bildern und Erzählungen in die Zivilgesellschaft einbringen und an die Menschen heranbringen.

Aus der zentralen Bedeutung des Kompetenzbereiches des UfO für die Politikgestaltung der SPD, des Kompetenznetzwerkes des UfO haben wir die Erfordernis abgeleitet, das UfO auf eine vergleichbare Position wie die Arbeitsgemeinschaften in der Partei zu heben, um die Mitwirkungs- und Mit-Entscheidungsbefugnisse zukünftig zu sichern. Ein Antrag zur Änderung des Status des UfO zu einer AG nach dem Organisationsstatus kann nur auf Bundesebene nach den Statuten entschieden werden. Voraussetzung ist ein positiver Beschluss über einen entsprechenden Antrag auf dem Landesparteitag. Der vom UfO eingebrachte Antrag wurde auf dem Landesparteitag am 12.03.2022 zurückgestellt und ist noch nicht beraten.

Ferner hat das UfO in einer Klausurtagung am 09.10.2022 folgende Leitideen für seine zukünftige Arbeit erzielt:

Fachlichkeit:

Die im UfO aufgebaute Fachlichkeit zu den Natur- und Umwelt-, Klima- und Energiethemen muss erhalten und weiter ausgebaut werden. Das Thema Stoffkreisläufe wird zukünftig stärker einbezogen werden müssen. Das UfO sieht sich als Sachwalter und Ansprechpartner für diese Themen in der Partei.

Netzwerkarbeit und Kommunikation:

Die Netzwerkarbeit und Kommunikation des UfO hat zwei zentrale Richtungen: Partei intern und nach außen. In beide Richtungen soll zukünftig mehr agiert werden.

Partei intern:

Kommunikation nach innen geht in Richtung Landesvorstand und anderer Arbeitsgemeinschaften und Foren der Partei, Fraktion und in die Kommunalgliederungen der Kreise, kreisfreien Städte, Städte und Gemeinden und vice versa von unten nach oben. Wichtig ist, dass kommunale Aspekte Berücksichtigung finden und transferiert werden. Austausch von Best-Practice-Beispielen und Anträgen, die in den kommunalen Gliederungen erarbeitet worden sind, sollen vom UfO unterstützt werden. Einbeziehung des Landesvorstands wegen der Rekrutierung von Nachwuchs für das UfO, Aktivierung des Verbunds mit den Jusos. Arbeitsansatz des UfO auf der Internetplattform darstellen. AnsprechpartnerInnen für fachpolitische Fragen benennen.

Notwendig für die Umsetzung:

- Liste der AnsprechpartnerInnen in den Kommunalen Gliederungen,
- Eigener Verteiler mit direktem Zugriff des UfO,
- technische Plattform mit Betreuung der Plattform, ggf. Einsatz von Next-Cloud oder eines entsprechenden Produkts zur Dokumentation,
- Aktualisierung der Internet-Plattform des UfO, Anpassung an die Standards der Partei.

Außen:

- Netzwerkarbeit des UfO mit den Natur- und Umweltverbänden reaktivieren,
- Personelle Fachkompetenzen im UfO mit Fachkompetenz außen (NGO's Wissenschaft und Verwaltung, Wirtschaft) vernetzen,
- Politik der Partei in den UfO-Themenfeldern muss in der Öffentlichkeitsarbeit durch das UfO aktiv mitgestaltet werden,
- Pressearbeit zu aktuellen fachpolitischen Themen.

Organisation:

- Der Antrag für den Landesparteitag zur Änderung des Organisationsstatuts bleibt aufrechterhalten. Die vom UfO vertretenen Themen haben für die zukünftige politische Arbeit der SPD eine existenzielle Bedeutung,

da Kompetenzen innerhalb der Partei vorhanden und gefördert werden müssen. Der Landesvorstand muss hinter dem Antrag stehen. Kostenfrage kann kein Ablehnungsgrund sein.

- Unabhängig vom weiteren Werdegang des Antrags sollen für die Umsetzung der o.g. Punkte Aktivitäten ergriffen werden.
- Struktur des UfO
- Die Arbeit des UfO soll durch eine Lenkungsgruppe (3 Personen) gemanagt werden,
- Das UfO soll 3-4 mal im Jahr tagen (Video-konferenz),
- Ob weitere Untergliederungen (bisherige Arbeitskreise) fortgeführt werden, soll im Zuge der weiteren Diskussion zu den zukünftigen Themenstellungen entschieden werden.

Weiteres Vorgehen:

Kirsten Petersohn, Axel Schnorrenberg und Jürgen Strack erklären sich bereit, die offenen Fragestellungen zu klären und einen Personalvorschlag für die zukünftige Lenkungsgruppe des UfO zu unterbreiten.

Am 3. Dezember 2022 wurde die 25-jährige politische Arbeit des UfO über die Jahre nach seiner Gründung 1996 in einer kleinen Feierstunde in Kiel durch unsere Landesvorsitzende Serpil Midyatli und den Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Thomas Losse-Müller, gewürdigt.



FÜR DEN BERICHT:

Wolfgang Vogel & Sandra Redmann

KONTAKT

Am 12.12.2022 wurden eine neue Sprecherin und ein neuer Sprecher für das UfO gewählt:

Kirsten Petersohn:

E-Mail: post@kirsten-petersohn.de

Axel Schnorrenberg:

E-Mail: kontakt@axelschnorrenberg.de

SGK - SOZIALE GEMEINSCHAFT FÜR KOMMUNALPOLITIK E.V.

1972-2022

Am 5. November hat die SGK Schleswig-Holstein im altherwürdigen Ständesaal des Schleswiger Rathauses ihr 50-jähriges Jubiläum gefeiert. Im Juni 1972 ist die SGK gegründet worden, um sozialdemokratische Kommunalpolitiker*innen insbesondere im ländlichen Raum zu unterstützen. Viele der SPD-Ortsvereine waren seinerzeit gerade gegründet worden. Daran erinnerte Klaus Nielsky, früherer SGK-Landesvorsitzender und Bürgermeister a.D. der Stadt Schleswig, in seinem Redebeitrag zum Jubiläum. Laut Nielsky haben sich an den kontrovers geführten Diskussionen während der Gründungsveranstaltungen u.a. Günther Jansen, Gert Börnsen, Norbert Gansel, Eckart Kuhlwein, Gert Walter und Björn Engholm aktiv beteiligt.

Schon bald nach ihrer Gründung legte die SGK ihre ersten Seminare für Kommunalpolitiker*innen auf, z.B. über die Aufstellung eines Haushalts, den Finanzausgleich oder die Konstituierung einer Kommunalvertretung. Noch heute erfreuen sich die Seminare und Beratungen der SGK, etwa zu Kommunalwahlkampagnen, großer Beliebtheit.

Auch der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Thomas Losse-Müller, war unter den Gästen der Jubiläumsveranstaltung. In seiner Rede hob er die besondere Bedeutung der SPD für die kommunale Selbstverwaltung hervor. „Das hängt mit unserer Geschichte zusammen. Die Sozialdemokratie gründete sich in Form vieler regionaler Zusammenschlüsse“, so Thomas. Bei der Klimatransformation müssten Land und Kommunen Hand in Hand arbeiten. Und um dieses Bekenntnis zu unterstreichen, kündigte Thomas seinen Beitritt zur SGK an (siehe Foto unten)..



Die Grußworte bei der Jubiläumsveranstaltung wurden entrichtet vom Bürgermeister der Stadt Schleswig, Stephan Dose. Ihm sind wir zu Dank verpflichtet, dass er uns den ehrwürdigen Veranstaltungsort zur Verfügung gestellt hat. Weitere Grußworte folgten von Norbert Tessmer vom SGK-Bundesvorstand, Dr. Manfred Sternberg, Geschäftsführer der Bundes-SGK. Moderiert wurde die Veranstaltung vom stellvertretenden Landesvorsitzenden der SGK SH, dem Bürgermeister der Stadt Heide Oliver Schmidt-Gutzat. Er hob die Herausforderungen hervor, die Kommunalpolitiker*innen zwischen Beruf, Familie und immer komplexeren Fragestellungen der kommunalen Selbstverwaltung bewältigen müssten. Aufgabe der SGK sei es, Unterstützung zu leisten, damit diese Aufgaben bewältigt werden können.

Die SGK-SH bietet weiter in ihrem Seminar-Programm „Erfolgreich in der Kommunalpolitik“ vier Module an, in dem die Teilnehmer*innen in die Welt des kommunalpolitischen Alltags eingeführt werden. Inhalte der Module sind 1. das kommunale Verfassungsrecht, 2. Bauplanung, 3. kommunale Finanzen und 4. Öffentlichkeitsarbeit.

ÄNDERUNG IM SGK-VORSTAND

Claudius von Rüden hat seinen Rücktritt als Vorstandsvorsitzender der schleswig-holsteinischen SGK erklärt. Er zieht damit die Konsequenz aus der Bürgermeisterwahl in Halstenbek Ende Oktober 2022, in der er seinem Herausforderer unterlag. „Für mich war klar, dass ich in diesem Fall nicht Vorsitzender der SGK bleiben kann“, erklärt Claudius von Rüden seinen Rücktritt.

Mit dem Rücktritt hat sich der SGK-Landesvorstand auf seiner Vorstandsklausur am 18./19. November 2022 beschäftigt. Insbesondere war zu entscheiden, ob ein*e neue*r Vorstandsvorsitzende durch vorgezogene Wahlen bestimmt werden soll oder ob die beiden stellvertretenden Vorsitzenden die Amtsgeschäfte bis zu den regulären Wahlen im November 2023 übernehmen.

KONTAKT

SGK Schleswig-Holstein e. V.
Geschäftsführer Gerhard Schulz
Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel
gerhard.schulz@sgk-s-h.de

DIE ARBEIT DER SPD-LANDTAGSFRAKTION

*Von Dr. Kai Dolgner,
parlamentarischer Geschäftsführer*

Liebe Genossinnen und Genossen,

der folgende Bericht konzentriert sich auf die politischen Schwerpunkte der Fraktionsarbeit in den vergangenen zwei Jahren. Wir haben viele weitere Initiativen auf den Weg gebracht, die hier nicht explizit aufgeführt sind. Ihr findet stets aktuelle Informationen zur Arbeit der Fraktion auf unserer Internetseite sowie auf unseren digitalen Kanälen.

Hinter der Fraktion liegen große Veränderungen. Das zeigt sich schon daran, dass wir seit dem letzten ordentlichen Landesparteitag drei verschiedene Fraktionsvorsitzende hatten.

Aufgrund der Bundestagswahl ist Ralf Stegner aus der Landtagsfraktion ausgeschieden und Serpil Midyatli hat den Fraktionsvorsitz übernommen. Nach der Landtagswahl wurde der gesamte Vorstand neu gewählt und Thomas Losse-Müller Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer. Vor der Landtagswahl bestand der restliche geschäftsführende Vorstand aus den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Martin Habersaat, Birte Pauls, Beate Raudies und der parlamentarischen Geschäftsführerin Birgit Herdejürgen.

Die Fraktion hat sich nach dem bitteren Ergebnis bei der Landtagswahl von 21 auf 12 Abgeordnete verkleinert. In der Folge haben wir die Arbeitskreise und den geschäftsführenden Fraktionsvorstand abgeschafft und den Fraktionsvorstand verkleinert. Den einzelnen Sprecherinnen und Sprechern kommt dadurch noch mehr Verantwortung zu.

Der weitere Fraktionsvorstand besteht seit der Landtagswahl aus der stellvertretend Vorsitzenden Sophia Schiebe und dem parlamentarischen Geschäftsführer Kai Dolgner. Beratend nehmen zudem die Landtagsvizepräsidentin Beate Raudies und die Landesvorsitzende Serpil Midyatli teil. Des Weiteren gehören Niclas Dürbrook, Martin Habersaat, Birgit Herdejürgen, Thomas Hölck,



Birte Pauls, Sandra Redmann und Marc Timmer der Fraktion an. Die Fraktion besteht somit aus 50% Frauen und 50% Männern. Zwei der zwölf Abgeordneten sind Jusos und zwei von drei Vorstandsmitgliedern wurden das erste Mal in den Landtag gewählt.

Erstmals sind wir nur noch drittstärkste Kraft im Landtag. Das führt dazu, dass wir unsere eigene Arbeit hinterfragen und neu justieren. Wir müssen uns auf Schwerpunkte fokussieren. Folglich werden wir künftig nicht jedes Thema bis ins Detail bearbeiten oder jede Einladung annehmen können. Jeder Abgeordnete und jede Abgeordnete betreut im Durchschnitt drei Wahlkreise.

Durch den Wegfall der Arbeitskreise sind die Rollen als Sprecherinnen und Sprecher noch wichtiger geworden. Die einzelnen Zuständigkeiten können hier abgerufen werden: <https://www.spd-fraktion-sh.de/uebersicht-sprecherrollen/>

Wir haben uns vorgenommen, über die nächsten fünf Jahre klare politische Alternativen zum schwarz-grünen Wohlfühlpopulismus zu entwickeln. Schwarz-Grün ist eine Koalition der Besserverdiener, die das Soziale nicht im Blick hat. Das konnten wir bereits in den ersten Monaten nach der Wahl deutlich herausarbeiten. Als Fraktion werden wir die sozialen Fragen in den Mittelpunkt unserer Politik stellen und eigene Lösungen vorlegen, die so groß wie das Problem sind.

Nichtsdestotrotz setzen wir weiter auf den engen Austausch mit der Partei. So finden wieder regelmäßig „Kommunale Runden“ im Landeshaus statt, um die Verzahnung zwischen Kommunal- und Landespolitik zu sichern. Auf unsere Konferenz zur „Schule der Zukunft“ im November 2021 haben wir sehr gute Rückmeldungen bekommen. Das bestärkt uns darin, solche großen Formate in Zukunft regelmäßiger durchzuführen. Unser Anspruch ist, euch möglichst breit über unsere Arbeit zu informieren - u.a. durch unseren regelmäßigen Newsletter - und Impulse aufzunehmen.

VERANTWORTLICHE OPPOSITION IN DER CORONA-PANDEMIE

Die vergangen zwei Jahre waren stark von der Corona-Pandemie geprägt. In fast allen Landtagstagungen war die Auswirkungen und sich daraus ergebende Entscheidungen Thema. Es ging um die Unterstützung für Menschen und Betriebe, Hygiene-Regeln, die Organisation der Impfkampagne, Masken im ÖPNV oder den Schulen sowie Anpassungen bei der Isolationspflicht. Als SPD-Fraktion gab es zwei Grundsätze, die wir bei unseren Debatten und Entscheidungen über die gesamte Pandemie verfolgt haben. Wir sind Team Vorsicht und lockern Maßnahmen lieber etwas später, wenn das die Gesundheit von Menschen schützt. Und zweitens bedeutet verantwortliche Oppositionsarbeit in dieser Pandemie, dass wir in bestimmten Fragen mit der Regierung zusammenarbeiten.

Unsere Fraktion hat so einen Beitrag dazu geleistet, dass Schleswig-Holstein verhältnismäßig gut durch die Pandemie gekommen ist. Wir haben mit unserer Zustimmung zu der Aufnahme von Notkrediten ermöglicht, dass die finanziellen Folgen für Menschen und Unternehmen im Land abgefedert wurden. Wenn die Landesregierung zu forsch gelockert hat, haben wir mit unserer Haltung dafür gesorgt, dass Maß und Mitte gewahrt wird. Das war beispielsweise beim Jahreswechsel 2021 wichtig, als sich viele Menschen aufgrund vorschneller Lockerungen in Discotheken angesteckt haben.

Jetzt begleiten wir politisch den Weg in die endemische Phase der Pandemie. Auch dabei haben wir weiterhin den Gesundheitsschutz im Blick.

ZEITENWENDE AUCH IN SCHLESWIG-HOLSTEIN UND NEUE NOTKREDITE IN FOLGE DES UKRAINE-KRIEGES

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine im Februar 2022 war eine Zäsur für die deutsche und europäische Politik. Die Auswirkungen des Krieges und seine Folgen spüren wir auch in Schleswig-Holstein. Noch kurz vor der Landtagswahl haben wir im April 2022, gemeinsam mit den anderen demokratischen Fraktionen, einem Notkredit in Höhe von 400 Millionen Euro zugestimmt, um Mittel für die Unterbringung von Geflüchteten zu mobilisieren.

Kurz nach der Bildung der neuen Regierung haben wir im August im Landtag ein eigenes Landesentlastungspaket vorgelegt. Schon damals war klar, dass die steigenden Energiepreise die Menschen in Schleswig-Holstein schwer treffen. Die Landesregierung hat lange gezögert, selbst aktiv zu werden. Wir haben in dieser Frage aber gemeinsam mit Kommunen und Sozialverbänden auf eigene Unterstützungsmaßnahmen des Landes gedrängt. Schritt für Schritt hat die Regierung unsere Vorschläge übernommen.

In der Folge wurde der Ukraine-Notkredit aus dem April mit unserer Zustimmung im November 2022 um eine Milliarde aufgestockt. Dadurch werden die Entlastungen des Bundes und des Landes finanziert. Als SPD-Fraktion haben wir in den Verhandlungen zum zweiten Notkredit durchgesetzt, dass es mehr Mittel für Härtefälle gibt, Kommunen bei der Bewältigung der zu erwartenden Flut an Wohngeldanträgen finanziell und personell unterstützt werden, der kommunale Wohnungsbau stärker gefördert wird und die Empfänger von Wohngeld durch einen geringeren Eigenanteil von der Klima-Förderung des Landes profitieren können.

UNSER PLAN: EINE SOZIAL GERECHTE ENERGIE- UND KLIMATRANSFORMATION

Wir wollen Schleswig-Holstein bis 2040 klimaneutral machen und den Weg dahin sozial- und industriepolitisch absichern. Durch den Krieg in der Ukraine und die steigenden Energiepreise hat der Anpassungsdruck weiter zugenommen. Je schneller wir die erneuerbaren Energien ausbauen, desto eher werden die Preise für Energie sinken und unsere Unabhängigkeit von Energieimporten aus Autokratien zunehmen. Wir wollen die anstehenden Veränderungen sozial gestalten.

Das wird nur gelingen, wenn der Staat in die Verantwortung geht. Er muss für den Bau neuer gemeinschaftlicher Infrastrukturen sorgen. Leistungsstärkere und intelligente Stromleitungen. Wärmenetze, die klimaneutral erwärmtes Wasser über Leitungen in Häuser bringen. Ladesäulen für E-Autos überall im Land und nicht nur da, wo sie sich lohnen. Neue Bahnschienen und Busse, die mit Strom oder Wasserstoff fahren. Saubere Fabriken, die über moderne Verbundsysteme neue Kreislaufprozesse zur Energieeinsparung nutzen.

Die vergangenen Monate haben wir genutzt, um für den Bau dieser Infrastrukturen einen Plan zu entwickeln. Das zentrale Instrument ist ein Transformationsfonds (Tra-Fo.SH) für Schleswig-Holstein. Mit ihm als Instrument wollen wir unsere Idee einer sozial gerechten Energie- und Klimatransformation umsetzen. Das Konzept kann hier abgerufen werden: <https://www.spd-fraktion-sh.de/2022/11/30/wie-wir-die-energie-und-klimatransformation-in-schleswig-holstein-sozial-gerecht-organisieren/>

Wir tun alles dafür, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien so schnell wie möglich weiterkommt. Das überragende öffentliche Interesse wurde im EEG festgeschrieben und hat Auswirkungen auf die Umsetzung der Energiewende vor Ort. Der politisch umstrittene LNG-Terminal wurde in Rekordzeit gebaut, um das fehlende Gas zu ersetzen.

Leider hat die grün-schwarze Landesregierung noch immer nicht erkannt, dass die Lösung so groß sein muss, wie das Problem. Die Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen wurden noch immer nicht von bürokratischen Hemmnissen befreit und damit beschleunigt. Die Regierung legt lieber ein Klimaschutzprogramm für Bürgerinnen und Bürger auf, in dem diejenigen, die es sich leisten können, eine Förderung für z.B. Wärmepumpen erhalten. Dabei brauchen wir strukturelle Entscheidungen und Förderungen von denen alle profitieren. So könnten Wärmenetze wie in Dänemark eine flächendeckende und bezahlbare Wärmeversorgung ermöglichen. Doch die großen Lösungen für unser Land sind scheinbar zu groß für diese Landesregierung.

UMWELT UND AGRAR

2021 und 2022 waren für unsere Themenfelder herausfordernder denn je. Trockene Sommer auf der einen Seite und die Flut im Ahrtal auf der anderen, haben Umwelt- und Klimaschutz in der öffentlichen Debatte verstärkt und zu einem der wichtigen Themen der Bundestagswahl gemacht. Auch in Schleswig-Holstein wurden verschiedene Initiativen gestartet. Auf unserer 2. Klimakonferenz haben wir den Vortrag „Die Erde brennt“ des Diplom-Meteorologen Meeno Schrader gehört und diskutiert.



Klimakonferenz mit Meeno Schrader: Etwa 100 Teilnehmende aus Vereinen, Verbänden, der SPD sowie interessierte Bürger*innen gingen nicht nur der Frage nach, was die Politik tun kann, sondern auch, was jede*r einzelne selbst im Alltag als Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Stargast: Der Wettermann!

Um das notwendige politische Handeln auf Schleswig-Holstein runterzubringen haben wir eine große Expert*innenanhörung im Landtag initiiert: Klimaschutz im Zusammenspiel mit Wirtschaft, Energie, Landwirtschaft, Naturschutz und Mobilität - wie lassen sich Ökonomie und Ökologie verbinden? Klimaanpassungsmaßnahmen und Landschaftsveränderung - wie bereiten wir uns auf die bereits jetzt nicht mehr abwendbaren Folgen des Klimawandels vor? Klimaschutz und die soziale Frage - wie nehmen wir alle mit? Denn was uns die Landesregierung nach langer Verzögerung beim Energiewende- und Klimaschutzgesetzes vorgelegt hat, ist weit davon entfernt, unser Klimaziel zu erreichen. Es fehlten Ambition und Konsequenzen.

Wir diskutieren regelmäßig über die Zukunft der Landwirtschaft, über das Wolfs- oder Gänsemanagement, über Küsten- und Meeresschutz, Munitionsalasten und Fischerei oder über unsere Trinkwasserversorgung und Abfallentsorgung. An all diesen und noch weiteren Themen bleiben wir weiterhin mit Freude und Engagement dran, um unser Land zukunftsfest zu machen und lebenswert zu erhalten.

WIRTSCHAFT

Die Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie und des russischen Krieges gegen die Ukraine haben die Jahre 2021 und 2022 sehr bestimmt. Wir haben uns seit Beginn der Pandemie für schnelle Lösungen eingesetzt, auch um die Arbeitsplätze zu erhalten.

Damit der Schleswig-Holstein-Tourismus im gesamten Land nach der Pandemie wieder an Erfolge aus der Zeit vor der Corona-Pandemie anknüpfen kann, haben wir immer wieder die besondere Rolle des Binnenlandtourismus akzentuiert und uns dafür eingesetzt, dass dieser gestärkt wird.

Wir bringen uns aktiv in die Diskussion um die Weiterentwicklung und den klimaneutralen Umbau des Industriestandortes in Schleswig-Holstein ein. Wirtschaftspolitik darf sich nicht reduzieren, einen Ordnungsrahmen für den freien Markt zur Verfügung zu stellen - sondern die erforderliche Gestaltung des Transformationsprozesses muss mit einem modernen Mix aus Ordnungsrecht, finanziellen Anreizen und öffentlichen Investitionen ermöglicht werden.

Eine moderne Wirtschafts- und Industriepolitik kann nur Erfolg haben, wenn Transformations- und Innovationsprozesse aktiv von den Sozialpartnern begleitet werden. Tarifbindung, Mitbestimmung und gute Arbeit sind dafür eine wichtige Voraussetzung. Ohne Handwerker*innen sind die Klimaschutzziele unerreichbar. Dazu muss gemeinsam mit dem Handwerk die duale Berufsausbildung gestärkt und attraktiver gestaltet werden. Hierfür und zur Entwicklung, Förderung, Ausbildung und Sicherung von Fachkräften haben wir uns im Landtag für eine Reihe von Maßnahmen eingesetzt, u.a. zur gelingenden Integration von internationalen Fachkräften.

VERKEHR

Bei der Mobilitätswende hin zur Klimaneutralität hat der ÖPNV eine zentrale Rolle. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau und die Stärkung des ÖPNV ein. Dazu gehört eine deutliche Steigerung der Finanzmittel, die sich an dem Ziel der Klimaneutralität bis 2040 orientiert. Hier wird die Landesregierung der eigenen Verantwortung nicht gerecht. Um mehr Menschen klimagerechte Mobilität zu ermöglichen, braucht es insbesondere im ländlichen Raum einen besseren Anschluss an den ÖPNV. Anknüpfend an den Erfolg des

9-Euro-Tickets haben wir uns für ein verlässliches Nachfolge-Angebot eingesetzt, um Menschen vom dauerhaften Umstieg auf Bus und Bahn zu überzeugen. Bei der Umsetzung des geplanten 49-Euro-Tickets ist nicht nur der Bund, sondern auch das Land in der Verantwortung.

DIGITALISIERUNG

Die Corona-Pandemie hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig die Digitalisierung insbesondere im Arbeits- und Bildungsbereich, aber auch bei Verwaltungsleistungen ist und welchen akuten Aufholbedarf wir hier haben. Die Bilanz der Regierung bei der Digitalisierung der Verwaltung ist bitter. Wir haben uns für die notwendige finanzielle und personelle Ausstattung im Zusammenhang mit dem Digitalisierungsgesetz eingesetzt - leider ohne Erfolg. Wir werden weiter für eine wirkliche Digitalisierungsstrategie mit klaren Schwerpunkten, Zeitplänen und einer konkurrenzfähigen finanziellen und personellen Grundlage kämpfen.

FINANZEN UND HAUSHALT

Finanzen und Haushalt wurden maßgeblich durch die Krisen geprägt. Während das Corona-Hilfspaket, das im Herbst 2020 auch mit unseren Stimmen beschlossen wurde, nach und nach ausläuft und mittlerweile sogar durch Landtagsbeschluss reduziert wurde, stehen seit dem Frühjahr 2022 die erheblichen Folgen des Krieges in der Ukraine im Mittelpunkt (siehe oben).

Im Bereich des Öffentlichen Dienstes bleibt die Einführung der Schaffung der Möglichkeit, dass sich Beamte*innen alternativ auch in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) durch eine pauschale Beihilfe versichern können ohne den Arbeitgeberanteil selbst zahlen zu müssen. Hamburg und einige andere Bundesländer sind hier viel weiter. Die schwarz-grüne Härtefallregelung ist alles andere als eine gleichwertige Lösung.

Wir kümmern uns auch um die dramatische Situation in der Steuerverwaltung. Auch nach zehn Jahren hat es die grüne Finanzministerin nicht geschafft, die Finanzämter im Land personell so aufzustellen, dass sie ihrer wichtigen Aufgabe auch angemessen nachgehen können. Unsere Nachfragen haben ergeben, dass über 1000 Mitarbeiter*innen in den Finanzämtern fehlen. Das führt zu sehr langen Bearbeitungszeiten und entgangenen Einnahmen.

Wir haben zudem einen gemeinsamen Beschluss im Landtag erreicht, dass die Dispozinsen zukünftig gedeckelt werden sollen, damit diese nicht zur Schuldenfalle werden. Nun muss die Landesregierung diesen Beschluss auch umsetzen und sich auf Bundesebene für die Verbraucher*innen einsetzen. Dies werden wir auch weiter einfordern.

BAUEN UND WOHNEN

Bezahlbares Wohnen ist nach wie vor eines unserer zentralen Schwerpunktthemen. Denn nicht nur Geringverdienende, sondern mittlerweile auch Menschen mit mittleren Einkommen, Studierende, Senior*innen, Alleinerziehende und Familien mit Kindern haben große Probleme, angemessenen Wohnraum zu finden. Die Mieten steigen seit Jahren auch in Schleswig-Holstein stärker, als die Löhne und Gehälter. Es fallen mehr sozial gebundene Wohnungen aus der Bindung, als neue hinzukommen. Fest steht: Es braucht ein ganzes Bündel an Maßnahmen, um den Sozialen Wohnungsbau zu stärken, neuen Wohnraum zu schaffen und Wohnen für alle Menschen wieder bezahlbar zu machen.

Die Ampel-Koalition im Bund hat mit dem „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ vorgelegt. Dafür werden 14,5 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Auch hier werden wir immer wieder fordern, dass das Land endlich seine Hausaufgaben macht.

Wir kämpfen weiter für konsequenten Mieter*innenschutz. Die Ankündigung der schwarz-grünen Landesregierung, die Kappungsgrenzen-Verordnung für die angespannten Wohnungsmärkte in Schleswig-Holstein wieder in Kraft zu setzen, reicht nicht. Wir brauchen endlich wieder eine Mietpreisbremse und eine Deckelung der sich an der Inflation orientierenden Indexmieten!

Nach fünf Jahren Stillstand unter Jamaika hat die Landesregierung wenigstens das Wohnraumschutzgesetz auf den Weg gebracht. Ob das neue Gesetz wirklich die Verwahrlosung von Wohnraum verhindert, werden wir genau beobachten. Die Wohngeldreform des Bundes ist eine wichtige Entlastung von Mieter*innen. Auch hier hat die Landesregierung ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Obwohl der digitale Antrag eine schleswig-holsteinische Entwicklung ist und in anderen Bundesländern bereits angeboten wird, müssen

die Schleswig-Holsteiner*innen immer noch Papieranträge stellen. Das Land muss die Kommunen bei der Umsetzung der Reform deutlich mehr unterstützen die Menschen besser über ihre Ansprüche aufklären.

EUROPA

Europa steht weiterhin vor vielfältigen Herausforderungen. Schon vor dem 24. Februar 2022 waren die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Frage- und Problemstellungen enorm.

Zusätzlich zur Klima- und Migrationskrise und dem europaweit zunehmenden Rechtspopulismus hat die COVID-19-Pandemie einen verstärkten politischen und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa gefordert, der unverändert im Vordergrund unserer Europapolitik steht. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns allen auf erschreckende Weise vor Augen geführt, dass Frieden in Europa nicht selbstverständlich ist. Die Folgen machen einmal mehr deutlich, wie wichtig Gemeinschaft und Solidarität in Europa ist. Ohne unsere Initiativen zu den Folgen der Pandemie im Bereich der EU-Gesundheitspolitik, in der Gestaltung der EU-Förderung im Rahmen des europäischen Aufbaufonds und der EU-Jugendpolitik hätte es keine Beschlüsse des Landtages zu diesen Themen gegeben.

Beteiligung ist für uns auch über die Gremien der Nord- und Ostseekooperation wichtig. In der Ostseekooperation stehen wir nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine und dem Ausschluss Russlands vor einer völlig neuen Situation, die die Ostseeregion näher zusammenrücken lässt. Auf unsere Initiative ist in die Resolution des Parlamentsforums Südliche Ostsee die Forderung nach einer sozialverträglichen Gestaltung der aufgrund des Klimawandels erforderlichen Maßnahmen aufgenommen worden.

ZUSAMMENARBEIT MIT DÄNEMARK UND MINDERHEITEN

Wir haben die Landesregierung wiederholt aufgefordert, sich gegenüber der dänischen Regierung dafür einzusetzen, Sonderregelungen für die Arbeitsmobilität, die Schüler- und Studierendenverkehre, Familien, die Minderheiten und für Kulturveranstaltungen zu treffen, damit das Zusammenleben über die Grenze hinweg auch während der Pandemie in bestmöglicher

Weise weiter stattfinden kann. Wir sehen weiterhin die Landesregierung in der Pflicht, in Gesprächen mit Dänemark auf die Abschaffung der Grenzkontrollen hinzuwirken.

Für uns bleibt es ein wichtiges Anliegen, uns für ihre Belange stark zu machen. Nicht nur für die Minderheiten in der Grenzregion, sondern auch für die Rechte der Minderheiten auf europäischer Ebene haben wir uns erneut mit einem Antrag zur Umsetzung der „Minority Safepack Initiative“ eingesetzt.

Nachdem die Jamaika-Koalition unseren Haushaltsantrag für ein Projekt zur Aufarbeitung der Geschichte der Sinti und Roma in Schleswig-Holstein abgelehnt hatte, ist es uns gelungen mit der gleichen Forderung über einen Sachantrag im Landtag alle demokratischen Fraktionen mit ins Boot zu holen und einen interfraktionellen Beschluss zur Durchführung dieses so wichtigen Projektes herbeizuführen.

KOOPERATION MIT HAMBURG UND IN DER METROPOLREGION

Die politische Befassung mit der Metropolregion Hamburg (MRH) war in den letzten beiden Jahren weiterhin geprägt von der OECD-Studie zur Metropolregion. Unsere Initiative zu ihrer Umsetzung – zusammen mit der SPD der Hamburgischen Bürgerschaft – ist nach wie vor Grundlage der politischen Befassung mit der Zukunft der Ländergrenzen übergreifenden Region. Themen waren u.a. die Zusammenarbeit der Länder während der Covid-19-Pandemie, Verkehrsthemen, wie der Ausbau der Radschnellwege und des Schienenverkehrs, aber auch die Bildungs- und Forschungszusammenarbeit und die Kooperation in den Bereichen Kultur und Tourismus. Im März 2022 haben wir zusammen mit unseren Kolleg*innen in Hamburg den Start für ein SPD-Netzwerk innerhalb der MRH organisiert.

SOZIALPOLITIK UND CORONA

Sozialpolitik ist ein Kernthema der Fraktion und selbstverständlich waren die Auswirkungen der Corona-Pandemie das zentrale Thema in der Sozialpolitik. Es gab verschiedene Expert*innenanhörungen, Gespräche und Sozialausschusssitzungen, in denen die Maßnahmen abgewogen und diskutiert sowie ihre Auswirkungen in den Blick genommen wurden. Wir wollen, dass jeder gut durch diese Zeit der Corona-Pandemie kommt

und ein guter Übergang in das Leben mit dem Corona-Virus gestaltet wird. Die Abfederung der sozialen Folgen ist unsere sozialpolitische Aufgabe, der wir uns in vielen Anträgen und Debatten gestellt haben. Insbesondere die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen während und nach der Pandemie sind im Fokus unserer politischen Arbeit.

GESUNDHEIT UND PFLEGE

Die Corona-Pandemie hat allen ins Bewusstsein gerufen, dass die Gesundheitsversorgung und Pflege Kernbereiche der staatlichen Daseinsvorsorge sind und diese in guter Qualität gesichert werden müssen. Die Orientierung am Patientenwohl leitet unser politisches Handeln und nicht wirtschaftliche Interessen. Die Arbeitsbedingungen und der Fachkräftemangel, die Diskussion um Krankenhausstandorte, die finanzielle Situation der Kliniken sowie die Krankenhausinvestitionen, die Sicherstellung einer flächendeckenden Geburtshilfe, die steigenden Pflegekosten sowie die Entlastung der pflegenden Angehörigen waren beispielhafte Inhalte unserer Anträge. Auch hier ist die Landesregierung planlos. Die Trennung von Gesundheit und Pflege in zwei verschiedene Ministerien durch die neue Landesregierung, macht die politische Arbeit noch schwerer und kritisieren wir sehr. Für uns müssen Gesundheit und Pflege zusammengedacht werden.

KITA

In der Kitapolitik nehmen wir immer wieder die Auswirkungen der Kita-Reform in den Blick. Es braucht eine Reform der Reform. Von Inklusion ist bisher auch keine Rede. Die gebührenfreie Kita wird von uns immer wieder gefordert. Dies wäre auch ein Beitrag zur Entlastung der Familien im Land, bei immer weiter steigenden Preisen und Kosten. Dafür setzen wir uns weiter ein. Auch im Erziehungsbereich zeigt sich der Fachkräftemangel deutlich. Hier setzen wir immer wieder an und fordern Reformen und eine Fachkräfteinitiative. Wir brauchen mehr vom Land finanzierte PiA-Klassen und eine Ausbildungsvergütung. Außerdem haben wir uns erfolgreich für die weitere Finanzierung der Sprach-Kitas in Schleswig-Holstein eingesetzt.

GLEICHSTELLUNG

Zentrales Thema unserer Arbeit in den letzten beiden Jahren war die Bekämpfung jeglicher Art

von Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Leider hat Corona die Situation verschärft. Wir müssen dem entschieden entgegentreten, um das Schutz- und Hilfesystem auszubauen. Genügend Plätze in Frauenhäusern sind unverzichtbar für Frauen und ihre Kinder, die vor häuslicher Gewalt fliehen müssen. Das muss bedarfsgerecht finanziert werden. Eine intensive Befassung und Beratung der erstellten Bedarfsanalyse im Ausschuss des Landtages hat die Koalition mehrmals abgelehnt. In der neuen Legislaturperiode haben wir nun endlich die Zusage einer Anhörung zu unserer Initiative erhalten. Hartnäckigkeit zahlt sich aus.

BILDUNG: IQB-STUDIE (INSTITUT ZUR QUALITÄTSENTWICKLUNG IM BILDUNGS-WESEN)

Schleswig-Holstein ist in allen gemessenen Kompetenzbereichen abgestürzt. Teilweise deutlich über den Bundestrend hinaus. Gleichzeitig zeigen die Hamburger Ergebnisse, dass es auch anders gegangen wäre. In Kita und Grundschule wird schließlich der Grundstein für erfolgreiche Bildungskarrieren gelegt – oder eben nicht. Den Versuch der Bildungsministerin, die Gründe bei Inklusion und Schüler*innen mit Migrationshintergrund zu suchen, um von eigenen Versäumnissen abzulenken, haben wir scharf verurteilt.

SCHWIMMUNTERRICHT

Wegen der Corona-Pandemie hatten tausende Kinder keinen Schwimmunterricht. Das ist ein Problem. Ein weiteres ist, dass das Land beim Schwimmen lernen seine eigenen Anforderungen nicht ernst nimmt. Schwarz-Grün wollte zunächst nicht einmal eine Anhörung machen und die letzte Erhebung der Schwimmfähigkeiten war noch vor Corona.

ANGST VOR MATHE

Im Bundesvergleich der Kompetenzen im 4. Jahrgang geht es in allen Bereichen bergab. In der Orthografie und in Mathematik sogar deutlich stärker als im Bundesschnitt. Fast jedes vierte Kind gab an, im Fach Mathematik eine hohe Ängstlichkeit zu erleben. Hier liegt ein wichtiger Ansatzpunkt für erfolgreiche Pädagogik, denn eine simple Anhebung der Anzahl der Mathestunden durch die Landesregierung ändert daran nichts. Wir fordern andere Zugänge zu Mathematik, auch Fächer- und Jahrgängeübergreifend, und eine Mathematik-Didaktik, die Zugänge öffnet.

DIGITALISIERUNG DER SCHULEN

Die Welt ist groß und Rettung lauert überall. Manchmal auch in Form des Bundes, der den Ländern bei der Digitalisierung ihrer Schulen auf die Sprünge hilft. Aber ob und wie die Länder dann springen, ist immer schwer vorhersehbar. Nur etwa die Hälfte der Schüler*innen können die digitale Lernplattform „Itslearning“ überhaupt nutzen. Nur 13% tun es auch.

Lehrkräfte lassen ihr vom Land gestelltes digitales Endgerät wegen der eingeschränkten Möglichkeiten der Dienstgeräte ungenutzt und Daniel Günthers Versprechen, in diesem Jahr alle Schüler*innen mit Endgeräten auszustatten, wird nicht erfüllt werden.

Und vieles hängt vom Zufall des Wohnortes ab. Wer Corona hat und symptomfrei ist, soll nach Ansicht der Landesregierung lieber in die Schule kommen als Zuhause zu bleiben - wohl auch, weil hybride Unterrichtsmöglichkeiten gerade eher wieder ab- als weiter aufgebaut werden. Das ist die traurige Lage in Schleswig-Holstein 2022.

...UND APROPOS CORONA UND LEHRKRÄFTE

Die Landesregierung hat die Isolationspflicht für Beschäftigte des Landes abgeschafft: Corona-positive Lehrkräfte sollen in der Schule erscheinen und mit Maske unterrichten. Wir haben uns dagegen ausgesprochen. Es ist den Lehrer*innen nicht zuzumuten mit einer ansteckenden Infektion in die Schulklassen zu gehen, selbst wenn sie nicht erkrankt sind. Der Schutz vorerkrankter Kinder und vulnerabler Personen in Haushalten von Schulkindern muss Vorrang haben. Schließlich müssen Kinder und Jugendliche zur Schule kommen.

SCHULE DER ZUKUNFT

Mit zahlreichen Expert*innen aus Wissenschaft, Architektur und Schulentwicklung hat die SPD-Landtagsfraktion Leitlinien zur Schule der Zukunft entwickelt.

Der Wechsel von der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft bringt neue Herausforderungen für die Schulen mit sich. Die Zukunft ist ungewiss und trotzdem wollen wir unsere Kinder so gut wie möglich darauf vorbereiten. Die „4Ks“ spielten in vielen Beiträgen eine Rolle: Kritisches Denken, Kreativität, Kooperationen und

Kommunikation. Das muss sich auf die Pädagogik auswirken und auch auf das Aussehen unserer Schulen. Zeitgemäße Pädagogik braucht zeitgemäße Räume. Schulbau ist ein Thema, das wir ernst nehmen müssen. Wertigkeit von Bildung sollte auch an der Wertigkeit der Schule erkennbar sein...

Wer dazu mehr wissen will: <https://www.martinhabersaat.de/schulederzukunftsh/>



Mit zahlreichen Expert*innen aus Wissenschaft, Architektur und Schulentwicklung hat die SPD-Landtagsfraktion bei einer Veranstaltung in Kiel Leitlinien für die Schule der Zukunft entwickelt

INNENPOLITIK UND CORONA

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die verschiedenen Bereiche des öffentlichen Lebens waren auch ein Schwerpunkt der innenpolitischen Arbeit der Fraktion in den letzten beiden Jahren. So wurden von uns unzählige Anfragen aus der Bevölkerung und von Vereinen und Verbänden zu Corona-bedingten Einschränkungen, z.B. von Sportvereinen, bei den freiwilligen Feuerwehren und in der Kommunalpolitik bearbeitet. Die dabei gewonnenen Informationen über die tatsächlichen Auswirkungen der Maßnahmen, flossen vielfältig in unsere Arbeit ein.

Auf die Erfahrungen aus der Pandemie geht auch eine Änderung der Landesverfassung zur Einrichtung eines Notausschusses zurück. Wir haben uns hier erfolgreich für die Wahrung der Oppositions- und Informationsrechte eingesetzt.

POLIZEI- UND VERFASSUNGSSCHUTZ

Wir haben uns darüber hinaus für die Anerkennung einer Corona-Infektion als Dienstunfall bei der Polizei eingesetzt und auf Anregung der Bürgerbeauftragten einen Gesetzentwurf eingebracht. Dieses Gesetz haben die Regierungsfractionen im Wesentlichen kopiert, im Landtag

beschlossen und als eigene Leistung dargestellt.

Die Änderung des Polizeirechtes durch die Jamaika-Koalition haben wir ebenfalls kritisch begleitet und konnten die damaligen Anpassungen an die aktuellen Anforderungen der Sicherheitslage, letztlich auch aus rechtsstaatlicher Sicht, noch vertreten.

Der Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün sieht massive Einschnitte in Freiheitsrechte vor, bei denen sich die CDU offensichtlich vollständig durchsetzen konnte und die nach unserer Überzeugung mit einer liberalen Innenpolitik nicht mehr vereinbar sind, was wir im weiteren Verfahren auch deutlich machen werden.

Wir haben uns erfolgreich für die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, sowie für Strukturverbesserungen bei der Besoldung im Polizeivollzugsdienst eingesetzt und werden die Einhaltung des in unserer Regierungszeit beschlossenen Stellenzuwachses in der Landespolizei weiterhin kritisch begleiten. Unser Ziel bleibt weiterhin die Einführung der zweigeteilten Laufbahn in der Landespolizei und der Erhalt der Polizeipräsenz in der Fläche.

INTEGRATIONS- UND FLÜCHTLINGSPOLITIK

Im Bereich der Integrations- und Flüchtlingspolitik sehen wir uns als Wächter*in der weltoffenen schleswig-holsteinischen Haltung. Dazu zählt für uns auch das kommunale Wahlrecht für alle Ausländerinnen und Ausländer, die sich schon lange legal hier aufhalten sowie das Wahlrecht zur Landtagswahl für EU-Bürgerinnen und Bürger einzuführen. Aktuell bemühen wir uns durch entsprechende Anträge im Plenum und in den Ausschüssen darum, dass die Kommunen zur Bewältigung der neuen Flüchtlingssituation ausreichende Unterstützung vom Land erhalten.

PARLAMENTSRECHTE

Nach dem Regierungswechsel haben wir durch unsere Vorschläge für die Geschäftsordnung des Landtages dafür gesorgt, dass trotz der sehr großen Regierungsmehrheit im Landtag, die Rechte der Opposition und ihre Mitwirkungsmöglichkeiten nicht eingeschränkt werden, sondern wir unsere Kontrollfunktion gegenüber der Landesregierung wirksam ausüben können.

KOMMUNALPOLITIK

Die Umsetzung des Urteils des Landesverfassungsgerichts zum Kommunalen Finanzausgleich durch die Jamaika-Koalition, ist eindeutig misslungen, worauf wir immer wieder hingewiesen und Alternativen vorgestellt haben. Diese wurden jedoch nicht berücksichtigt. Nun wird sich das Landesverfassungsgericht erneut mit dem kommunalen Finanzausgleich beschäftigen müssen. Auch nach dieser Entscheidung werden wir das Verfahren wieder sehr kritisch und mit eigenem Sachverstand begleiten.

Nachdem die Jamaika-Koalition beim Thema Straßenausbaubeiträge die Wahlversprechen von CDU und FDP nicht umgesetzt, sondern die Kommunen - zur eigenen Gesichtswahrung - mit einem faulen Kompromiss über eine pauschale Abgeltung kommunaler Mehrkosten, über den Tisch gezogen hat, haben wir das Thema in dieser Wahlperiode gemeinsam mit dem SSW wieder in den Landtag eingebracht.

JUSTIZPOLITIK

Im Bereich der Justizpolitik haben wir uns, durch Anfragen und Haushaltsanträge, für eine Verbesserung der Personalausstattung von Justiz und Justizvollzug eingesetzt. Ebenfalls durch Haushaltsinitiativen haben wir dafür gesorgt, dass die in unserer Regierungszeit geschaffenen Projekte des Opferschutzes und der Kriminalprävention fortgeführt und ausgebaut werden. Ebenfalls setzen wir uns weiter für eine Modernisierung und Digitalisierung der Justiz ein, in dem wir entsprechende Haushaltsanträge stellen und die Einhaltung der Ankündigung der Landesregierung durch Berichtsanträge überprüfen.

PARLAMENTARISCHER UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS DER 19. WAHLPERIODE

Auf Antrag der SPD-Fraktion, an dem sich die übrigen Fraktionen (außer der AfD) beteiligt haben, hat der Landtag 2018 einen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der sog. „Rocker-Affäre“ eingesetzt, in dem Vorwürfe gegen die damalige Polizeiführung und die Hintergründe ihrer Ablösung, durch den damaligen Innenminister Grote (CDU), untersucht werden sollten. Des Weiteren war es Aufgabe des Ausschusses, Berichten über den rechtsstaatswidrigen Einsatz von verdeckten Quellen und dem rechtswidrigen Umgang mit den daraus gewonnenen Informationen nachzugehen und aus seinen Untersuchungen Hand-

lungsempfehlungen zu erarbeiten.

Diese Untersuchung konnte unter maßgeblicher Beteiligung der SPD-Landtagsfraktion, trotz schwieriger Rahmenbedingungen, rechtzeitig vor dem Ende der Wahlperiode beendet und ein von allen Fraktionen mitgetragener Abschlussbericht erstellt werden.

Dieser Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass es nach wie vor Probleme in der Führungspraxis der Landespolizei gibt, die in einigen Bereichen noch weit entfernt von modernen Führungsmethoden und Strategien der Konfliktlösung und Fehlerkultur ist. Auch der Umgang mit dem sensiblen Thema verdeckte Ermittlungen und Führung von V-Personen wirft noch viele Fragen auf und bedarf aus Sicht des Ausschusses noch einer erheblichen Sensibilisierung der Verantwortlichen bei Polizei und Staatsanwaltschaft für die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards.

Wir werden in der neuen Wahlperiode sehr genau darauf achten, dass die von allen Fraktionen getragenen Empfehlungen des Ausschusses jetzt auch umgesetzt werden und werden dieses auch zu einem Schwerpunkt unserer innenpolitischen Arbeit machen.

KONTAKT

SPD-Landtagsfraktion
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-1312
Telefax: 0431 988-1313
www.spd.ltsh.de

13 Jahre war Ralf Stegner Fraktionsvorsitzender und wurde am 24.09.2021 verabschiedet. Eines der Highlights des Abends war die Poetry-Slam-Einlage von Monika Heindold.



DIE ARBEIT DER LANDESGRUPPE DER SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETEN

Die SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein setzt sich aus acht Abgeordneten zusammen. Jedes Landesgruppenmitglied betreut neben dem eigenen Wahlkreis vakante Regionen in Schleswig-Holstein – dadurch haben alle Kreis- und Ortsverbände eine*n Ansprechpartner*in auf Bundesebene.

Die Abgeordneten der Landesgruppe sind Dr. Kristian Klinck, Bettina Hagedorn, Sönke Rix, Dr. Nina Scheer, Bengt Bergt, Dr. Ralf Stegner, Mathias Stein und Tim Klüssendorf. Der Sprecher der Landesgruppe ist Sönke Rix.

Die Landesgruppe stellt einen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden sowie die Klimaschutz- und Energiepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Auch ein Ausschussvorsitzender und eine stellvertretende Ausschussvorsitzende kommen aus Schleswig-Holstein. Genau wie zum Beispiel Fachpolitiker*innen aus den Bereichen Verkehr, Verteidigung und Finanzen. Kurzum: Durch die Landesgruppe ist Schleswig-Holstein im Bund stark vertreten.

In den letzten zwei Jahren hat die SPD-Bundestagsfraktion viele Projekte erfolgreich initiiert und umgesetzt, von denen insbesondere auch

Schleswig-Holsteiner*innen profitieren. Folgend ist eine Auswahl aufgeführt:

- 210.000 Schleswig-Holsteiner*innen haben mit der Einführung des Mindestlohns von 12 Euro ab dem 1. Oktober 2022 eine Gehaltserhöhung erhalten.
- Mit dem in 2022 neu eingeführten Förderprogramm KulturInvest nimmt der Bund seine nationale Verantwortung für die Kulturenwicklung in Deutschland wahr und macht Kulturangebote für eine breite Öffentlichkeit zugänglich. Im Haushaltsausschuss haben wir uns dafür eingesetzt, dass von 2022 bis 2025 insgesamt 31,29 Millionen Euro für investive Kulturmaßnahmen nach Schleswig-Holstein fließen.
- Ebenfalls im Haushaltsausschuss haben wir erreicht, dass neun Projekte in Schleswig-Holstein mit über 13,5 Millionen Euro gefördert werden. Durch das Programm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ können die Städte den Einzelhandel stärken, die Vielfalt der Innenstadt verbessern und damit ihre Zentren für Bürger*innen attraktiver gestalten.



- Der Bund fördert das GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel mit 1,8 Millionen Euro. Auch die „European Wasatia Graduate School for Peace and Conflict Resolution“ der Europa-Universität Flensburg erhält Mittel vom Bund – damit stärken wir den Forschungsstandort Schleswig-Holstein!
- Der Bund erhöht in 2023 die Mittel für die Arbeit der Dänischen und Friesischen Minderheit und sichert damit die hauptsächlich ehrenamtliche Kulturarbeit der Friesen und Dänen ab.
- Auch im Bereich Denkmalschutz gibt es für Schleswig-Holstein bundespolitische Unterstützung – die St. Catharinen-Kirche Westensee, die Dome in Lübeck und Ratzeburg und die Kirche St. Nikolai in Flensburg bekommen Bundesmittel für Sanierungsmaßnahmen. Damit können wichtige Begegnungsorte in Schleswig-Holstein erhalten werden!

Die Landesgruppe trifft sich regelmäßig zum Gespräch mit Interessensvertretungen und Politiker*innen aller Ebenen. Darunter Vertreter*innen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Bezirk Nord, die Leitung der Arbeitsagentur Regionaldirektion Nord und der Vorstand des Landeshandwerksrates Schleswig-Holstein e.V. sowie Minister*innen und Staatssekretär*innen aus dem Bund und Gesprächspartner*innen aus der Fraktions- und der Parteiführung. Daneben findet natürlich auch ein regelmäßiger Austausch mit der Landesvorsitzenden Serpil Midyatli sowie dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion Thomas Losse-Müller statt, auch in Form von Klausurtagungen mit allen Mitgliedern der Landtagsfraktion Schleswig-Holstein. Weiterhin findet ein regelmäßiger Austausch mit den Jusos Schleswig-Holstein statt.

Zur Information über bundespolitische Themen in den Wahlkreisen und Betreuungswahlkreisen bieten die Mitglieder der Landesgruppe Fraktion-vor-Ort-Veranstaltungen zu aktuellen Themen an, in der Regel in Kooperation mit den örtlichen Landtags- und Kommunalpolitiker*innen oder anderen Mitgliedern des Deutschen Bundestages, zuletzt zum Beispiel in Schleswig

zum Thema Bürgergeld oder in Norderstedt zu bezahlbarer Energie für Betriebe.

Drei bis vier Mal im Jahr berichtet die Landesgruppe in ihrem Infobrief „Bundestag direkt“ u. a. über aktuelle Vorhaben und Tätigkeitsschwerpunkte. Den Infobrief bekommen alle Mitglieder der SPD Schleswig-Holstein und weitere Interessierte per E-Mail. Auch über die Homepage der Landesgruppe ist er zugänglich. Der Infobrief ist zuletzt im September 2022 erschienen und hatte die Unterstützung von Bürger*innen im Zuge hoher (Energie-)Preise zum Thema.

KONTAKT

Die Mitarbeiterin der Landesgruppe, Julia Bultmann, ist erreichbar unter:

Tel.: 04331/3304139

Mobil: 0176/82441330

E-Mail: sh-lg.spd@bundestag.de

Website:

www.landesgruppe.spd-schleswig-holstein.de

EINZELBERICHTE DER SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETEN

SÖNKE RIX

Fast eineinhalb Jahre ist die von unserem Bundeskanzler Olaf Scholz geführte Ampel-Koalition inzwischen im Amt. Wir sind angetreten mit einem ambitionierten Koalitionsvertrag, der eine deutliche sozialdemokratische Handschrift trägt – darum habe ich zusammen mit einer Vielzahl von Kolleg*innen während der Koalitionsverhandlungen gerungen. Auch wenn Koalitionspartner selten so viel gemeinsam gehabt haben, wie die der Ampel-Regierung, ist die Zusammenarbeit von gleich drei Parteien nicht immer einfach. Dennoch hat die Koalition in den letzten Monaten Stärke und Handlungsfähigkeit bewiesen. Und genau das brauchen wir in einer von Krisen geprägten Zeit.

Der brutale Angriffskrieg in der Ukraine erschüttert uns alle. Er hat eine Zeitenwende eingeläutet. Zu Beginn der Legislatur hätten wir uns wohl alle nicht ausmalen können, was für Entscheidungen heute politisch zu treffen sind: Wir haben für Waffenlieferungen an die Ukraine und für eine unbürokratische Aufnahme von Geflüchteten gesorgt und erhebliche Investitionen in unsere eigene Verteidigungsfähigkeit auf den Weg gebracht. Und im Zuge der Energiekrise auf Hochtouren daran gearbeitet, Preise zu begrenzen und damit Nebenkosten bezahlbar zu halten – für Bürger*innen, Unternehmen, aber auch soziale, kulturelle oder Bildungseinrichtungen. Leider muss uns klar sein, dass wir trotz dieser Instrumente keine Preise wie vor Putins Krieg bekommen werden. Jede*r von uns wird mehr bezahlen müssen. Aber wir tun unser Bestes, regulierend in den Markt einzugreifen und damit Menschen zu helfen.

Trotz der Gleichzeitigkeit der Krisen – auch die Corona-Pandemie ist nicht vorüber, ebenso wenig wie der Klimawandel – haben wir in dieser Legislatur bereits große sozialdemokratische Vorhaben umsetzen können: zum Beispiel die Anhebung des **Mindestlohns auf 12 Euro**, die seit Oktober 2022 in Kraft ist, und die ersatzlose **Streichung des Paragraphen 219a** aus dem Strafgesetzbuch. Damit haben wir das Erteilen von



Foto: Michael Romacker

Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen endlich entkriminalisiert. Auch auf dem Weg zur Kindergrundsicherung sind wir mit dem seit Juli 2022 geltenden **Kindersofortzuschlag** ein Stück weitergekommen. Der Zuschlag gilt so lange, bis die Kindergrundsicherung ihn ablöst. Und genau darauf wirken Politiker*innen aus verschiedenen Fachbereichen in der Arbeitsgruppe **Kindergrundsicherung** der SPD-Bundestagsfraktion hin. Diese habe ich im Juni 2022 ins Leben gerufen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat mich in dieser Legislatur zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Als **stellvertretender Fraktionsvorsitzender** bin ich zusätzlich zu meinen bisherigen politischen Schwerpunkten **Familie, Senioren, Frauen und Jugend** nunmehr auch für die Bereiche **Bildung und Forschung** zuständig. Und ich freue mich, dass wir bereits im ersten Regierungsjahr der Ampel eine **Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes** anschieben und damit das **BAföG** und Bildungschancen für mehr Menschen zugänglich machen konnten.

Ob Kurzarbeit, Krankenhausversorgung oder Inflation, auch in den letzten zwei Jahren habe ich viele persönliche und fachliche Gespräche mit Genoss*innen, Bürger*innen, Unternehmer*in-

nen oder Verbandsvertreter*innen aus **Schleswig-Holstein** geführt. Teils in **Rendsburg-Eckernförde** oder in meinem Betreuungswahlkreis **Flensburg-Schleswig**, am Rande von Gruppenfahrten nach Berlin oder auch per Videokonferenz. Dieser Austausch bleibt auch nach mehr als 17 Jahren im Bundestag ein Bestandteil meines Mandats, der mir besonders wichtig ist – und ohne den die Arbeit in Berlin nicht funktionieren würde.

Und auch das haben wir in den letzten knapp zwei Jahren erreicht:

Mit dem zwei Milliarden schweren **Corona-Aufholpaket** haben wir ermöglicht, dass Kinder und Jugendliche Lernrückstände schnellstmöglich aufholen können. Und als SPD-Bundestagsfraktion erfolgreich dafür gekämpft, dass das Paket auch Unterstützungsmaßnahmen umfasst, die bei psychischen und sozialen Belastungen von Kindern und Jugendlichen ansetzen.

Mit dem **Kinder- und Jugendstärkungsgesetz** haben wir dafür gesorgt, dass die Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen zuständig wird. Das war überfällig, denn alle hilfesuchenden Familien brauchen möglichst passgenaue Hilfen aus einer Hand.

Noch während der großen Koalition haben wir als SPD-Fraktion mit dem Gesetz für mehr **Frauen in Führungspositionen** eine Vorstandsquote durchgesetzt. Börsennotierte, paritätisch mitbestimmte Unternehmen müssen künftig mindestens eine Frau in den Vorstand berufen, wenn dieser aus vier oder mehr Personen besteht.

Im Juli 2021 hat die **Bundesstiftung für Gleichstellung** ihre Arbeit aufgenommen. Die Stiftung macht sichtbar, an welchen Stellen es noch mehr Gleichstellung braucht – und findet Lösungen. Auch für Gleichstellung Engagierte erhalten hier Unterstützung.

Wir haben das **Kinderkrankengeld** ausgeweitet: Gesetzlich krankenversicherte Eltern können auch im Jahr 2023 pro Kind 30 Arbeitstage und Alleinerziehende für 60 Arbeitstage Kinderkrankengeld beantragen.

Der **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung** kommt! Ab 2026 haben Kinder der ersten Klasse einen Anspruch auf ganztägige Förderung. Danach kommt jedes Jahr eine Klassenstufe dazu – ab 2029 gilt der Anspruch für alle Grundschulkinder.

Mit einem **Kinderbonus** von 100 Euro haben wir Familien im Juli 2022 im Zuge gestiegener Preise entlastet. Und das Kindergeld deutlich erhöht – auf 250 Euro pro Kind ab Januar 2023.

Arbeitslosengeld II und Sozialgeld werden ab 2023 durch das neue **Bürgergeld** ersetzt. Das Bürgergeld soll dann für alleinstehende Erwachsene 502 Euro im Monat betragen – ein Plus von 53 Euro gegenüber dem aktuellen Wert. Und Weiterbildung erhält Vorrang vor der schnellen Vermittlung in Aushilfsjobs.

Zum 1. Januar 2023 wird auch das **Wohngeld reformiert**. Es wird um eine dauerhafte Klima- und Heizkostenkomponente ergänzt. Statt bei 180 Euro liegt es dann im Schnitt bei 370 Euro. Der Kreis der Haushalte, die Wohngeld bekommen, wird erheblich vergrößert: von 600.000 auf über zwei Millionen.

KONTAKT

In Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 77270

Fax: (030) 227 – 76270

E-Mail: soenke.rix@bundestag.de

Im Wahlkreis:

Kanzleistraße 1, 24768 Rendsburg

Tel.: (04331) 8685 – 765

Fax: (04331) 8685 – 745

E-Mail: soenke.rix@wk.bundestag.de

Im Internet:

<https://www.soenke-rix.de>

<https://twitter.com/soenkerix>

<https://www.facebook.com/soenkerixmdb>

<https://www.instagram.com/rixsoenke>

DR. NINA SCHEER

Den Wahlkreis 10 - Herzogtum Lauenburg / Stormarn-Süd vertrete ich seit 2013 im Deutschen Bundestag. Bis zur Bundestagswahl 2021 betreute ich seit 2017 zudem Stormarn-Mitte (als Teil von Wahlkreis 8). Bei der Bundestagswahl 2021 gewann ich mit 31 % (CDU 26,6; Grüne 17,4; FDP 10,5; AfD 7,2) das Direktmandat, womit der Wahlkreis zum 4. Mal seit Bestehen der Bundesrepublik sozialdemokratisch vertreten wird. Meine beiden Wahlkreisbüros (Geesthacht und Ahrensburg) teile ich mir mit den dortigen Ortsvereinen; zuvor auch mit den örtlichen Landtagsabgeordneten Tobias von Pein und Kathrin Bockey. Der Austausch mit Bürger*innen sowie Genoss*innen vor Ort ist mir ein besonderes Anliegen. Neben der Veranstaltungsreihe der SPD-Bundestagsfraktion „Fraktion vor Ort“ lade ich daher auch regelmäßig zu eigenen, darunter auch digitalen, Veranstaltungsformaten ein.

Seit dieser Legislaturperiode bin ich Klimaschutz- und energiepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des Vorstands, zudem Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Energie und stellvertretendes Mitglied im Rechtsausschuss sowie dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Unterausschuss Internationale Klima- und Energiepolitik.

Für eine sowohl klima- als auch ressourcenschützende und beschleunigende Energiewende setze ich mich seit vielen Jahren und auch während der vergangenen Jahre des hiesigen Berichtszeitraumes ein. Hierbei geht es um die sektorübergreifende Beseitigung von Hemmnissen und zu verstärkende Anreize für einen forcierten Ausbau Erneuerbarer Energien, um auf diese auch systemisch umzusteigen.

Mit dem von mir 2018 initiierten „Sozialdemokratischen Energiewende-Appell“ (<https://energiewende-appell.de/>), der inzwischen über 1700 Unterzeichner*innen trägt, führe ich seither ein regelmäßig tagendes bundesweites Austauschforum fort - zuletzt digital. Ich freue mich, dass mit dem Appell formulierte Aussagen auch in unserem Regierungsprogramm 2021, dem Ampel-Koalitionsvertrag von 2021 und teilweise auch bereits in Gesetzgebungsprozessen Niederschlag fanden, wie etwa mit einem zu beschleunigenden Ausbau Erneuerbarer Energien oder auch einen auf 2030 vorzuziehenden Braunkohleausstieg, wie nun für das Rheinische Revier gesetzlich beschlossen.



Foto: Kai Treffan

nigenden Ausbau Erneuerbarer Energien oder auch einen auf 2030 vorzuziehenden Braunkohleausstieg, wie nun für das Rheinische Revier gesetzlich beschlossen.

Unter meiner Federführung als Sprecherin und Obfrau der SPD-Bundestagsfraktion für Klimaschutz und Energie wurden angesichts der massiven Anstiege fossiler Energiepreise, verstärkt durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, eine Reihe von Gesetzen sowohl zum beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien als auch „Notfall-Gesetze“ zur akuten Sicherung der Energieversorgung verabschiedet. Darunter zur Bereithaltung von Ersatzkraftwerken, aber auch zum Bau von LNG-Terminals und zum Befüllen von Gasspeichern sowie eine mehrfache Überarbeitung des Energiesicherungsgesetzes. Hier erwirkte ich zudem verstärkte Auslastungsmöglichkeiten von schon installierten Erneuerbare-Energien-Anlagen, wie etwa Biogasanlagen, aber etwa auch eine Reduzierung der Nachtabschaltvorgaben für Windenergie. So gelten für Windkraftanlagen zwar immer noch schärfere Lärmschutzgrenzen als für den Straßenverkehr, wurden aber für die Wintermonate abgemildert, um mehr Windstrom gewinnen zu können. Der sogenannte „Erneuerbare-Energien-Booster“, wie er Ende September 2022 vom Bundestag beschlossen wurde, ermöglicht allein weitaus mehr regenerative Stromgewinnung als

die ebenfalls im Herbst 2022 beschlossene Verlängerung der Betriebszeiten für die drei verbliebenen Atomkraftwerke im sogenannten Streckbetrieb. Dennoch werden Erneuerbare Energien fälschlicherweise nach wie vor nicht im Kontext der auch schnell generierbaren weiteren Strom- bzw. Energiemengen verortet.

Mit dem parallel zugunsten der Energiewende verabschiedeten Osterpaket, wurden das Erneuerbare-Energien-Gesetz, EEG, sowie das Wind-auf-See-Gesetzes novelliert, ein Wind-an-Land-Gesetz geschaffen, das Gebäude-Energie-Gesetz überarbeitet, wie auch mehrmals das Energiewirtschaftsgesetz. Zudem erfolgten Änderungen am Netzausbaubeschleunigungsgesetz wie auch am Bundesbedarfsplan. Im parlamentarischen Verfahren konnte auch auf mein Hinwirken eine Stärkung des Repowering, dem Ersatz von Altanlagen durch Neuanlagen, erreicht werden, womit Flächen weitergenutzt werden können, die nach Landesplanung teilweise ohne diese Änderung nicht mehr nutzbar gewesen wären.



In Bezug auf mögliche Preisbremsen stellte mein beispielhaft benannter Namensbeitrag im Handelsblatt Ende August 2022 Modelle für mögliche Eingriffe in die Preisbildung vor und reicherte die Diskussion um dann zu findende Energiepreisbremsen an.

Einen weiteren für sich genommen bundespolitisch breit diskutierten Vorschlag bildete das von mir gemeinsam mit Prof. Jens Südekum entwickelte Konzept für einen „Energiesparbonus“, das in die gesetzliche Regelung der Strompreisbremse integriert wurde.

Da eine Dichte von neuen Gesetzen Informations- und Diskussionsbedarf mit sich bringt, rief ich für die Arbeitsgruppe Klimaschutz und Ener-

gie der SPD-Bundestagsfraktion eine Reihe von Klima- und energiepolitischen Fachgesprächen unter Einbeziehung von Expert*innen und Verbänden ins Leben sowie eine gesonderte Fachgesprächs-Reihe mit Gewerkschaftsvertreter*innen.

In der vorherigen Legislaturperiode erreichte ich als für die SPD-Bundestagsfraktion federführende Berichterstatterin Veränderungen zugunsten regionaler Wertschöpfung, Erneuerbarer Energien sowie von Wasserstoffnutzung.

Fortgesetzt lade ich zur Reihe „Stadtwerkegespräche“ ein, die einst Bettina Hagedorn ins Leben gerufen hatte und die ich aus fachpolitischer Zuständigkeit seither, nun auch gemeinsam mit Bengt Bergt, fortführe.

In meiner Funktion als Klima- und energiepolitische Sprecherin der SPD-Fraktion nehme ich in zahlreichen Medien Stellung zu aktuellen Energiethemen, vgl.

<https://www.nina-scheer.de/medienspots/>



Ein besonderes Anliegen bleibt mir die sozialdemokratische Friedenspolitik. Auf Grundlage meiner kritischen Betrachtung sowohl der Beschaffung als auch des Einsatzes bewaffneter Kampfdrohnen verfasste ich ein Positionspapier, das auch als sog. „Zwischenruf“ der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand abrufbar ist, deren ordentliches Mitglied ich seit 2011 bin, vgl. https://grundwertekommission.spd.de/fileadmin/gwk/Dokumente/GWK_ZWR_Jan2021_Final.pdf

Als Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz verhandelte ich in der vergangenen Legislaturperiode federführend das Patentrechtsmodernisierungsgesetz. Für die SPD-Fraktion setzte sich mich erfolgreich dafür ein, dass

auch ungerechtfertigte Härten für Dritte im Einzelfall zu einem Ausschluss des Unterlassungsanspruchs führen können. Damit wird nun verhindert, dass Bürger*innen durch eine rigorose Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen in ihren Grundrechten verletzt werden, etwa wenn die Auslieferung lebenswichtiger Medikamente und Impfstoffe verhindert werden soll.

Mit seinem Urteil vom 26. Februar 2020 normierte das Bundesverfassungsgericht ein verfassungsrechtliches Grundrecht auf selbstbestimmtes Sterben und das Recht, hierfür bei Dritten Hilfe zu suchen. Meine Perspektive legte ich in einem Eckpunktepapier dar und bot verschiedene Diskussionsveranstaltungen im Wahlkreis hierzu an. Als Unterzeichnerin des Gesetzentwurfes „Künast, Scheer, Keul, Franke“ (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/022/2002293.pdf>), der sich parallel zu zwei weiteren eingebrachten Gruppenanträgen zur Neuregelung der Suizidassistentz aktuell im Parlamentarischen Verfahren befindet, verfolge ich einen Ansatz zur Stärkung des Rechts auf selbstbestimmtes Sterben, der zugleich die Kriminalisierung von Suizidassistentz unter Vermeidung weiterer Strafrechtstatbestände ausschließt.

Zur Frage der im Kreis Herzogtum Lauenburg relevanten Frage der Zukunft des Elbe-Lübeck-Kanals verfolge ich seit Beginn meiner Mandatszeit das Ziel des Erhalt des Kanals statt dessen Ausbau, wie dies nun auch von der Ampel-Koalition in Abkehr von der Ziellinie der Vorgängerkoalition verfolgt wird. Diese veränderten Maßgaben entsprechen sowohl der touristischen Attraktion des Kanals als auch einer nachhaltigen Entwicklung der Region.

Am 06. Mai 2022 wurde die Orgel St. Nikolai in Mölln nach ihrer Restaurierung wieder in Betrieb genommen. Die Instandsetzung wurde auch durch die Bundesförderung von 600.000 Euro möglich, für die ich mich eingesetzt hatte, ebenso wie für die energetische Sanierung der Kirche in Lüttau mit regenerativem Wärmekonzept und vielen weiteren Förderungen für die Region. Am 06. November 2022 beschloss der Haushaltsausschuss des Bundestages eine Förderung in Höhe von 600.000 Euro aus den Mitteln des Denkmalschutz-Sonderprogramms XI für die Sanierung des Domturms Ratzeburg. Auch auf diese Förderzusage hatte ich hingewirkt.

Funktionen im und für den Bundestag in der 20. Wahlperiode

- Klimaschutz- und energiepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Energie
- Mitglied im Unterausschuss Internationale Klima- und Energiepolitik (bis Ende November 2022, seither stellvertretend)
- Stellvertretendes Mitglied im Rechtsausschuss
- Stellvertretend Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Stellvertretendes Mitglied im Wahlausschuss
- Mitglied des Beirates der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA)

Partei

- Seit 1987 SPD-Mitglied
- Seit 2011 Mitglied der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand

KONTAKT

Wahlkreisbüro Ahrensburg, Tel.: 04102 6916011
Wahlkreisbüro Geesthacht, Tel.: 04152 8054740

Berliner Büro Tel.: 030 22773537
E-Mail: nina.scheer@bundestag.de
Homepage: www.nina-scheer.de
Facebook: @ninascheer.spd
Instagram & Twitter: @NinaScheer_SPD

DR. RALF STEGNER

Seit Herbst 2021 bin ich direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Kreis Pinneberg. Die Betreuung des Nachbarwahlkreises, in dem Karin Thissen das Direktmandat nur ganz knapp verpasst hat, teile ich mir mit Mathias Stein aus Kiel, der sich um Dithmarschen kümmert, während ich den Kreis Steinburg betreue.

Mit einem Top-Wahlkampf und einer hervorragenden „Respekt“-Kampagne von Olaf Scholz haben wir es geschafft, dass die Wähler*innen die SPD im Wahlkreis 7, im Norden und in ganz Deutschland zur stärksten Kraft gemacht haben und dass wir mit Olaf den Kanzler stellen.

Neue Herausforderungen

Und es ist gut, dass Olaf Kanzler ist, denn unser Land steht vor Herausforderungen, die ein entschlossenes, aber besonnenes Handeln erfordern! Das gilt für die Solidarität mit der Ukraine, die von Putins Russland völkerrechtswidrig überfallen worden ist. Das gilt für die Energiekrise als Folge des Kriegs. Es gilt für den Klimaschutz, dessen Dringlichkeit nicht geringer geworden ist, und für die Corona-Pandemie, die noch nicht überwunden ist.

Neue Aufgaben

In Berlin bin ich Mitglied des Auswärtigen Ausschusses sowie des Parlamentarischen Kontrollgremiums, das die Geheimdienste kontrolliert, und Vorsitzender des „1. Untersuchungsausschusses (Afghanistan)“. Im Unterausschuss für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung bin ich zudem Obmann der SPD-Fraktion. Natürlich sind für meine Arbeit als Außenpolitiker die Ukraine-Solidarität und das Bemühen um eine Friedenslösung das wichtigste Thema.

Ich unterstütze dabei mit Engagement die Politik von Olaf Scholz, der auf ein besonnenes, mit den internationalen Partnern abgestimmtes Vorgehen setzt. Vielfach habe ich diese SPD-Positionen in den vergangenen Monaten in Diskussionen im Wahlkreis und auch in bundesweiten Medien („Lanz“, „Maischberger“, „Hart aber fair“ u.a.) vertreten und in zahllosen Bürger*innengesprächen diskutiert. Dabei gibt es in den Talkshows oft und viel Gegenwind, während die Unterstützung an der Basis sehr groß ist.



Da ich Berichterstatter der Fraktion für die USA und die transatlantischen Beziehungen bin, sind zuletzt auch der Wahlkampf vor den Mid-term-Elections und die Folgen für Europa und Deutschland ein Schwerpunkt für mich gewesen. Auf einer Reise in die Vereinigten Staaten habe ich dabei viele Gespräche führen und interessante Eindrücke gewinnen können.

Ab der zweiten Jahreshälfte durfte ich als Vorsitzender des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum deutschen Abzug aus Afghanistan wirken. Bekanntlich mussten die Bundeswehr und ihre Partner im August 2021 überstürzt aus dem Land abziehen. Viele Fragen blieben: Warum waren die Bundeswehr und ihre Partner nicht besser auf die Taliban-Machtübernahme vorbereitet? Und warum gestaltete sich das Ortskräfteverfahren so mühsam? Das sind zwei von vielen Fragen, denen wir nachgehen.

Neue Zusammenhänge

Innerhalb der Fraktion habe ich mich der „Parlamentarischen Linken“ angeschlossen. Hier bringe ich mich auch im Leitungskreis ein. In den letzten Monaten war ich dabei mit Kolleg*innen aus den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik aktiv, um den Begriff der „Zeitenwende“ einzuordnen und Deutschlands Rolle in einer neuen Welt zu definieren. Ich bin dabei der Überzeugung, dass wir in den Krisen immer als gutes Beispiel voran-

gehen sollten und sich unsere Politik nicht militarisieren darf. Wir stehen natürlich zu unserer Landes- und Bündnisverteidigung, dürfen dabei aber nicht den Blick als friedensschaffender und auf Diplomatie ausgerichteter Partner verlieren. Ich bin der Überzeugung: Wir als SPD müssen diese Themen mitdenken. Dazu habe ich Thesen formuliert, die in Kürze auf www.ralf-stegner.de aufrufbar sind.

Nicht neu, aber immer wichtiger: Digitale Kommunikation

Die sozialen Medien sind in der politischen Kommunikation unverzichtbar. Auf meinen Kanälen findet sich deshalb eine Mischung von Sharepics, Reels, Statements und Videos. Und das hat seine Wirkung: Mein Twitter-Account liegt unter den Top-10 der SPD-MdBs, aktuell sind dies über 67.000 Follower. Bei Facebook folgen mir mehr als 16.000 Nutzer*innen, auf Instagram immerhin knapp 4.000. Auch bei YouTube bin ich neuerdings – vor allem mit Auszügen meiner Bundestagsreden – aktiv.

Zudem biete ich digitale Möglichkeiten des politischen Diskurses an, dazu gehörte etwa ein Facebook Live zur Ampel-Koalition, meine Veranstaltung anlässlich des 100. Geburtstags von Egon Bahr oder der Austausch mit Knut Dethlefsen zur Lage nach den US-Midterms. Auf meiner Homepage hat sich das Format „Vier Fragen, vier Antworten“ besonders bewährt. Dort beziehe ich zu aktuellen Themen Stellung. Besonders am Herzen liegt mir mein gemeinsamer Podcast mit Gesine Schwan „Alltäglich bis Philosophisch“ auf Spotify, YouTube und Apple Podcast. Im Jahr 2022 haben wir Folgen zur Ukraine, zur Inflation und zu den US-Midterms aufgenommen.

Die Basis: Arbeit im Wahlkreis

Das Wahlergebnis im Kreis Pinneberg 2021 war deutlich: Es gibt nur noch einen echten Bundestagsabgeordneten, nämlich den von der SPD. Das bringt eine besondere Verantwortung mit sich: Ansprechpartner für alle zu sein, die sich im demokratischen Spektrum verorten, Offenheit zu zeigen und die Anliegen von Arbeitnehmer*innenvertretungen, Unternehmen, Institutionen und natürlich der kommunalen Ebene mit nach Berlin zu nehmen und die Informationen aus der Hauptstadt im Wahlkreis richtig einzuspeisen. Dafür haben sich häufige Bürger*innensprechstunden, kommunale Runden, institutionalisierte

Bürgermeister*innen-Gespräche und Vor-Ort-Besuche bewährt.

Zu meinen ausgesprochenen Lieblings-Aktionen im Wahlkreis gehören aber Schüler*innendiskussionen, von denen ich schon eine ganze Reihe führen konnte. Und wer mich kennt, weiß: Welche Parteigliederung auch immer mich fragt, ob Jusos, AfA, SPD-Senior*innen und vor allem Ortsvereine – ich versuche, jeder Einladung zu folgen, denn ich schätze unser SPD-Parteileben mit all seinen Facetten. Und ich diskutiere einfach gerne!

KONTAKT

Berliner Büro
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Tel: 030 / 227 78490
E-Mail: ralf.stegner@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Friedrich-Ebert-Straße 34 | 25421 Pinneberg
Tel.: 04101 / 200639 | Fax: 04101 / 553665
E-Mail: ralf.stegner.wk@bundestag.de



BETTINA HAGEDORN

Bis zum Regierungswechsel am 8. Dezember 2021 habe ich als Parlamentarische Staatssekretärin für Haushalt und Europa im Bundesfinanzministerium für Olaf Scholz gearbeitet. Seitdem gehöre ich erneut – wie schon seit 2002 – als jetzt dienstältestes Mitglied dem Haushaltsausschuss an, wurde zu dessen stellvertretender Vorsitzenden gewählt und wirke als Stellvertreterin unseres SPD-„Chef“-Haushaltlers Dennis Rohde. Im Haushaltsausschuss bin ich inhaltlich für den Etat unserer Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Svenja Schulze, verantwortlich sowie für das ganze europäische Themenspektrum.

Bis vor einem Jahr glaubte ich mit z.B. der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009, der Griechenlandkrise 2012, der Flüchtlingskrise 2015 und der Corona-Pandemie 2020/2021 mit den bis dahin unvorstellbaren finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Auswirkungen im Haushaltsausschuss bereits die größten Herausforderungen in Regierungsverantwortung im Bundestag erlebt zu haben. Doch mit dem Überfall Putins auf die Ukraine am 24. Februar 2022 wurde die ‚frisch‘ gewählte Bundesregierung - erst 81 Tage im Amt - vor Probleme gestellt, deren Lösungen - auch finanziell - jede bislang bekannte Dimension übersteigen und die unter größtem zeitlichem Druck entschieden und umgesetzt werden müssen. Fakt ist, dass Deutschland bislang im Verhältnis zu anderen Industrienationen weltweit alle Krisen der letzten 14 Jahre wirtschaftlich stark und sozial stabil bestanden hat – aber der Ukraine-Krieg und seine globalen Folgen verändern unsere Politik nicht nur temporär, sondern auf Dauer: national und international.

Schon die Corona-Pandemie hat weltweit die Armen und die Entwicklungs- und Schwellenländer viel härter getroffen als die Reichen und die Industrienationen, und in gleicher Weise wirken die spürbaren Folgen des Klimawandels global und verstärken Dürre, zerstörerische Unwetter, Hungersnöte, ethnische Konflikte im Kampf um die Ressourcen und zwingen Millionen weitere Menschen zur Flucht, was den Nährboden für sozialen Sprengstoff verstärkt. Die Folgen des Ukraine-Krieges wie weltweite Inflation, explodierende Energie- und Getreidepreise sowie Lieferkettenengpässe erfordern das solidarische Engagement von Deutschland und setzen unsere europäischen Demokratien einem gewaltigen „Stress-Test“ aus, weil unsere Glaubwürdigkeit mit Blick auf unsere europäischen Werte davon abhängt, wie entschlossen wir an der Seite nicht nur der Ukraine sondern vor



Foto: Studio Kohlmeier

allem auch der ohnehin armen und instabilen Länder stehen. Es ist drängender denn je, weltweit den Nationalisten und Populisten die Stirn zu bieten und gerade in dieser Zeit als Europäer*innen glaubwürdig Solidarität, Zusammenhalt und Tatkraft zu praktizieren.

Jetzt profitiert Europa aktuell davon, dass wir 2020 auf Initiative von Olaf Scholz angesichts der Corona-Pandemie in der Zeit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ein gewaltiges „EU-Konjunkturprogramm“ („EU-Recovery-Fund“) von 750 Mrd. Euro – bestehend aus Zuschüssen und Darlehen – „geschnürt“ haben, um allen europäischen Nachbar*innen die erforderlichen Investitionen in die Digitalisierung (20% der Mittel sind verpflichtend dafür vorgesehen) und in den Kampf gegen den Klimawandel (37% der Mittel sind dafür verpflichtend zweckbestimmt) zu ermöglichen. Von diesen 750 Mrd. Euro stehen aktuell noch ca. 600 Mrd. Euro in Europa zur Verfügung und helfen jetzt zusätzlich in der wirtschaftlichen Krise in Folge des Ukraine-Krieges und der Inflation. Parallel haben wir in der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 in Brüssel einen neuen „Mittelfristigen EU-Finanzrahmen 2021-2027“ (MFR) geeint und beschlossen, bei dem nicht nur das Volumen umstritten war, sondern vor allem, wer wie viel und vor allem wofür zahlt bzw. künftig an EU-Mitteln zu welchen Bedingungen erhält. Ich war als damalige Parlamentarische Staatssekretärin für Haushalt und Europa im Finanzministerium eng in diese Verhandlungen eingebunden und bin stolz auf das Ergebnis, das

eine klare sozialdemokratische Handschrift trägt. Die damalige Einigung ermöglicht Europa heute Solidarität und Stabilität.

Aber über unsere internationale und europäische Verantwortung hinaus haben wir natürlich in der Krise vor allem die Menschen in unserem Land im Blick: mit insgesamt drei Entlastungspaketen haben wir 2022 insgesamt fast 100 Mrd. Euro bewilligt, um die explodierenden Energiepreise und die steigende Inflation für alle Menschen „abzufedern“, die unserer Hilfe bedürfen: z.B. haben alle Wohngeldempfänger*innen pauschal 270 Euro pro Person (bei zwei Personen 350 Euro) erhalten, eine Einmalzahlung von 200 Euro wurde automatisch an alle Menschen ausgezahlt, die auf Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung angewiesen sind, Familien erhielten pro Kind 2 x 100 Euro zusätzlich mit dem Kindergeld ausgezahlt sowie zusätzlich 20 Euro pro Monat für den Kinderzuschlag. Ab dem 1. Januar 2023 gibt es mit 250 Euro/mtl. die größte Kindergeld-Erhöhung aller Zeiten.

Jeder Haushalt „spürt“ bei der Stromrechnung zudem, dass wir zum 1. Juli auf Dauer die EEG-Umlage gestrichen haben. Und die 3-monatige Bezuschussung der Spritkosten sowie das 9-Euro-Ticket kamen im Sommer vielen Menschen zu Gute. Dass es ab 2023 jetzt auf Dauer ein 49-Euro-Ticket geben wird, wird vielen Menschen mit schmalem Budget Mobilität ermöglichen. Besonders froh bin ich, dass wir mit dem 3. Entlastungspaket auch einen Einmalzuschuss an alle Rentner*innen, an Studierende und Fachschüler*innen auszahlen werden. Auch die 12 Euro Mindestlohn, die seit dem 1. Oktober gezahlt werden müssen, helfen vielen dabei, besser durch die Krise zu kommen. Trotzdem bleiben die Zeiten – und gerade in diesem Winter – natürlich für die allermeisten Menschen hart zu bestehen. Aber Fakt ist: es sind wir Sozialdemokrat*innen, die sich am Verhandlungstisch immer wieder erfolgreich für diejenigen einsetzen, die sich anstrengen und es trotzdem sehr schwer haben.

KONTAKT

Wahlkreisbüro
Tel. 04521-71611
bettina.hagedorn.wk@bundestag.de

Berliner Büro
bettina.hagedorn@bundestag.de

www.bettinahagedorn.de

TIM KLÜSSENDORF

Seit 2021 darf ich als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis 11 meine Heimatstadt Lübeck sowie die Ämter Berkenthin und Sandesneben in Berlin vertreten. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Genoss*innen bedanken, die mich im letzten Jahr während des Wahlkampfs und seitdem tatkräftig unterstützt haben! Nach Jahren zäher Politik in der Großen Koalition freue ich mich, dass wir nun in einer progressiven Regierungskoalition die richtigen Weichen für die Zukunft stellen werden. Allen Widerständen zum Trotz zeigen wir in harten Verhandlungen endlich wieder Profil und bringen wegweisende Gesetzgebung auf den Weg, die zur Verwirklichung einer Gesellschaft des Respekts und Vertrauens beitragen wird. Umfassende, bisher angestoßene Reformen in der Sozialpolitik, wie der erste Schritt einer grundlegenden Überarbeitung des BAföG, die deutliche Ausweitung des Wohngelds und der Einführung des Bürgergelds, seien hier nur beispielhaft genannt.

Als Mitglied des Finanzausschusses zeichne ich seit Beginn dieser Legislaturperiode als Berichterstatter für die Themen Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer, Erbschafts- und Vermögenssteuer sowie Versicherungssteuer verantwortlich. Gerade bei den substanzbezogenen Steuern sehen wir ein massives Ungleichgewicht, nicht nur liegen wir in Deutschland mit einem Anteil von 2,7 % am gesamten Steueraufkommen unter dem Durchschnitt der OECD Staaten mit 5,5 %, sondern das in Deutschland vorhandene Vermögen ist auch noch besonders ungleich verteilt. Nur in den USA und Schweden besitzt ein noch kleinerer Anteil der Bevölkerung einen relativ größeren Teil am Gesamtvermögen als hierzulande. Im Kontrast dazu verfügt ein Fünftel der Deutschen über gar kein nennenswertes Vermögen. Die gegenwärtige Krisensituation verschärft dieses enorme finanzielle Gefälle zu einer bedrohlichen Schieflage, die Perspektiven und Chancen für viele Menschen aller Generationen zu verstellen beginnt. Wir sind im Angesicht dessen noch mehr als sonst gefordert, einerseits mit gezielten Entlastungen Menschen der unteren und mittleren Einkommensgruppen zu unterstützen und andererseits langfristig wirksame Strukturen für eine diskriminierungsfreie Politik des sozialen Ausgleichs, der Chancen und des Respekts aufzubauen. Deswegen habe ich im Sommer dieses

Jahres für die Parlamentarische Linke innerhalb der SPD -Bundestagsfraktion ein umfangreiches Papier für eine Vermögensabgabe vorgelegt und freue mich, dass wir einen wahrnehmbaren Debattenbeitrag im öffentlichen Diskurs setzen konnten.

Mit der im Papier aufgegriffenen, insgesamt moderaten Abgabe auf sehr hohe Vermögen ab mehreren Millionen Euro und Ausnahmen, beispielsweise für selbstgenutztes Wohneigentum, könnten wir nach vorsichtigen Schätzungen 300-400 Milliarden Euro von leistungsfähigen Schultern umverteilen. Trotzdem wären mit der hier skizzierten Abgabe weniger als ein halbes Prozent der Deutschen Bevölkerung Abgabepflichtig. Über 95% des abgeschöpften Volumens würden im obersten Promille fällig – ein weiteres, eindeutiges Zeichen für die Überfälligkeit eines solchen Schritts.

Aber auch bei der Umsatzsteuer stellen sich viele Fragen nach einer konsistenten, gerechten Verteilung der Steuerlast. Hier gilt es auch durch den klugen, systematischen Einsatz der ermäßigten Steuersätze Anreize zu setzen. Eine umfassende Reform böte außerdem die Gelegenheit, ein einheitliches Verfahren mit transparenten Regeln und Kategorisierungen zu etablieren, das für Bürger*innen nachvollziehbar bleibt. Die ermäßigte Besteuerung verschiedener Luxusgüter im Gegensatz zu mit der vollen Umsatzsteuer belegten Gütern des normalen täglichen Bedarfs trägt den gesellschaftlichen Dynamiken keinerlei Rechnung und ist aus der Zeit gefallen.

Im Laufe des letzten Jahres konnte ich zu diesen Themen bereits elf Mal im Plenum das Wort ergreifen und in teils kontroversen Debatten klare Standpunkte vertreten. Besonders den teils geschichtsvergessenen und menschenfeindlichen Äußerungen der AfD müssen wir stets mit klarer Kante begegnen. Es geht nicht an, dass gegen unser friedliches, demokratisches Gesellschaftsmodell unwidersprochen gehetzt werden darf. Ganz gleich ob offen demagogisch oder subtil verklausuliert: zum Kern meines Verständnisses als sozialdemokratischer Abgeordneter gehört, rechtsextremes Gedankengut zu identifizieren und diesem entschlossen zu begegnen.

Zudem darf ich zu meiner Freude auch seit Ende November 2022 als ordentliches Mitglied des Di-



gitalausschusses in einem Feld Politik gestalten, das mir außerordentlich am Herzen liegt. Nach Jahrzehnten politischer Fehlentscheidungen liegt es an uns, dynamisch, lösungsorientiert und visionär den digitalen Aufbruch zu gestalten, dessen Deutschland dringend bedarf.

Im Wahlkreis konnte ich im Juni viele interessierte Bürger*innen zur Eröffnung meines neuen Wahlkreisbüros begrüßen. Nach einer umfangreichen Umgestaltung und Modernisierung, sind in den ehemaligen Räumlichkeiten der Kreispartei im Erdgeschoss der Großen Burgstraße 51, neben einem einladenden Foyer, auch Arbeitsplätze für mein Team und mich entstanden. Mir ist wichtig, dass hier ein Ort der Begegnung entsteht, in dem ich in sitzungsfreien Wochen für Bürger*innen-Anliegen jeglicher Art stets ansprechbar bin. Transparenz und die Bereitschaft, aktiv auf Bürger*innen zuzugehen um den vielschichtigen Bedarfen meines Wahlkreises gerecht zu werden, stehen dabei im Fokus. Ich freue mich, dass dieses Angebot mit starker positiver Resonanz angenommen wird.

In den vergangenen Monaten verging kein Tag ohne Treffen, bei denen ich auch zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteur*innen, Interessensvertreter*innen und Unternehmer*innen zum Austausch begrüßen durfte. Äußerst erfolgreich gestaltete sich auch meine erste „Pizza und Politik“-Veranstaltung, bei der im Strandsalon über 30 Schüler*innen, Studierende, Auszubildende

und junge Berufstätige mit mir in einen angeregten Dialog auf Augenhöhe über diverse Themen, wie den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, den Klimawandel oder die Herausforderungen in der Mobilitätswende treten konnten. Mein Anspruch ist, meine Tätigkeit maximal transparent und nahbar zu gestalten und damit auch wieder mehr Bürge*innen für die Demokratie und demokratisches Engagement zu begeistern.



„Pizza und Politik“ im Lübecker Strandsalon

Bereits im ersten Jahr der Legislatur konnten wir außerdem extrem wichtige Bundesfördermittel für die drängende Sanierung der Doppelturmanlage des Lübecker Doms in den Wahlkreis holen. In den Haushaltsverhandlungen konnte ich mich erfolgreich dafür stark machen, dass der Bund das Sanierungsprojekt mit 6.5 Millionen Euro unterstützt und der Erhalt der Weltkulturerbe-Kirche sichergestellt wird. Dass das Projekt in den finalen Haushaltsverhandlungen durchgekommen ist, ist immens wichtig für unsere Region. Zusammen mit den anderen Innenstadtkirchen prägt der Dom die Kulturlandschaft sowie auch die Silhouette der Hansestadt Lübeck und ist somit bedeutender Teil des UNESCO-Weltkulturerbes Lübeck.

Schon kurz nach der Wahl, noch in 2021, durfte ich ebenfalls die gute Nachricht verkünden, dass Lübeck aus dem Förderprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ die gesamte beantragte Fördersumme von fast 5 Millionen Euro erhält. Anliegen des Programms war die Vielfalt der Innenstadt zu verbessern und damit unser Zentrum für alle attraktiv zu gestalten sowie dadurch mittelbar den Innenstadt-Einzelhandel

zu stärken. Konkret ging es hierbei insbesondere um die Förderung des Projekts „Innovationskontor Hansestadt Lübeck“ – besser bekannt als der Umbau des ehemaligen Karstadt-Warenhauses. Das zentral in der Innenstadt gelegene Gebäude soll mit einem innovativen Mixed-Use-Konzept wieder nutzbar gemacht und das „Lübeck.Haus“ für die Präsentation innovativer Ideen eingerichtet werden.

Mir ist es wichtig, einen neuen Politikstil zu leben, in dem Transparenz, allzeitige Ansprechbarkeit und direkte Interaktion mit Bürger*innen priorisiert wird. Dazu gehört in meinen Augen, neben einer interaktiven und aktuellen Website, auf Social Media Einblicke in meine Arbeit zu gewähren. Jeden Monat konnten mein Team und ich so alleine über Instagram zehntausende Menschen erreichen. Der Zuspruch ist auch auf Facebook enorm, teilweise konnten wir in kurzer Zeit über eine Million Aufrufe für Videobeiträge erreichen – mit steigender Tendenz. Als einer der ersten aus der SPD Fraktion nutze ich ebenso das größte berufliche Soziale Netzwerk, LinkedIn. Hinzu kommen tausende Direktnachrichten zu allen bewegenden politischen Themen und Problemen auf allen drei Plattformen, die mein Team und ich tagesaktuell beantworten.

Eine steigende Zahl an regionalen und bundesöffentlichen Presseberichten belegt die Relevanz unserer Themen über das politische Berlin hinaus. Über unsere Öffentlichkeitsarbeit, Social Media und neue Veranstaltungskonzepte schaffen wir es Menschen zu erreichen, die sich sonst nicht für Politik interessieren. Lebendige Politik braucht junge und alte Menschen aller Hintergründe und Bildungsniveaus, die sich einbringen und Vertrauen in unsere Demokratie und ihre Mitwirkungsrechte darin aufbauen.

KONTAKT

Abgeordnetenbüro Berlin:
Telefon: +49 30 227-71639
Mobil: +49 151 51958265
tim.kluessendorf@bundestag.de

Wahlkreisbüro Hansestadt Lübeck:
Große Burgstraße 51, 23552 Lübeck
Telefon: +49 451 30087793
tim.kluessendorf.wk@bundestag.de

MATHIAS STEIN

Bei der Bundestagswahl 2021 haben mich die Bürgerinnen und Bürger des Wahlkreises Kiel, Altenholz und Kronshagen (Wahlkreis 5) zum zweiten Mal direkt in den Bundestag gewählt. Wie in der ersten Legislaturperiode bin ich wieder Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur und damit jetzt der einzige Bundestagsabgeordnete aus Schleswig-Holstein in diesem Gremium. Als stellvertretendes Mitglied bin ich im Haushaltsausschuss, im Verteidigungsausschuss sowie im Tourismusausschuss vertreten. Mein Engagement in den überfraktionellen Arbeitsgremien ist eng an meine Berichterstattungsthemen im Verkehrsausschuss geknüpft. So bin ich Koordinator der Parlamentsgruppe Binnenschifffahrt und Co-Vorsitzender der Parlamentsgruppe Radverkehr. Darüber hinaus bin ich stellvertretender Vorsitzender der deutsch-nordischen Parlamentariergruppe und innerhalb der Fraktion Mitglied der Parlamentarischen Linken.

Im Verkehrsausschuss vertreten zu sein, ist für Schleswig-Holstein mit seinen zahlreichen überregional bedeutsamen Infrastrukturprojekten immens wichtig. In dieser Legislaturperiode wird es u.a. darum gehen, den Weiterbau der A20 zwischen Bad Segeberg und Kollmar im Kreis Steinburg gegen den Widerstand von Bündnis 90/Die Grünen in der Ampel-Koalition durchzusetzen. Während unser neuer Koalitionspartner die anstehende Überarbeitung des aktuellen Bundesverkehrswegeplans dazu nutzen will, das Projekt komplett zu stoppen, trete ich dafür ein, bestehende Umsetzungshindernisse zu beseitigen und einige Teilabschnitte der A20 schneller zu realisieren. Wir dürfen die Menschen und die Betriebe an der Westküste nicht im Stich lassen!

Darüber hinaus erfordert der Nord-Ostsee-Kanal (NOK) weiterhin meine höchste Aufmerksamkeit. Neben Verzögerungen bei wichtigen Sanierungs- und Ausbauvorhaben gibt es nun auch hinsichtlich der regelmäßigen Inspektion sowie der Instandhaltung des Kanals und seiner Bauwerke dringenden Handlungsbedarf. Bei Kontrolluntersuchungen wurden im Juli 2022 nach Angaben des zuständigen Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes (WSA NOK) gravierende Schäden an Kanalböschungen festgestellt. Gemeinsam mit der verkehrspolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Dorothee Martin, dem



Foto: Marco Urban

Berichterstatte für den Verkehrsetat im Haushaltsausschuss, Metin Hakverdi, sowie Bettina Hagedorn als Mitglied des Haushaltsausschusses habe ich mir vor Ort in Hochdonn ein Bild von der Situation gemacht. Gemeinsam setzen wir uns nun dafür ein, dass die notwendigen finanziellen und personellen Mittel zur Verfügung stehen, damit die Sicherheit und Befahrbarkeit des Kanals sichergestellt werden können.

Im Berichtszeitraum vor der Bundestagswahl habe ich als Berichterstatte für Elektromobilität federführend für die SPD-Bundestagsfraktion das Schnellladegesetz verhandelt. Die Bundesregierung wird auf Grundlage dieses Gesetzes 1.000 Standorte an die Wirtschaft ausschreiben, die dort in den nächsten Jahren insgesamt rund 8.000 Schnellladepunkte mit mindestens 150 kW Ladeleistung errichten wird. Mit der Ausschreibung der öffentlichen Schnellladehubs wollen wir die „weißen Flecken“ in der Fläche bekämpfen und die Bedarfsabdeckung sicherstellen. Auch entlang der Autobahnen soll künftig alle 15 bis 30 km eine Lademöglichkeit erreichbar sein. In Schleswig-Holstein werden auf Grundlage dieses Gesetzes an insgesamt 34 Standorten Schnellladehubs mit Schnellladesäulen entstehen.

Nach der Bundestagswahl habe ich die Berichterstattung für die Elektromobilität zugunsten des Themenbereichs Verkehrssicherheit und Verkehrsrecht aufgegeben, weil dieser viel inhalt-

liche Nähe zu meiner Berichterstattung Fuß- und Radverkehr aufweist. Das wichtigste Projekt dieser Legislaturperiode in diesem Themenkomplex ist die Modernisierung des Straßenverkehrsgesetzes, mit dem die Regierungskoalition den Entscheidungsspielraum für Kommunen vor Ort vergrößern will. Über die genaue Ausgestaltung befinde ich mich gerade in einem intensiven Abstimmungsprozess mit meinen beiden Fachkolleg*innen von den Grünen und der FDP. Für die SPD-Bundestagsfraktion habe ich zu dem Thema „Straßenverkehrsreform – mehr Kompetenzen für Kommunen“ außerdem eine hybride Diskussionsveranstaltung organisiert, an der neben Fachleuten und Landespolitikern auch zahlreiche Kommunalpolitiker aus Schleswig-Holstein teilgenommen haben.

In meiner Arbeit ist es mir wichtig, mich mit den unterschiedlichsten Menschen, Unternehmen und Verbänden auszutauschen. 2022 kam ich so nicht nur mit vielen Bürger*innen aus dem Wahlkreis ins Gespräch, sondern habe auf Betriebsbesuchen vor Ort erfahren, „wo der Schuh drückt“. Der Sommer 2022 war geprägt vom 9-Euro-Ticket. Auch ich bin auf den Zug aufgesprungen und habe in einer Kurzreise Deutschland erkundet. Meine Route wurde dabei jeden Morgen von meinen Instagram-Followern entschieden.

In dieser Legislaturperiode bin ich für die Betreuung des Wahlkreises Dithmarschen-Süd zuständig. Im Landtagswahlkampfes habe ich den Dithmarscher Kandidat*innen daher tatkräftig

beim Tür-zu-Tür-Wahlkampf zur Seite gestanden. Meine Unterstützung für den Kommunalwahlkampf 2023 ist bereits in Planung. Nach erzwungener Corona-Pause habe ich im Jahr 2022 zudem endlich wieder eine mehrtägige Sommer-Fahrradtour von Kiel aus veranstalten können. Ziele waren natürlich: die Nordseeküste und das schöne Dithmarschen.

KONTAKT

Bürgerbüro Kiel „Dock 1863“: 0431/70542410,
E-Mail: mathias.stein.wk@bundestag.de

Bundestagsbüro Berlin: 030/227-78121;

E-Mail: mathias.stein@bundestag.de

Im Internet: mathias-stein.de

Bei Facebook: facebook.com/mathias.stein.spd/

Bei Twitter: twitter.com/stonie_kiel

Bei Instagram: instagram.com/stein.mathias/



Foto: Christoph Beeck

BENGT BERGT

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit der letzten Bundestagswahl 2021 vertrete ich als direkt gewählter Abgeordneter 95 Gemeinden und Städte aus den Kreisen Segeberg und Stormarn im Deutschen Bundestag, ebenso betreue ich den Bereich Bad Bramstedt (Teil von Wahlkreis 3). Ich bin Mitglied des Ausschusses für Klimaschutz und Energie und des Petitionsausschusses.

Eines der größten Projekte im ersten Halbjahr 2022 war das sogenannten „Osterpaket“. Es handelt sich um ein Bündel an Gesetzesänderungen. Kernziel ist der deutlich beschleunigte Ausbau erneuerbarer Energien. Damit das funktioniert, haben wir an verschiedenen Stellschrauben gedreht: etwa am Erneuerbare-Energien-Gesetz, das u.a. die Vergütung der (Eigen-) Stromproduktion regelt, oder am Energiewirtschaftsgesetz, das die Grundlagen für den Netzausbau beinhaltet. Das war deshalb so wichtig und drängend, weil wir uns zum Ziel gesetzt haben, bis 2045 klimaneutral zu sein. Bis 2030 sollen 80 Prozent des Stroms aus Erneuerbaren erzeugt werden. Derzeit liegen wir bei knapp 50 Prozent.

Um die ambitionierten Ziele zu erreichen, haben wir gesetzlich festgelegt, dass zwei Prozent der Landesflächen für die Windenergie an Land zur Verfügung gestellt werden müssen. Planungs- und Genehmigungsverfahren straffen wir. Die Ausschreibungsmengen für Offshore-Wind weiten wir deutlich aus.

Wichtig war, dass dies nicht zu Lasten von Bürgerbeteiligung, Umwelt- und Artenschutz geht. Bürgerbeteiligung digitalisieren wir – das vereinfacht das Mitmachen und beschleunigt Verfahren. Den Schutz gefährdeter Arten stellen wir sicher. Wird das Tötungs- oder Verletzungsrisiko deutlich erhöht, reagieren wir mit bundeseinheitlichen Maßnahmen. Betroffene Träger von Anlagen müssen eine Abgabe leisten und tragen so zur Finanzierung von Artenhilfsprogrammen bei.

Ein besonderes Anliegen war mir, mit der Energiewende die Wertschöpfung in Deutschland zu stärken. Das ist gelungen: Strukturschwache Küstenregionen werden vom „Offshore“-Ausbau auf



Foto: Pepe Lange

See profitieren. Festgeschriebene Gebotskriterien – etwa der Nachweis einer möglichst guten CO₂-Bilanz oder der Einsatz für Fachkräftenachwuchs – kommen vor allem heimischen Unternehmen zugute. Die Verfügbarkeit von Strom aus Erneuerbaren Energien wird außerdem zunehmend zu einem Standortvorteil, da immer mehr Menschen darauf Wert legen und günstiger Strom die Wettbewerbsfähigkeit stärkt – ein Plus für Schleswig-Holstein, da hier auf bestehende Potenziale aufgebaut wird.

Dass Windparks nicht in die „falschen Hände“ geraten, stellen wir sicher. Zuschläge für Bieter außerhalb der Europäischen Union können begrenzt werden, wenn es die öffentliche Ordnung oder Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland voraussichtlich gefährdet. Das ist wichtig, denn Windparks sind Teil der kritischen Energieinfrastruktur.

Für Landwirte eröffnen wir neue Geschäftsmöglichkeiten. Denn Agri-Photovoltaik – also die Doppelnutzung von Agrarflächen für Landwirtschaft und Solarenergie – wird finanziell attraktiver. Eine Förderung auf Natura 2000 Flächen schließen wir aus. Natura 2000-Flächen sind landwirtschaftliche Flächen, für die besondere Schutzmaßnahmen für bestimmte Vögel und Habitate gelten. Monokulturen machen den Einsatz von viel Dünger und Pestiziden nötig. Um weiter Zuschläge für Strom aus Biomethan zu erhalten, muss der Getreide- und Mais-Anteil an

der Biomasse sinken. Die Nutzung von Gülle und Klee gras fördern wir stärker.

Der russische Überfall hat die Energiesituation Deutschlands und Europas vor große Herausforderungen gestellt. Es musste der mit Abstand größte Lieferant von Rohstoffen für die EU ausgetauscht werden, was viele Energiesicherungsge setze notwendig machte.

Der Bundesregierung räumen wir größere Befugnisse ein, wenn Energieversorger oder Betreiber kritischer Energieinfrastrukturen ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. In diesem Fall können diese unter staatliche Treuhand gestellt und als Ultima Ratio auch enteignet werden.

Um unabhängiger zu werden von russischem Gas haben wir die Stromproduktion aus Photovoltaik, Wind und Biogas erhöht. Hinzu kamen Maßnahmen zur Beschleunigung des Stromnetzausbaus, zur höheren Netzauslastung und zur Lastflexibilität – denn der zusätzliche Ökostrom nützt uns nur dann etwas, wenn die Netze ihn verarbeiten und dorthin transportieren können, wo er benötigt wird.

Mit dem sogenannten „Ersatzkraftwerke bereithaltungsgesetz“ haben wir die Möglichkeit geschaffen, insbesondere Kohlekraftwerke verstärkt ans Netz zu bringen und weiter Gas zu sparen. Wir haben festgelegt, dass sie jederzeit auf Abruf für den Markt bereitstehen.

Deswegen war es die richtige Entscheidung, frühzeitig und konsequent den Aufbau von LNG-, also Flüssiggas-Infrastruktur an der deutschen Küste voranzutreiben. Innerhalb kürzester Zeit konnten in Brunsbüttel und Wilhelmshaven schwimmende Terminals eröffnet werden, um Flüssiggas – beispielsweise aus den USA – in Deutschland anlanden zu können. Es folgenden in diesem Jahr weitere Terminals in Stade und Lubmin.

Die Energiepreisbremsen sind weitaus bessere und gerechtere Lösungen, als es die zunächst geplante Gasumlage je gewesen wäre. In Verbindung mit vielen weiteren Hilfsmaßnahmen (u.a. Energiepauschale, Ausweitung des Wohngeldanspruchs, erleichterter Zugang zum Kindergeld, ermäßigter Steuersatz für Gas, ein deutschlandweit gültiges 9-Euro-Ticket für den Nahverkehr) haben wir gute Lösungen gefunden, um denen wirksam unter die Arme zu greifen, die es in

der Krise am nötigsten haben. Und wir werden, wenn nötig, weiter helfen.

Wir haben den Mindestlohn auf 12 Euro erhöht. Von der Mindestloohnerhöhung profitieren laut DGB mehr als 200 000 Beschäftigte in Schleswig-Holstein, besonders aus Berufen des täglichen Lebens: Friseure, Verkäuferinnen, Lagermitarbeiter, Pflegekräfte – also all jene, die, „den Laden“ sprichwörtlich am Laufen halten.

In meinem Wahlkreis habe ich die Veranstaltungsreihen „Energiegespräch“ und zusammen mit Kristian Klinck „Wie geht’s weiter? Energie- und Verteidigungsfragen“ ins Leben gerufen, welche sowohl in den Ortsvereinen und digital stattgefunden haben. Zudem bin ich, mit Bürgerinnen und Bürgern auf den Wochenmärkten und in zahlreichen Sprechstunden und Energiegesprächen in den Dialog gegangen.

KONTAKT

Wahlkreisbüro: Tel. 04193 / 98 03 -322,
E-Mail: bengt.bergt.wk@bundestag.de

Bundestagsbüro Berlin: Tel. 030 / 227 - 77 33 94,
E-Mail: bengt.bergt@bundestag.de

Facebook:

<https://www.facebook.com/bengtbergt2021/>

Instagram:

<https://www.instagram.com/bengtbergt/>

Twitter: <https://twitter.com/bengtbergt>

DR. KRISTIAN KLINCK

Seit der letzten Bundestagswahl im Oktober 2021 darf ich meine Heimat, den Wahlkreis 006 Plön – Neumünster, direkt im Deutschen Bundestag vertreten. Hier bin ich Mitglied im Verteidigungsausschuss und u.a. Berichterstatter für Beschaffung, die Marine und die Reserve. Der Verteidigungsausschuss ist genau der Ausschuss, in dem ich gerne arbeiten und etwas bewegen wollte. Ich war nach der Schule bei der Bundeswehr und bin Hauptmann der Reserve. Der Austausch mit unseren Soldatinnen und Soldaten ist mir sehr wichtig. Sie verdienen gerade in der heutigen Zeit größten Respekt und Anerkennung.

Besonders wichtig ist mir, dass wir in Berlin Politik für die Menschen machen und schließlich auch in Kontakt zu den Menschen im Wahlkreis stehen. Der Austausch mit den Anliegen der Bürgerinnen und Bürgern vor Ort liegt mir sehr am Herzen, Politik lebt von Kommunikation. Daher ist es mir ein besonderes Anliegen, dass ich eine hohe dreistellige Anzahl von Bürgeranfragen schnellstmöglich persönlich beantwortet habe. Meine Sprechstunden im Wahlkreis werden stets gut besucht. Ich habe an 14 öffentlichen Veranstaltungen mitgewirkt und 35 Organisationen, Vereine und Verbände persönlich aufgesucht. Ich habe 104 Teilnehmer aus 3 BPA-Fahrten in Berlin empfangen und nahezu alle der 654 Schülerinnen und Schüler aus 14 Schulen, die sich in diesem Jahr über mein Büro angemeldet haben, persönlich begrüßt.

Ich setze mich dafür ein, dass wir Politik für Arbeitnehmer*innen und Familien machen. Regelmäßig suche ich daher auch den Kontakt zu den im Wahlkreis ansässigen Unternehmen, den Betriebsräten und Verbänden, denn in unserer Heimat wird Tag für Tag sehr viel geleistet. Die Betriebe sind so vielfältig wie die Menschen, die dort arbeiten. Erst kürzlich besuchte ich auf meiner Sommertour täglich unterschiedliche Betriebe, wo ich auch selbst mitarbeitete, um mir ein Bild von deren wichtiger Tätigkeit für unsere Region zu machen.

Gerade als direkt gewählter Abgeordneter sehe ich mich in der Pflicht, Fördermittel für die Kommunen, beispielsweise für Schulen, Infrastruktur oder den Breitbandausbau nach Schleswig-Holstein und in meinen Wahlkreis zur Verbesserung



der Lebensbedingungen zu bringen. Erst kürzlich sollte der Haushalt für die Integrationsberatung für erwachsene Zuwanderer gekürzt werden, wobei dieser Etat nun auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion um 24 Mio. Euro auf 81,5 Mio. Euro erhöht wird. So fließen auch wichtige Gelder zur Integrationsberatung nach Schleswig-Holstein.

Von der Arbeit der Ampelkoalition profitiert auch Schleswig-Holstein. Das gilt beispielsweise für das Wohngeld. Rund 22.500 Menschen haben in Schleswig-Holstein in 2021 Wohngeld erhalten. Die Anzahl der Wohngeldberechtigten wird durch die Bundesregierung mit der zum 01.01.2023 in Kraft tretenden Reform verdreifacht. Das Wohngeld wird zudem im Durchschnitt um 190 Euro erhöht: Die Empfängerhaushalte werden dann monatlich rund 370 Euro bekommen. Das ist ein Fortschritt. Ebenso setzen wir uns als SPD-Fraktion für mehr Wohnungsbau ein, etwa durch kommunale und gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften.

Der Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine ist für uns alle ein großer Schock und führt zu wirtschaftlichen Belastungen. Dieser Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen, und für jeden von uns muss klar sein: Wir stehen solidarisch an der Seite der Ukraine. Gerade für meine Arbeit im Verteidigungsausschuss ist dieses Thema wohl momentan das brisanteste und das, welches auch medial zu Recht am meisten Aufmerksamkeit bekommt.

Bei mehreren Online- und Präsenzveranstaltungen in Schleswig-Holstein habe ich seit dem 24. Februar 2022 zur Situation in der Ukraine Stellung bezogen und mit vielen interessierten Genoss*innen und Bürger*innen diskutiert. Ich setze mich für mehr Waffenlieferungen in die Ukraine ein, denn nur eine Ukraine, die sich verteidigen kann, hat eine Chance, diesen Krieg zu gewinnen. Gleichzeitig müssen wir den Frieden im Auge behalten, denn Kriege werden im Regelfall am Verhandlungstisch beendet und nicht auf dem Schlachtfeld. In diesem Sinne verstehe ich auch meine Mitgliedschaft in der OSZE-Parlamentarierversammlung als Delegierter des Bundestags. In dieser Funktion habe ich an Konferenzen in Birmingham und Warschau teilgenommen.

Mit dem 100-Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr ist die Bundesregierung einen großen Schritt in die richtige Richtung gegangen. Nachdem die Union 16 Jahre lang das Verteidigungsministerium führte, wurde die Bundeswehr in einem desolaten Zustand an die Regierung Scholz übergeben. Ich bin froh, dass durch das Sondervermögen die Bundeswehr und die Verteidigung in unserem Land gestärkt werden und auch wesentliche Gelder nach Schleswig-Holstein fließen. Die hier ansässige Rüstungsindustrie sichert an die 7.000 Arbeitsplätze. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die schleswig-holsteinischen Unternehmen ausreichend an der Produktion und Entwicklung neuer Rüstungsgüter für die Landes- und Bündnisverteidigung beteiligt wird. Die Bundeswehrstandorte im Land sind durch das Sondervermögen im Wesentlichen gesichert. Neue Standorte werden allerdings vermutlich nicht hinzukommen.

Für mehr Beschaffung für die Bundeswehr braucht es aber nicht nur mehr Geld, sondern auch beschleunigte Verfahren und effektivere Prozesse, damit die Soldat*innen auch tatsächlich rasch in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben gut ausgestattet zu erfüllen. Auf meine Einladung hin hat die Ampel im Juni 2021 ein Fachgespräch zu nötigen Verbesserungen und Reformen bei der Beschaffung für die Bundeswehr durchgeführt. Erst diesen Sommer 2022 konnten wir im Bundestag das Beschaffungsbeschleunigungsgesetz auf den Weg bringen, was eben auch für mich ein wichtiges Anliegen war. Das war ein großer Erfolg! Durch das neue Gesetz können Vergabeverfahren für Militärausrüs-

tung nun schneller und effizienter abgeschlossen werden. Im Ergebnis werden die Materialien schneller die Truppen erreichen, da wir als Land nun vereinfacht auf europäischer Ebene Rüstungsgüter beschaffen können und Sicherheitsinteressen stärker berücksichtigt werden.

Ein wichtiger Teilerfolg ist für mich die geplante Vollausrüstung der Soldat*innen mit der benötigten Bekleidung, nachdem jahrelang Stillstand und Mangel vorherrschten. Beauftragt wurden, mit vorgesehener Lieferung bis Ende des Jahres 2025, insgesamt 150.000 Sätze des Kampfbekleidungssatzes Streitkräfte (KBS SK), 305.000 Schutzwestsysteme der Modulare ballistischen Schutz- und Trageausrüstung (MOBAST), 210.000 Gefechtshelme sowie 250.000 Rucksacksysteme 110 l. Wir sind schon jetzt einen großen Schritt weiter: In diesem Jahr ist bereits die Lieferung von insgesamt ca. 28.000 Sätzen des Bekleidungssatzes vorgesehen. Weitere 150.000 Sätze werden 2023 kommen. Auch bei den anderen Komponenten der persönlichen Ausrüstung kommen wir voran.

Der Krieg stellt uns vor immense Herausforderungen, nicht nur außen- und sicherheitspolitisch, sondern auch wirtschaftlich und gesellschaftlich. Ich setze mich vor Ort und in Berlin dafür ein, dass wir gut und solidarisch gemeinsam durch die Krise kommen.

Funktionen im und für den Bundestag:

- Mitglied im Verteidigungsausschuss
- Stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss und im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen
- Mitglied der OSZE-Parlamentarierversammlung

KONTAKT

Berliner Büro

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

Tel: 030/227-74636

Kristian.klinck@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Rautenbergstraße 15 / 24306 Plön

Großflecken 75 / 24534 Neumünster

Tel.: 04522 7656060

Kristian.klinck.wk@bundestag.de

DIE ARBEIT IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Von Delara Burkhardt, MdEP

1. VORWORT

Seit 2019 bin ich nun für euch im Europäischen Parlament. Auch unsere Arbeit ist geprägt von den multiplen globalen Krisen, die wir derzeit erleben: Klima- und Biodiversitätskrise, die Corona-Pandemie, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine - all das prägt unsere Arbeit auf europäischer Ebene enorm. Der nachfolgende Rechenschaftsbericht kann daher nur die wichtigsten Eckpfeiler meiner Arbeit darstellen - für umfassendere Berichte empfehle ich euch die Lektüre meines Newsletters, sowie die aktuellen Infos auf meiner Homepage und meinen Social-Media-Kanälen aufzusuchen.

Als Europaabgeordnete bin ich eure Ansprechpartnerin und eure Stimme für alle europäischen Angelegenheiten. Gemeinsam mit meinem Team freue ich mich über eure Fragen, Kritik und Einladungen. Oder schaut einfach mal auf einen Kaffee in meinem Wahlkreisbüro in Kiel vorbei!

2. MEINE PARLAMENTARISCHE ARBEIT

Meine Parlamentarische Arbeit ist geprägt vom Umweltausschuss (ENVI) und dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE). Darüber hinaus bin ich im Vorstand der SPD-Europa.

a. ENVI

Als umweltpolitische Sprecherin der Europa-SPD bin ich zuständig für die Themenbereiche internationale Klimapolitik, Artenvielfalt und Kreislaufwirtschaft.

Eines meiner Kernthemen ist der Kampf gegen die globale Entwaldung. Basierend auf dem Parlamentsvorschlag von 2020, den ich ausgearbeitet und verhandelt hatte, stellte auch die Europäische Kommission im November 2021 ihren Gesetzesvorschlag vor. Als Schattenberichterstatterin der sozialdemokratischen Fraktion habe ich die Position des Europäischen Parlaments zu diesem Vorschlag mitverhandelt und bin nun ebenfalls Teil des parlamentarischen Verhand-



Foto: Marc Fricke

lungsteams beim Trilog - der Verhandlung zwischen Kommission, Rat und Parlament. Bei der Reform der Landnutzungsverordnung (engl. LULUCF) ging es darum, die CO₂-Speicherziele von natürlichen Senken in Europa, wie Wäldern und Mooren, anzuheben. Als Schattenberichterstatterin habe ich für meine Fraktion die Parlamentsposition mitverhandelt und ambitionierte, sozialdemokratische Positionen einfließen lassen können. Auch beim anschließenden Trilog habe ich mitverhandelt und unterstütze den Kompromiss, auf den wir uns am 11. November 2022 einigen konnten. Mit diesem Ergebnis kann die EU ihr Klimaziel für 2030 um zwei Prozentpunkte anheben.

Außerdem erarbeite und verhandle ich als Berichterstatterin zunächst die Position des Umweltausschusses zum Kommissionsvorschlag für eine „EU-Strategie für nachhaltige und kreislauffähige Textilien“. Die Kommission hatte im März 2022 einen Vorschlag gemacht für europäische Gesetzgebung, die sicherstellt, dass Mode nicht auf Kosten von Umwelt und Menschenleben produziert wird und fit für die Kreislaufwirtschaft wird.

Gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung habe ich außerdem eine Studie zum Thema „Feministischer European Green Deal“ ausgearbeitet und im März 2022 vorgestellt. Darin zeigen wir, wie der European Green Deal nicht nur ein

ökologisches, sondern auch ein gendergerechtes Europa fördern kann und muss.

b. LIBE

Im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) bin ich stellvertretendes Mitglied. Als solches betreue ich die Themen Asyl- und Migrationspolitik, Rechtsstaatlichkeit in der EU, Minderheitenpolitik sowie Rechte der LGBTQI-Community. Im Unterschied zur Arbeit im Umweltausschuss gibt es hier aber leider deutlich weniger Fortschritte zu berichten: Zwar konnten sich die Mitgliedsstaaten im Sommer 2022 auf einen freiwilligen Solidaritätsmechanismus zur Aufnahme Geflüchteter einigen. Eine grundlegende Reform der Migrations- und Asylpolitik ist aber immer noch in weiter Ferne. Hinzu kommen wiederholte Berichte über Menschenrechtsverletzungen und Pushbacks durch die Grenzagentur FRONTEX. Daher haben wir als Parlament wiederholt gegen die Entlastung des Haushalts von FRONTEX gestimmt. Einen Lichtblick gab es bei dem Thema dennoch: Als Reaktion auf den Russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine einigten sich die EU-Staaten im März 2022 erstmals, die Massenzustrom-Richtlinie zu aktivieren, um ukrainische Geflüchtete schnell und unkompliziert aufnehmen zu können.

Abtreibungsverbote, Beschneidung der Unabhängigkeit der Justiz, Unterdrückung der LGBTQI-Community sowie von Minderheiten, Drangsalierung unabhängiger Medien - Ungarn und Polen bauen seit Jahren den Rechtsstaat ab und untergraben die Menschenrechte. Als EU-Parlament müssen wir feststellen: Ungarn ist mittlerweile keine vollwertige Demokratie mehr. Das haben wir in einer Abstimmung im September 2022 klargemacht. Als Parlament üben wir seit Jahren Druck auf die Kommission aus, endlich die notwendigen Reformen einzufordern und Fördermittel einzufrieren.

c. Delegationen

Ich bin Mitglied in zwei Delegationen des Europäischen Parlaments. Delegationen dienen den diplomatischen Beziehungen zwischen der EU und Drittstaaten.

Ich bin Vollmitglied sowie 1. Vize-Vorsitzende in der Delegation für die bilateralen Beziehungen des Europäischen Parlaments zu Bosnien und Herzegowina und Kosovo.

Der enge Austausch mit Menschen in der Region ist mir wichtig. Dafür treffe ich mich regelmäßig mit Vertreter*innen der Zivilgesellschaft aus Bosnien und Herzegowina sowie Kosovo. Häufige Themen der Menschenrechtsaktivist*innen sind dabei Minderheiten, Bürger*innenrechte, Frauen*rechte sowie journalistische Arbeit. Außerdem habe ich mich mit Umweltaktivist*innen zum Thema der Green Agenda auf dem Westbalkan ausgetauscht.

Durch den Russischen Angriffskrieg gegen Ukraine ist die geopolitische Bedeutung der Region für die EU noch einmal gestiegen. Deswegen war ich vor Ort in Sarajevo und habe auf Initiative der Foundation for European Progressive Studies (FEPS) gemeinsam mit sozialdemokratischen Abgeordneten und Mitgliedern des Europäischen Parlaments aus ganz Europa das Netzwerk „Friends of Western Balkans“ mitgegründet. Das Ziel des Netzwerks ist eine Wiederbelebung der EU-Erweiterungspolitik auf dem Westbalkan. Ich begrüße die Empfehlung der EU-Kommission in ihrem jüngsten Erweiterungsbericht, Bosnien und Herzegowina in den Status „Beitrittskandidat“ zu erheben. Dies ist nach 19 Jahren die erste konkrete Entwicklung in Richtung EU-Mitgliedschaft.

Außerdem bin ich stellvertretendes Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zu Israel und Palästina. Hier nehme ich nur eine begleitende Funktion ein. Ich bin über meine Arbeit im Vorstand des Willy-Brandt-Center Jerusalem e.V. jedoch im engen Austausch mit Partner*innen in der Region (siehe Mitgliedschaften).

d. Sonstige externe Parlamentarische Aktivitäten

Im Sommer 2022 war ich als Europaabgeordnete auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung USA in Washington, D.C. und habe Abgeordnete des Repräsentantenhauses, NGOs, Vertreter*innen der deutschen Botschaft sowie Journalist*innen getroffen, um transatlantische Brücken für die Einhaltung des 1,5 Grad Ziels zu bauen.

In Tirana, Albaniens Hauptstadt und Europäische Jugendhauptstadt 2022, fand im September 2022 eine Jugendkonferenz statt, auf der ich als Vertreterin der EU mit Abgeordneten aus ganz Europa über generationengerechte Politik diskutieren konnte.

Im Oktober 2022 war ich Teil der Delegation des Europäischen Parlaments bei der 27. Weltklimakonferenz (COP27) im ägyptischen Scharm el-Scheich. Dort setzte ich mich für die Umsetzung der Forderungen des Europäischen Parlaments, unter anderem für die Schaffung eines Fonds für die Kompensation klimabedingter Schäden in den am stärksten vom Klimawandel betroffenen Staaten, ein.

3. WAHLKREISARBEIT

a. Aktiv im Wahlkreis

42 Wochen im Jahr ist Sitzungswoche im Europäischen Parlament. Montags bis donnerstags tagen die Ausschüsse in Brüssel und die Plenarwoche findet einmal im Monat in Straßburg statt. Das bedeutet, dass ich vor allem am Freitag und am Wochenende Termine in Schleswig-Holstein machen kann.

Vor allem zum Thema Klima- und Umweltschutz, Migration sowie Minderheiten habe ich viele Termine wahrgenommen. Sei es in Gesprächen mit Umweltschutzverbänden, Landwirt*innen, den Landesforsten, FridaysForFuture, Umweltbildungseinrichtungen, Meeresschutzorganisationen, Abfallhöfen, Umweltforschungsinstitute, nachhaltigen Start-Ups, Flüchtlingshilfen, ukrainischen Hilfsorganisationen, der Seebrücke, Minderheitenvertretungen, Jugendhäusern und -austauschen, Frauen*bündnissen, bei Besuchen von Mooren und vielen weiteren.



Die Hälfte des Rechenschaftszeitraums war durch die Corona-Pandemie leider nur eingeschränkt nutzbar für Termine, die wirklich vor Ort stattgefunden haben. Durch die digitalen Möglichkeiten konnten wir trotzdem die Arbeit aufrechterhalten und auch spannenden und hochkarätig besetzte Veranstaltungen organisieren. Diskussionen mit Schüler*innen sind auch nach knapp vier Jahren im Europäischen Parlament noch immer meine Lieblingstermine. Durch die digitalen Möglichkeiten konnte ich sogar noch mehr Schultermine wahrnehmen, da ich jetzt durch Videokonferenzen live aus Brüssel in den Klassenraum zugeschaltet werden konnte. Meine Social-Media-Kanäle ermöglichen einen transparenten Einblick in meine alltägliche Arbeit als Abgeordnete. Außerdem beantworte ich alle Nachfragen zeitnah direkt per Mail oder über Abgeordnetenwatch.de.

Meinem Transparenzregister kann entnommen werden, mit wem ich mich im Rahmen meiner parlamentarischen Tätigkeit im Detail getroffen habe. Anders als im Deutschen Bundestag ist es im Europäischen Parlament verpflichtend, alle Termine transparent zu machen, wenn man parlamentarische Funktionen innehat.

Außerdem konnte ich 2022 endlich offiziell mein Wahlkreisbüro in Kiel eröffnen, da Corona einen früheren Zeitpunkt unmöglich gemacht hatte. Es war schön, so viele Gäste zum ersten Mal im "Europa Eck" begrüßen zu dürfen! Fragt gerne bei meinem Team nach, falls ihr Räumlichkeiten benötigt.

b. Eigene Veranstaltungen / Veranstaltungen in Schleswig-Holstein

Neben meinen Besuchsterminen bin ich auch immer wieder zu Gast oder als Organisatorin bei Veranstaltungen in und für Schleswig-Holstein dabei gewesen. Einige Aktionen, Veranstaltungen und Events möchte ich euch hier kurz vorstellen:

Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine wurde mit der europäischen Friedensordnung gebrochen. Mir war klar, dass wir die Ukrainer*innen unterstützen und ein großes Zeichen der Solidarität aus Schleswig-Holstein senden müssen. Daher habe ich nur zwei Tage nach dem nächtlichen Überfall Russlands eine überparteiliche Kundgebung und Mahnwache für den Frieden in Europa in Kiel organisiert. Mit ungefähr 5000 Demonstrant*innen konnten wir

ein starkes Symbol zur Unterstützung senden.

Außerdem haben wir eine Online-Diskussion mit dem damaligen Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung Kiew, Marcel Röthig, organisiert, der uns sehr genaue Darstellung und Einschätzungen für die Situation vor Ort geben konnte. Und auch auf internationaler Ebene konnte ich in einer Online-Diskussion mit dem US-Senator Bernie Sanders und weiteren Teilnehmenden die europäische und deutsche Einschätzung zur Unterstützung der Ukraine einbringen. Alle zwei Jahre bringt das Europäische Jugend-Event (EYE - European Youth Event, www.europarl.europa.eu/european-youth-event/en/home.html) tausende Jugendliche aus und jenseits der Europäischen Union im Europäischen Parlament in Straßburg zusammen, um ihre Ideen zur Zukunft Europas miteinander zu teilen und zu entwickeln. Da das EYE 2020 wegen Corona ausfiel, wurde im Oktober das EYE 2021 nachgeholt. Als Europaabgeordnete haben wir die Möglichkeit, eine Gruppe vorzuschlagen, die am EYE teilnimmt. Für 2021 haben wir eine bunte Gruppe mit Teilnehmer*innen von den Jusos SH, der DGB-Jugend SH, vom Jungen Frauenbündnis Kiel e.V. sowie von der MEP Deutschland zusammengestellt.

Nicht nur ein, sondern gleich zwei Wahlkämpfe fallen in den Rechenschafts-Zeitraum. Am 26. September 2021 die Bundestagswahl und am 8. Mai 2022 die Landtagswahl in Schleswig-Holstein. Mit vielen anderen Genoss*innen war auch ich dabei und habe in unterschiedlicher Form, wie Haustür-Wahlkampf, an Ständen, bei Canvassing-Aktionen oder auch Unternehmensbesuchen unterstützt. In Kiel und Lübeck habe ich die großen Wahlkampf-Veranstaltungen mit Olaf Scholz moderiert.

In meiner Veranstaltungsreihe „Moin Europa“ habe ich 2021 u. a. mit Hubertus Heil aus der letzten Bundesregierung und weiteren Stimmen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft über das Lieferkettengesetz gesprochen. Außerdem haben wir ein „Lieferkettenspiel“ entwickelt, das helfen soll, das Thema auch auf einfache Weise zu erklären und zu vermitteln.

Mit Aminata Touré und Yasmine C. M'barek konnte ich bei meiner Lesung und Diskussion in der „Legienstraße40“ in Kiel über das Thema

„Kompromisse“ sprechen. Grundlage war Yasmynes Buch „Radikale Kompromisse“, aus dem ich vorgelesen habe. Yasmynes These: Radikale Kompromisslosigkeit zeichnet unsere Diskurse in Politik und Gesellschaft aus. Woran liegt das? Wie sieht das in der Praxis aus? Und wie macht man eigentlich radikale Kompromisse? Genau das haben wir uns das Publikum diskutiert.

c. Spannende Veranstaltungen im Rest der Republik

Im August 2021 war ich Teil des Z2X-Festivals. Z2X ist eine Veranstaltungsreihe von ZEIT ONLINE und eine Gemeinschaft junger Visionär*innen im Alter von 20 bis 29. Wir tauschten uns über Ideen aus, die unser Leben oder die Welt besser machen.

Vor der Frankfurter Skyline, mit über 1200 Menschen, durfte ich das Zukunftsgespräch mit unserem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz sowie den Frankfurter Bundestagskandidaten Kaweh Mansoori und Armand Zorn moderieren. Außerdem bin ich einmal durch die ganze Bundesrepublik gereist, um so viele Juso-Kandidierende wie möglich im Wahlkampf zu unterstützen.

Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung habe ich am 19. Treffen der Globalen Atlantiker „America is Back – But For Good? - The Transatlantic Alliance in New Waters“ in Hamburg teilgenommen. Es handelt sich dabei um das transatlantische Leuchtturmprogramm der FES, das von intensivem Dialog und Austausch geprägt ist.

Als „Superhero for change“ habe ich auf der Bühne von Bits&Pretzels Mut und Engagement für die nötigen transformativen Veränderungen gefordert. Es ist eine dreitägige Konferenz für Gründer*innen und Gründungsinteressierte aus der Startup-Szene, die in München während des Oktoberfests stattfindet.

Außerdem war ich im September Teil eines Treffens von Frauen100, bei dem ich mich unter anderem mit Natalie Amiri zur Situation in Iran austauschen konnte. Die Events der feministischen Plattform bringen starke und einflussreiche Frauen zusammen und stellen Themen in den Mittelpunkt, die für Frauen besonders relevant sind.

4. SONSTIGE PROJEKTE

Besuchsfahrten

Seit Anfang 2022 können wir Abgeordneten wieder Besucher*innen im Europaparlament begrüßen. Viele Gruppen aus ganz Schleswig-Holstein sind meiner Einladung gefolgt und haben mich in Brüssel besucht. Besonders freut mich, dass ich seit 2019 auch endlich wieder eine eigene Besuchsgruppe für Bürger*innen aus Schleswig-Holstein durchführen konnte. Alle Infos rund um meine Besuchsfahrten findet ihr auf meiner Homepage unter „Service“.

Patinnenschaft Belarus

2021 habe ich eine libereco Patinnenschaft für Katsiaryna Andrejeva übernommen, die 2020 vom belarussischen Regime verhaftet wurde, weil sie während eines friedlichen Protests das gewalttätige Vorgehen der Polizei filmte. Nach einer ersten Verurteilung wurde ihre Haftstrafe durch ein neues Urteil in diesem Sommer um weitere 8 Jahre verlängert. Ich setze mich als Patin gegen dieses Unrecht und für die unverzügliche Freilassung Katsiarynas und aller politischer Gefangenen in Belarus ein.

Europa-Denkschule

Um Jugendliche für europäische Politik und Demokratie zu begeistern und sie zu beteiligen, habe ich mein Projekt „Europa-Denk-Schule“ in Kooperation mit weiteren Schulen umgesetzt. Bei dem Projekt schlüpfen Schüler*innen in die Rolle von politischen Berater*innen und entwickeln Vorschläge zu aktuellen politischen Herausforderungen, die sie mir anschließend präsentieren und diskutieren. Mehr Infos über das Projekt findet ihr auf meiner Homepage.

Spenden-Aktion für Sinti-Union Schleswig-Holstein e.V.

Gemeinsam mit der Sinti Union Schleswig-Holstein e.V. habe ich in einer Spendenaktion Geld für diskriminierungsfreie Bücher über die Geschichte der Sinti und Roma gesammelt. Die Bücher werden wir nun an Büchereien in ganz Schleswig-Holstein verteilen, um Hass, Diskriminierung und Vorurteilen, denen Sinti und Roma weiterhin ausgesetzt sind, etwas entgegenzusetzen.

Obama Foundation

Als eine von 36 Teilnehmer*innen durfte ich 2022

am Leaders-Europa-Programm der Obama-Stiftung teilnehmen. Eine unglaubliche Möglichkeit, um mit inspirierenden Menschen aus ganz Europa in Austausch zu treten und mich weiterzuentwickeln. Im Sommer durfte ich Barack Obama persönlich kennenlernen und konnte mit ihm über die Herausforderungen unserer Demokratie sprechen.

5. MEINE ARBEIT IN DER SPD

Beim digitalen Landesparteitag im April 2021 wurde ich in den Landesvorstand der SPD SH gewählt. Dort betreue ich die Themen Umwelt und Klima, Frieden und Europa sowie Minderheitenpolitik.

Nach der Bundestagswahl im Oktober 2021 wurde ich in das Verhandlungsteam der SPD bei den Ampel-Koalitionsverhandlungen berufen. Dort war ich Teil der Arbeitsgruppe 8, die für die Themen Klima, Energie und Transformation zuständig war.

Seit Mai 2022 bin ich Mentorin im Rahmen des parteiinternen „Netzwerk Feministische Außenpolitik“, das von Svenja Schulze ins Leben gerufen wurde. Von Juni 2022 bis Mai 2023 treffe ich mich jeden Monat mit Yasmina Alaoui, um sie im Rahmen eines Sparrings zu unterstützen. Yasmina ist eine junge, aufstrebende Genossin, die bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) arbeitet.



Foto: Leon Kugeler/ Photothek

6. MITGLIEDSCHAFTEN

Seit 2022 bin ich Vorstandsmitglied der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD). Sie ist nicht zu verwechseln mit der Europa Union und ist als überparteilicher Zusammenschluss von über 250 Interessensgruppen aus Gesellschaft und Wirtschaft einem klaren pro-europäischen Auftrag verpflichtet.

Außerdem bin ich Mitglied der Gewerkschaft ver.di, NGG und seit dem Jahr 2017 Teamerin für die gewerkschaftliche Berufsschularbeit der DGB-Jugend.

Seit 2018 bin ich Mitglied des Vorstands des Fördervereins des Willy-Brandt-Center Jerusalem e.V.. Dabei handelt es sich um ein Projekt, das durch Begegnung von jungen Menschen aus Israel und Palästina, ganz nach dem Prinzip „Wandel durch Annäherung“, Vertrauen und Partnerschaft für Frieden aufbauen möchte. Gestartet während der Oslo-Friedensverhandlungen, ist die politische Ausgangslage eine ganz andere. Dennoch ist das Willy-Brandt-Center eines der wenigen bilateralen Projekte, dass die angespannte Lage überdauert.

Darüber hinaus bin ich Mitglied der Naturfreunde und des NABU. Zudem bin ich Mitglied von Earth Percent. Dabei handelt es sich um eine Wohltätigkeitsorganisation, die der Musikindustrie eine einfache Möglichkeit bietet, die wirkungsvollsten Organisationen im Kampf gegen den Klimawandel zu unterstützen.

Eine große Ehre für mich war und ist außerdem die Aufnahme in den Mitgliederverein der Friedrich-Ebert-Stiftung durch den scheidenden Vorsitzenden Kurt Beck.

Seit 2021 bin ich zudem Vereinsvorsitzende des Modell Europa Parlament Deutschland e.V. (MEP.de). Das MEP.de ist eine Simulation des Europäischen Parlaments für Schulgruppen der zehnten und elften Klassen aus Deutschland, die einmal im Jahr in Berlin stattfindet und gibt jungen Leuten die Möglichkeit, Europa hautnah zu erleben und mitzugestalten.

KONTAKT

Wahlkreisbüro Schleswig-Holstein
Europa-Eck
Weißenburgstraße 36, 24116 Kiel
Ansprechpartner*innen: Marc Fricke, Philipp Munck
Telefon: +49 (0) 431 – 289 316 02
E-Mail: moin@delara-burkhardt.eu

Büro im Europäischen Parlament in Brüssel
Rue Wiertz 60, 1047 Bruxelles; Raum ASP12G169
Ansprechpartner*innen: Marta Polusik, Gerrit Krause und Roxane Roth
Telefon: +32 (0) 2 28 45672
E-Mail: delara.burkhardt@europarl.europa.eu

www.delara-burkhardt.eu



Wenn Rechte zündeln, brennen wir für den Kampf gegen Rechts. Wenn alles teurer wird, stehen wir für bessere Löhne. Und gegen die Schere zwischen Arm und Reich sind wir in unserem Land der Stein.

Wir machen Soziale Politik für Dich. Dafür gehen wir auf die Straße, in die Parlamente und manchmal auch Kompromisse ein. Immer um Dir und Deiner Familie ein gutes Leben zu ermöglichen. Dafür arbeiten wir. 400.000 Genossinnen und Genossen.

<https://mitgliedwerden.spd.de/eintritt>

Kooperationspartner der SPD in Sachen Sicherheit im Norden



Sicherheitsdienst //////////////

Personenschutz //////////////

Objektschutz //////////////////////////////////

Detektei //////////////////////////////////////

Magnum Security GmbH

Hutmacherring 6 // 23556 Lübeck

0451 81668

www.magnum-security.de info@magnum-security.de



**NEU
GIE
RIG?**

IMMER DAS RICHTIGE ... UND ALLES AUS EINER HAND

Vom Kugelschreiber über Plakate bis hin zu T-Shirts und Jacken!
Viele individualisierbare Produkte wie Visitenkarten, Flyer oder Postkarten.

Alles, was Ihr für Eure Kommunalwahl braucht, findet Ihr hier:

SHOP. SPD.DE